

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Gebührenabrechnung pro Monat einschließlich Bringerlobn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenzeitung Neue Welt einschließlich Bringerlobn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierzehntäglich 2.10 M., für 3 Monate 1.40 M., für 1 Monat 70 Pf. aus schließlich Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telefon 18498.  
Sprechstunde: 6-7 Uhr abends.

Abfertige werden die Gespaltene Zeitzeile über deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Abfertigungen für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Ausgegebene Abfertigungen können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Erstellung: Tauchaer Str. 19/21. Telefon 2721. Geschäftsstelle 8-12 und 3-7 Uhr. Sonn- und Feiertag 11-12 Uhr.

## Vorlesekalender.

Die erbitterte Arbeiterschaft Hamm bereitete dem Bringen Eitel feindselige Demonstrationen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragte ein Reichslangverantwortlichkeitsgesetz.

Die Protestbewegung der Arbeiterklasse gegen das persönliche Regiment kommt in vielen Massenversammlungen zum Ausdruck.

Der konservative sächsische Landtagsabgeordnete Oppitz hat den nationalliberalen Abg. Rühlmann zum Duell gefordert.

## Die Katastrophe auf der Mordgrube Radbod.

\* Leipzig, 14. November.

Drei hundert und sechzig Mann tot! Dies ist das schaurige Fazit der letzten Nachrichten über die Katastrophe in Hamm. In Schmerz und Wut schreit die Arbeiterschaft Hamm den Unternehmern die Anklage ins Gesicht: Durch eure Schuld! Und wahrlich, alle bis heute ergangenen Darstellungen und Erklärungen bestätigen diese Anklage. Wir Friederholen, was wir gestern schrieben: Verbrecherische Zustände auf der Grube Radbod müssen den Massenmord der armen, unglücklichen Grubenslaven verhindert haben! Verbrecherische Zustände! Selbst der Berliner Lokalanzeiger läßt seinen Korrespondenten schreiben, daß die Bergarbeiter sehr berechtigte Ursache hatten, über die Zustände in der Grube zu klagen. Dieser Korrespondent berichtet u. a.:

Mit der Sanitätskolonne begebe ich mich nach dem Unglückschacht, aber niemand führt uns. Kein Mensch hat die Kolonne, die sich telegraphisch angemeldet hatte, erwartet oder empfangen. Allein müssen wir den Weg finden, und nun haben wir den Schacht erreicht. Er ist zum Entsetzen aller zugebaut. Keine Rettungsarbeit weit und breit zu sehen. Ich selbst stand auf dem zugebauten Schacht. Die anwesenden Vertreter der Direktion verwiegern jede Auskunft. Da sie aber die Kolonne, die in menschenfreundlicher Absicht aus Dortmund gekommen war, um zu helfen, ohne ein Wort des Dankes einfach wieder nach Hause schicken, so darf wohl gefolgt werden, daß eben nichts mehr zu retten ist... Im Maschinenraum liegen etwa 40 furchterlich verbrannte Tote, zum Teil schrecklich verstümmelt. Einer der Verletzten war geradezu grauenhaft zugerichtet; dem Mann hängt das Fleisch in Fetzen vom Beibe und die Einwände treten hervor... Über den Zustand der Grube kursiert das Gerücht, daß die Direktion allerdings verneint, daß die Schächte I und II bereits unter Wasser gesetzt seien. Dieser Gerücht erhält sich aber hartnäckig, und der bedeckte Schacht und

die Abweisung der Sanitätskolonne lassen es berechtigt erscheinen.

Die Bergleute selbst schreiben das Unglück dem neuen Steiger zu, der vor zwei Monaten in die Grube eintrat und auch als Wetterkontrolleur fungierte. Wo ich mit Bergarbeiter sprach, murkten sie gegen diesen Mann und sagten, er sei nicht vorsichtig genug gewesen. Schon vor 14 Tagen habe in derselben Sohle, in der jetzt die unglücklichen Arbeiter eingeschlossen sind, eine kleine Explosion schlagender Weise stattgefunden, bei der drei Leute schwer verletzt wurden. Einer davon ist jetzt noch arbeitsunfähig. Hätte man damals gleich nach der Ventilation gelesen, sagen die Bergleute, so wäre das heutige Unglück vielleicht verhindert worden.

Die Frage, wie das Unglück einen solchen Umfang annehmen konnte, ist von der Bechenverwaltung und der Bergbehörde bis zur Stunde noch unbeantwortet geblieben. Es scheint, als ob das Werk Spekulationszwecken dienen sollte; die Gesellschaft wollte offenbar zunächst so viel als irgend möglich Kohlen herauholen, um dann das Werk vorteilhaft zu veräußern. Die Folge davon ist, daß der systematische Abbau zum Raubbau wird. Auf der Grube sind viele Mißstände vorhanden, die mit dem Unglück im Zusammenhang stehen, und die zu fortgesetzten Klagen der Bergarbeiter Veranlassung gaben. Die Tatsache, daß auf Radbod bei einer Belegschaft von 1200 Mann im ersten Halbjahr 1908 830 Zugänge und 656 Abgänge zu verzeichnen waren, beweist nach dieser Richtung genug. Dass die Sicherheit der Betriebe und der Arbeiter darunter leidet, ist selbstverständlich. So oft aber auch die Belegschaft Klagen erhob, Abhilfe wurde nicht geschaffen. Die Behandlung der Arbeiter durch die Beamten war meist miserabel, die Entlohnung schlecht. Von den auf der Grube beschäftigten Arbeitern wird angegeben, daß die Grube sehr oft wegen Wassermangel nicht betriebsfertig werden konnte. Dabei ist die Grube heiß und kohlenstaubreich; an den Tagen vor der Katastrophe, Montag, Dienstag und Mittwoch, war kein Wasser zur Verrieselung der Grube vorhanden. Der Kohlenstaub, der zur Weiterverbreitung der Schlagexplosion beitrug, lagerte fügerdig. In den Streden waren in den Firschen durch Kohlenraub große Höhlräume entstanden, die mit Schlagwettern angefüllt waren; weiter waren stillgelegte Aufhauer vorhanden, die ebenfalls voll Wetter standen. Erst am 29. Oktober verunglückten infolge von zwei aufeinanderfolgenden Explosionen in einem Aufbruch drei Steiger, ein Fahrhauer und ein Hauer, wenn auch nicht tödlich. Die Führung der Wetterleidenden erhielten die Arbeiter nicht bezahlt, wodurch sie selbstverständlich vernachlässigt wurden. Den in dieser Hinsicht erhobenen Forderungen der Arbeiter wurde mit Spott und Hohn begegnet, der Wettersteiger bekümmerde sich statt um die Wetterführung, um die Kohlenförderung; alles das hat dazu beigetragen, daß das Unglück einen solchen Umfang annehmen konnte. Alles in allem: Zustände, die das grellste Schlaglicht auf die Unternehmermethode der Bergwerksgesellschaft werfen.

Aber auch auf den unsäglichen Zustand unserer sozialen

Gesetzgebung! Und unter diesem Gesichtspunkte sind Regierung und Bürgertum Mitschuldige an dieser entsetzlichen proletarischen Massenvernichtung. Denn es wäre ein leichtes gewesen, — hätte man nur den Willen gehabt — die Möglichkeiten derartiger mörderischer Katastrophen aus der Welt zu schaffen, wenn Regierung und Parlamente die Anträge auf Erlass eines Reichsberggesetzes und auf Schaffung einschneidender Arbeiterschutzgesetze aufgenommen hätten, die die „negative“, „unpraktische“ Sozialdemokratie seit je in der Erkenntnis ihrer unabsehbaren Notwendigkeit unermüdlich durchzusetzen bestrebt war. Sie haben nicht gewollt! Dem grenzenlosen Jammer der in Hamm Verwundeten oder ihres Ernährers Verlusten wird es ein magerer Trost sein, wenn jetzt Fürsten, Präsidenten, Parlamente, Städte und Gemeinden in telegraphisch-platonischen „Beileidskundgebungen“ Rekorde aufstellen. Als Hohn, blutiger Hohn, wird es empfunden. Davon weiß Prinz Eitel ein Lied zu singen! Noch nie hat eine Arbeiterschaft einem Vertreter des Monarchen in solcher Deutlichkeit ihre wahren Gefühle offenbart, wie es gestern die in Hamm tat. Dort sammelte sich eine Menge von über 1500 Köpfen vor der Grube an und erging sich in lauten Verwünschungen. Als Prinz Eitel Friedrich eintraf, erklang kein Hurra, dagegen wurden erbitterte Stufen laut. Schließlich wurde die Marschallaise angestimmt. Der Regierungspräsident wollte eine Ansprache halten, wurde aber überwältigt. Die Menge verlangte, daß eine schwärze Farbe ausgehängt werde. Beim ersten Zusammentreffen erschien unvermeidlich. Prinz Eitel Friedrich empfing eine „Deputation“ von drei Bergleuten, die ihre Wünsche aussprachen. Der Prinz versprach, dem Kaiser Bericht zu erstatten. Bei der Abfahrt des Prinzen brach die Menge aufs neue in erbitterte Rufe und Gebungen aus. Der Prinz fuhr in die Stadt zurück und begab sich in beide Krankenhäuser, wo er über eine Stunde verweilte. Die Erregung der Bevölkerung hatte sich auch in den späten Abendstunden noch nicht gelegt. Aus der Menge, die den Prinzen Eitel Friedrich umdrängte, wurden Rufe laut: „Beigt dem Prinzen die Strafzettel, damit er sieht, wie wir behandelt werden!“ Der Bergmann Johann Pilgrim führte das Wort. Er sprach das Verlangen aus nach einem Reichsberggesetz, nach mehr Arbeiterschutz und nach Kontrollen aus den Reihen der Arbeiter.

Diese Stimmung der Hammoner Arbeiter, die die wahren Ursachen des Grubenmassenmords wohl kennen, ist das einzige Trostende und die einzige Hoffnung in dem unerhörten sozialen Drama von Hamm.

Schmerzvolle Wünsche. Und der Arm auf ihren Schultern begann zu zittern, im Lieber der Freiheit, er umfang sie fester. Da regte sich wieder die Angst in ihr und der Ekel. Wie eine Schlange erdigten ihr jetzt dieser Männerarm, wie eine Schlange, die sie umstrichen und erdrücken wollte. Bebend vor Furcht begann sie vor sich hinzusummen, wie ein Kind, das seine Angst befürchten will.

„Was singst du?“ flüsterte seine Stimme an ihrem Ohr. Sie sang ganz fremd in der Erregung. Sein heiterer Atem fuhr über sie hin.

Da bildeten ihre Lippen verständliche Worte:

„So laßt mich schreien bis ich werde,  
Bleibt mir das weiße Kleid nicht aus.“

Leise mit ganz kindlichem Ausdruck sang sie die rührende Schumannsche Weise bis zur dritten Strophe:

„Und jene himmlischen Gestalten,  
Sie fragen nicht nach Mann und Weib.“

Plötzlich brach sie ab, beugte sich vor und bedeckte das Gesicht mit den Händen.

Plank hatte sich leise erhoben und stand hinter ihr an die Hauswand gelehnt. Eine schmerzhafte Wandlung war in ihm vorgegangen, während sie sang. Weit und weiter sah er das Ziel seiner heißen Wünsche hinausgerückt, das er schon erreicht zu haben glaubte. Und doch zürnte er ihr nicht. Mitteidvoll blickte er auf sie hernieder, wie sie zusammengeschauert vor ihm saß, nicht mehr das lockende, liebereise Weib, ein banges Kind, ein angstvoll mit den Flügeln schlagender Schmetterling.

Er konnte jetzt zugreifen. „Seine Kühlheit wird zur Pflicht“ klängt es in ihm; aber er lächelte bitter. Er wollte keine Pflicht erfüllen und kein Recht sich nehmen. Er wollte ein freiwilliges Geschenk empfangen. Was half es ihm, ihren Leib zu besiegen, wenn ihre Seele ihn noch fürchtete. Und wie konnte das bisher anders sein!

## Scuilletton

### Ines.

Roman von Emil Kaiser.

(Nachdruck verboten.)

15]

Gegen sechs Uhr war man wieder in Lugano. Angekündigt des Treibens auf der Promenade des Kurortes mit ihren riesigen Hotelfronten, mit dem Gewimmel von Fremden in eleganten Toiletten, von Hochzeitsreisenden und Touristen, erschien die eben erlebte Szene wie eine Erinnerung aus entlegener Vorzeit.

Ines hatte sich den ganzen Nachmittag über wohlgefühlt, weil sie sich selbst hatte vergessen dürfen, als unbeteiligte Zuschauerin, hier fühlte sie sich wieder unter ihresgleichen, und da kam auch langsam wieder die Unruhe über sie. Ihre Unbefangenheit schwand, sie trug all diesen neugierigen Blicken gegenüber wieder ein stolzes, blaßliches Wesen zur Schau. In dem großen Speisesaal, wo man an kleinen Tischen das Abendessen einnahm, fiel ihr, mehr noch als draußen auf der Promenade, die Menge der jung verheirateten Paare auf, und nun fanden ihr auch die rohen Neuerungen der Hotelbediensteten wieder in die Erinnerung. Sie schämte sich, ihren Mann anzusehen, aber auch den Blicken der andern Gäste begegnete sie nicht gern. Es kam ihr vor, als ob besonders die Bärchen sich untereinander nicht mit den lautersten Gedanken beschäftigten. Und plötzlich nahmen alle diese Gesichter um sie her herzliche Blicke an. Sie sah sich in ein großes Affenhaus versetzt, wo Badiene und Drangs sich gegenseitig mit unanständigen Grimassen anschauten.

Der ahnungslose Professor erklärte ihr derweilen, an der Hand einer von der Kurdirektion herausgegebenen Karte, wo sie heute gewesen waren, und welche Tour sie morgen machen wollten. Nur mit Mühe vermochte sich Ines von ihrer abschaulichen Vorstellung loszureißen. Um wenigstens zu tun, als sei sie ihm gefolgt, nahm sie die Karte selbst zur Hand und begann, die beigelegte Beschreibung zu lesen. Der Verfasser hatte sich bemüht, sie möglichst poetisch einzuleiten. Er nannte das oberitalische Seebad die Brautfammer Europas, verglich die Wogen der Gotthardbahn mit Turteltaubentaufungen und meinte, ihre mächtigen Lokomotiven müßten mit Amoretten und Rosengewinden verzogen sein.

Ines warf das Papier angewidert hin und begann hastig zu essen, aber ihre Züge spiegelten ihre Empfindung so deutlich wider, daß ihr Mann besorgt fragte, ob der Fisch nicht frisch sei.

Später sahen die beiden allein auf dem Balkon vor ihrem Zimmer und genossen die südlische Frühlingsnacht. Schwarz standen die Massen der Völker vor dem sternklaren Nachthimmel, gigantischer noch als am Tage. Eine schwere weißliche Nebelschicht lag auf dem See, über die zuweilen der grelle Blitz des Scheinwerfers der Duna hinfegte. Friedlich schimmerten von rechts zerstreute Lichter vom Paraiso herüber, näher sammelten sich am Ufer die Lichter zu regelmäßigen Reihen, wie glänzende Perlen an einer Schnur.

Gedämpft klang das Geplauder der Vorüberwandernden von der Promenade heraus. Jedes dieser unverständlichen Worte klang in der lauen Luft weich und losend, wie eine Liebeswerbung.

Sie selbst sprachen nicht. Plank hatte leicht seinen Arm um Ines Schultern gelegt. Sie fühlte, wie aus seinem Körper allmählich eine schwüle Glut in den ihren überströmte, lodende Sehnsüchte wurden in ihr wach, diese, fürchtete.

# Reichstag.

161. Sitzung vom Freitag, den 18. November, 1 Uhr.

Am Bundesratssitz v. Behmann-Hollweg: Ein-  
gegangen sind die Interpellationen des Zentrums und der Wirt-  
schaftlichen Vereinigung über das Grubenunglück bei Hamm.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen über die  
Krise und die Arbeitslosigkeit.

Die Interpellation Graf Hompesch (Zent.) fragt den  
Reichstag, was er gegen die großen Schäden der gewerblichen  
Arbeitslosigkeit zu tun gedenkt.

Die Interpellation Albrecht (Soz.) lautet: Welche Maß-  
nahmen geben die Reichsregierung zu ergreifen, um den sich in  
Betriebeinschränkungen, Lohnkürzungen und Arbeitserlösen zu-  
nehmenden Folgen der wirtschaftlichen Krise zu begegnen und dem durch die hohen Lebensmittelgüte gesteigerten  
Notstand weiter Volksschichten entgegenzuwirken.

Staatssekretär v. Behmann-Hollweg erklärte sich zu sofortiger  
Beantwortung der Interpellation bereit.

Die Zentrums-Interpellation wird begrüßt von:

Abg. Dr. Pieper (Zent.): Die große Arbeitslosigkeit wützt in der internationalen Krise und wird durch die Preisstrebungs-  
politik der Kartelle und Syndikate unterstützt. Neben die ge-  
waltige Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und ihre katastrophalen  
Folgen für Industriebau und Allgemeinheit ist man sich so ziemlich  
überein einig. Was kann nun dagegen geschehen? Das Reich  
als Arbeitgeber soll nach Möglichkeit Arbeiten und Notstands-  
arbeiten vornehmen lassen. Vielleicht entschließt sich die Regie-  
rung zur baldigen Einbringung eines Notgesetzes, um Dauten  
und vergleichende schon vor Bewilligung des Staates vornehmen zu  
können. (Befürwortung.) Zu verlangen ist aber, daß das Reich  
nicht nach schlechter Gewohnheit dabei die inländischen Arbeiter  
und die inländische Industrie gegenüber dem Auslande zurück-  
setzt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Einzelstaaten müssen vom Reich  
zur Vornahme von Notstandsarbeiten ermahnt werden, und in  
gleicher Weise müssen die Gemeinden vorgehen. Dringend not-  
wendig sind regelmäßige Arbeitslosenzählungen. Sie sind doch  
wohl ebenso wichtig, wie Bevölkerungs-, die jährlich vorgenom-  
men werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Polizeipolitik ist  
an der Arbeitslosigkeit nicht schuld, denn auch das freihändlerische  
England leidet darunter. Der paritätische Arbeitsnachschwung muß  
zentralisiert, die Arbeitslosenversicherung bald in Angriff ge-  
nommen werden, die Auswüchse des Kartellwesens müssen durch  
die Gesetzgebung bekämpft werden.

Die Sozialpolitik darf am wenigsten in den schweren Zeiten  
der Arbeitslosigkeit versagen. (Bravo! im Zentrum.)

Die Interpellation Albrecht und Genossen (Soz.) begrüßt

Abg. Mollenbusch (Soz.): Heute haben wir zum erstenmal  
Wesentlichkeit bei unserer Interpellation über die Arbeitslosigkeit.  
In früheren Jahren standen wir mit detaillierten Interpellationen  
immer allein, so z. B. in den Jahren 1892/93 und 1902. Es ge-  
hörte das jedenfalls zu unserer bekannten negativen Tätigkeit,  
dass wir solche Anträge stellten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Doch  
wie in anderen sozialpolitischen Dingen haben wir jetzt auch hier  
bei dem Zentrum vorwärts gedrungen und ich will hoffen, dass es  
uns auch sonst weiter folgt, insbesondere dann, wenn es gilt,  
ernsthafte Maßregeln auf diesem Gebiete zu ergreifen. — Die  
Arbeitslosigkeit ist eine regelmäßige Folge der wirtschaftlichen  
Krisen, die ihrerseits in der kapitalistischen Produktionsweise mit  
einer bestimmten Negativität wie Schillers Mädchen aus der  
Freude wiederkehren, weil Konsumtion und Produktion niemals  
ganz im Einklang sind. Zwischen den Jahren 1892/93 und 1902  
lag noch ein Jahrzehnt, während jetzt nur 6 Jahre verflossen sind, bis wir uns abweichen zu einer wirtschaftlichen Katastrophe  
sehen, wie wir sie am Beginn des Jahrhunderts gehabt haben.  
Und dies, trotzdem die Kapitalisten verschworen, dass sie durch  
ihre Kartelle und Syndikate eine gewisse Regelung der Produk-  
tion herbeiführen wollten. Es ist vielfach die Hoffnung aus-  
gesprochen worden, dass es gelingen könnte, durch diese Organi-  
sation der Produktion die plötzlichen Störungen zu überwinden.  
Noch mehr solcher Organisationen als bei uns gibt es beläufig  
in Amerika, und trotzdem sehen wir, dass gerade von dort die  
gegenwärtige Krise ausgegangen ist, und dort mit der aller-  
größten Schärfe aufgetreten ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn wir uns über das Problem der Arbeitslosigkeit unterhalten  
möchten, müssen wir uns aber nicht allein mit den stankhaften Ge-  
scheinungen, den Krisen beschäftigen, sondern müssen auch daran  
denken, dass es eine ganze Reihe von Erwerbszweigen gibt, bei  
denen auch dann, wenn keine Krise besteht, eine Verlagerung der  
Arbeitslosigkeit herrscht. Es sind das teils Gewerbe, die von der  
Witterung abhängen, wie die Maurerarbeiter, Bergarbeiter, Bau-  
arbeiter, Minenschiffer, wo Regen und Frost niederes Wasser-  
stand usw. die Arbeitslosigkeit verursachen; dann Gewerbe, bei  
denen nur in gewissen Zeiten die Rohstoffe vorhanden sind, wie  
bei der Baderindustrie, in Konfektionsfabriken usw., bei denen  
man von einer Kampagne spricht, und dann die Saisonindustrien,  
wie die Konfektionsindustrie, die Pflefferküchen, Schokoladen-  
fabriken usw. Weiter haben wir auch mit absterbenden Ge-  
werben zu tun, teils infolge der technischen Entwicklung, teils des  
wechselnden Modes; ich erinnere z. B. an die Drechsler. Wenn  
sich die Kapitalisten durch Betriebeinschränkungen gegen die

Er dachte an die Monats ihres Brautstands. Bald  
nach der Verlobung war Ines in das Haus ihres Vaters  
zurückgekehrt, sie hatten sich nur schreiben können. Bei  
seinen Besuchen in ihrer Heimatstadt war Ihnen auch  
wenig Gelegenheit gegeben, einander innerlich näher zu  
kommen. Die kurzen Wochen, die Ines vor nahezu Jahres-  
frist bei Derendorfs zugebracht hatte, waren im Grunde  
ihre einzige gemeinsam verlebte Zeit.

Wie ein verstärktes Echo seiner eigenen Gedanken klang  
das, was Ines nach einiger Zeit sich aufrechtend sagte:

„Weißt du, es kommt mir oft so merkwürdig vor, dass  
ich jetzt hier mit dir allein bin, in einem fremden Land,  
weit fort von allen Bekannten. Manchmal denke ich, wenn  
du nun ganz anders wärst, als sie alle gedacht haben,  
wenn du dich nur versteckt hättest und die Ines Verhagen  
eines schönen Tages hier liegen liebestest.“

Sie wollte das in scherhaftem Ton sagen, aber es kam  
gezwungen heraus, und Blanks Ohr entging nicht der  
Unterton einer geheimen Angst.

Da zwang er sich zu einem beruhigenden herzligen  
Lachen.

Die Ines Verhagen ist nicht mehr, und die Frau Pro-  
fessor Blank lach nicht hier liegen, wenigstens noch nicht.  
Ich bin auch kein heimlicher Blaubart, du brauchst nichts,  
gar nichts von mir zu fliechten.“

Die letzten Worte hatte er im Tone eines feierlichen  
Vertrittens geflossen, nun unterteilt flügte er dann hinzu:  
„Jetzt aber zu Bett. Morgen wird nicht erst um Mittag  
ausgestanden. Wir wollen auf den San Salvadore.“

Im dunkeln kleideten sie sich aus. Ines war ihm dank-  
bar, dass er kein Licht mache.

(Fortsetzung folgt.)

Berichtigung. Im vorletzten Absatz der vorgelesenen Fort-  
setzung muss es austasten: blauäugige, rothaarige Bluse natürlich  
heißt; blauäugige rothaarige Bluse.

Krise schützen, so kommen die Arbeiter dabei am schlechtesten weg,  
denn diese Einschränkungen haben Arbeitserlasseungen  
zur Folge. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und nicht nur diejenigen  
Arbeiter, welche aus der Arbeit kommen, bekommen die  
Folgen der Krise zu spüren, sondern auch diejenigen, welche in  
Arbeit bleiben, müssen sich Lohnabzüge gefallen lassen. Allerdings  
werden die Lohnabzüge nicht immer so geringschönt und  
brutal gemacht, dass sie gleich ins Auge springen. Bei der Auflösung  
s. V. verlangt man bei demselben Lohn saubere Arbeit als  
vorher, so dass der Arbeiter also ohne direkten Lohnabzug weniger  
verdient. In einigen Gewerben werden neue Arbeiter nur zu  
niedrigen Löhnen eingestellt. Die Senkung der Löhne ist also  
völlig erst zu übersehen, wenn die Krise vorbei ist. Als wir die  
letzten Kurse auf die schwächere Lage der Arbeiter in den  
Vierteljahren hinwiesen, wurde bestritten, dass Lohn-  
abzüge vorgelommen seien. Nur einzelne wurden als eine Folge  
des Rückgangs der Kohlenpreise zugegeben. Jetzt sehen wir aber,  
dass die Löhne von 1187 M. im Jahre auf 111 M. zurückgegan-  
gen waren, das heißt also ein Lohnausfall von 4 M. pro Woche.  
Auch in andern Verhältnissen sehen wir den Lohnrückgang. Ich  
erinnere nur an die bekannten Kürzungen der Eisenbahnver-  
waltung, in den Jahren 1901/02, worin die einzelnen Ver-  
waltungen aufgesondert wurden, wie sie in der Zeit der Prosperi-  
erungsperiode mit den Löhnen in die Höhe gegangen seien, so sollten  
sie jetzt in der Zeit des Niedergangs mit den Löhnen wieder  
herabgehen; neue Arbeiter sollten sie nur zu niedrigen Löhnen  
einsetzen. Wieweit also die Krise wirkt, entsteht man erst später,  
und wenn die Krise vorbei ist, haben die Gewerkschaften lange  
und schwere Kämpfe zu führen, ehe sie die frühere Lohnhöhe  
wieder zurück erobern. (Lebhafte Befürchtung bei den Soz.)

Dass wir es gegenwärtig mit einer schweren Krise zu tun haben,  
ist zweifellos. Man muss dabei immer wieder auf die Bitten  
des Reichsarbeitblattes hinweisen, und nach diesen Bitten hätte  
man erwarten sollen, dass die Regierung nicht gezeigt würde, was  
sie gegen die Arbeitslosigkeit zu tun gedenkt, sondern was sie  
gegen die Arbeitslosigkeit zu tun kann. Wusst denkt die Regierung immer erst ge-  
schoben werden, um etwas zu tun bei Notständen, die ihr nicht  
unbekannt sein können? (Lebhafte Befürchtung bei den Soz.) Seit  
dem Juni weist jede Nummer des Reichsarbeitblattes auf  
die andauernd ungenügende Beschäftigung in der Baumwoll-  
industrie hin. Ein Notfall ist in den ersten 9 Monaten d. J.  
etwa eine Million Tonnen weniger eingeschafft als in der ent-  
sprechenden Zeit des Vorjahrs. Das sind 10 Prozent des Mo-  
nisses. Danach kann man sich eine Vorstellung von dem Steigen  
der Arbeitslosigkeit machen. Der Produktionsrückgang ist aber  
noch viel erheblicher, weil ja in sehr vielen Fällen erhebliche  
Vorrände auf Lager genommen sein werden. In der Baumwoll-  
industrie trat eine erhebliche Verringerung schon im Jahre 1907 ein. Man  
sah das auf das Steigen des Binnenguts zurück; aber mit dem  
Sinken des Binnenguts hat die Baumwollindustrie nicht zugegangen.  
Doch will hier nicht alle Industrien durchgehen; hinzuweisen will ich  
aber doch noch auf das Stilllegen der Schiffe. Von der  
Kolonialpolitik erwartete man eine außerordentliche Steigerung  
unseres Handels. Statt dessen tragen unsre Neider, dass die  
Frachten der Schiffe noch nie so schlecht waren als  
bei Abschluss des vorjährigen Jahres. Über die Stärke der Arbeits-  
losigkeit gibt das Reichsarbeitblatt auch insofern einen Anhaltspunkt,  
als sie über einen Teil der Krankenanstalten berichtet. Bei  
unserem Bevölkerungswachstum sollten die Bahnen der dort an-  
gegebenen Mitglieder monatlich um 47 000 steigen. Statt dessen  
ist die Steigerung so, dass man daraus die Zahl der Arbeitslosen  
gegenwärtig auf 420 000 höher schätzen kann, als in normalen  
Zeiten. Und dabei ist zu bedenken, dass hier nur über einen Teil  
der Massen berichtet wird, die Gesamtzahl der Arbeitslosen also  
noch viel bedeutender ist. Herr Pieper hat schon auf den Wert  
einer regelmäßigen allgemeinen Arbeitslosenstatistik hingewiesen.  
Auffallend ist, dass in den Bitten des reichsstädtischen Amtes über  
die Arbeitslosigkeit bei den Gewerkschaften der christlichen Berg-  
arbeiterverbände steht. Die Bergarbeiter haben im 3. Quartal  
dieses Jahres gegenüber dem 3. Quartal des vorjährigen Jahres bei  
1½ Millionen Versicherten an Arbeitslosenversicherung gezahlt  
1 029 000 M. gegenüber 804 000 M. Also die Summe hat sich  
genau verdoppelt. (Hört, hört bei den Soz.) Dabei ist das  
3. Quartal für die Arbeitslosigkeit noch lange nicht das Un-  
günstigste. Wie wirkt nun die Arbeitslosigkeit auf die Arbeiter?  
Die wenigen Sparparate sind bald verbraucht, das wirkt deplor-  
abel, bald tritt auch Hunger in der Familie ein, die Kranken-  
heiten nehmen erheblich zu. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie  
viele Arbeiter werden aber auch durch die Krise in den Not der  
Bauarbeiter hinein geschoben. Wenn der unverhältnismäßig  
Arbeitslosen auf Geld mehr hat, kost und Vogis zu bezahlen, so wird  
er vielfach zum Betteln gezwungen, und wenn er dabei abgesetzt  
wird, dann bestraft ihn der Staat, obwohl der Arbeitslose doch  
nicht an der Krise schuld hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch  
vermeidet sich in solchen Fällen die Eigentumsgerechtigkeit. Im  
Jahre 1901, als die Krise schaute einsetzte, berechnete die Kreuz-  
zeitung in einem Artikel vom 14. Dezember die Kosten für Kor-  
rektionshäuser usw. in Deutschland auf 150 Millionen Mark. Sie  
verlangte allerdings schwere Strafen. Doch die Strafen schaffen  
keine Arbeit für die Boutez es sei denn, dass die Kreuzzeitung  
daran gedacht hat, dass mehr Gefangniszeiten gebaut werden  
und dabei mehr Arbeiter beschäftigt werden. Nach dem  
deutsch-evangelischen Jahrbuch des Herrn v. Bodelschwingh be-  
trug die Zahl der Obdachlosen, welche Obdachlosenver-  
pflegungen überwiesen werden mussten, in den Jahren 1904 bis  
1907 durchschnittlich 20 000. 1907/08 stieg die Zahl plötzlich auf  
88 000. (Hört, hört bei den Soz.) Auch die Frequenz des Ber-  
liner Asyls für Obdachlose stieg um 74 000 Fälle gegen das Vor-  
jahr. Für die Gesellschaft sind solche Arbeiter, die an Gesundheit  
oder moralisch schweren Schäden erkrankt haben, vielfach ver-  
loren. Würde man die Millionen, die man für die Kranken und  
Invaliden, für die Verbrecher ausgibt, vorher für dieselben Per-  
sonen aufgewandt haben, um sie vor dem Verlusten in das Elend  
zu bewahren, so kämen sie ihr lediglich ähnliche Glieder der Ge-  
sellschaft gebüsst. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bedeutend ver-  
stärkt ist die Not der Armen noch durch die künstliche Preis-  
steigerung infolge der verfehlten Wirtschaftspolitik, an der auch  
das Zentrum einen großen Teil des Schutzes trägt. Von den  
Lebensmittelpreisen ist nur der Kaffee billiger geworden. Wenn auch  
die Septemberpreise des Jahres 1908 gegenüber den September-  
preisen 1907 etwas geringer sind, so sind doch seit August wieder  
verschiedene Nahrungsmittel, z. B. Fleisch, im Preise gestiegen.  
(Hört, hört bei den Soz.) Die Veränderung der Not muss also  
noch zwei Seiten vor sich gehen: Erhöhung der Einnahmen der  
Arbeiter und Verminderung der Kosten der Lebenshaltung.  
Die Krisen treten immer dann ein, wenn Produkte im Über-  
fluss vorhanden sind. Sind zuviel Wohnungen da, so haben die  
Bauarbeiter keine Arbeit und die Schnellbahn läuft vielleicht  
stehend auf der Landstraße herum, weil zuviel Nähe vorhanden  
ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Denning hat seinerzeit  
richtig bemerkt, dass in den letzten 20 Jahren der Nationalreichtum  
um 80 Milliarden gestiegen ist. Gewiss, das Vermögen der  
reichen Leute hat in dieser Zeit gewaltig zugenommen. Nach  
der Berichtigung der Vermögenssteuer ist allein in Preußen das  
Vermögen in den zehn Jahren von 1898 bis 1908 um 18½  
Milliarden gestiegen. Auch das plötzliche Land hat an diesem Ver-  
mögenszuwachs teilgenommen. Die Steigerung des Nationalver-  
mögens ist also da. Aber auf die Arbeiter ist nichts davon ent-  
fallen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie haben aus Mangel an  
Absatzmärkten nicht einmal genug Arbeit. Neue Absatz-  
märkte müssen wie suchen, allerdings nicht in Wollenbüchheim  
oder bei den Regieren, sondern hier in unserem Heimatlande,  
wo wir sie massenhaft haben können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die  
Massen konsumfähig zu machen, ist die nötigste Er-

weiterung unserer Absatzmärkte. (Sehr richtig! hört.) Statt  
dessen wird nicht nur der Massen die Nahrung verteilt, sondern  
die Regierung ist auch stets dabei, wenn die organisierten Ar-  
beiter der Industrie neue Absatzmärkte durch Erhöhung der Löhne  
schaffen wollen, dieses Streben zu durchkreuzen. (Lebhafte Befür-  
chtung bei den Soz.) Weitere Schichten der Arbeiter enthalten  
sie es durch gerichtliche und politische Schikanen. Neben-  
dieser bleibt die Löhne der Staatsarbeiter hinter den Löhnen der Ar-  
beiter im Privatbetrieb zurück, so die Löhne der Bergarbeiter im  
Saarbezirk gegenüber den im Ruhrrevier und die Löhne der  
preußischen Eisenbahner. So bei Kanalbauten ist den  
Unternehmern ausdrücklich befohlen, nur ausländische Arbeiter  
heranzuziehen, um nicht etwa durch Arbeiterknappheit Lohn-  
steigerungen hervorzurufen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Was könnten nun Staat, Reich und Gemeinde gegen die  
Arbeitslosigkeit tun? Eine vernünftige Staatsverwaltung müsste  
alle Kulturaufgaben auf Jahrzehnte voraus gerade in  
dem Moment erfüllen, wo überflüssige Arbeitskräfte vorhanden  
sind. Wieviel Eisenbahnen, Kanäle und Säulen hätten wir  
noch nötig. Aber freilich, wir haben ja kein Geld zu solchen  
Kulturaufgaben. Das Zentrum ist mittschuldig, weil es durch  
Bewilligung aller Forderungen für Heer, Flotte und Kolonien  
unsre Finanzen so entagliert hat, dass für die Kulturaufgaben  
nichts übrig bleibt. Mutwillig haben der Staat und alle bürger-  
lichen Parteien die Gelber verschwendet, die wir jetzt dringend  
nötig hätten. (Lebhafte Befürchtung bei den Soz.) Die neuen  
Gesetze engen die Arbeitsmöglichkeit weiter ein. Die Tabak-  
steuer wird allein 50 000 Arbeiter breit machen. (Hört, hört!)  
Früher hat die Regierung wenigstens theoretisch Interesse an  
der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gezeigt; in einer Zeit der  
sozialen Auflösungen hat sie 1896 Arbeitslosengähungen  
vorgenommen und 1902 in Verfolg unserer Interpellation und  
eines Artikels von mir in der Neuen Zeit des Reichsstatistischen  
Amtes mit Erhebungen über den Umsatz und den Ausbau der  
Arbeitslosenversicherung beauftragt. Darüber ist uns 1906  
eine Debatte von nicht weniger als 1415 Seiten zugegangen.  
Durch aufgezogene haben die Gewerkschaften für die Arbeitslosenver-  
sicherung recht viel, die Gemeinden etwas, andre Staaten auch  
etwas getan. Aber auf den ganzen 1415 Seiten werden Sie  
nicht eine Seite von dem finden, was etwa das Deutsche Reich  
getan hätte. (Lebhafte Befürchtung bei den Soz.) Der Ab-  
geordnete Wiener meint zwar, das Reich werde sich jetzt sehr  
viel mit Sozialpolitik beschäftigen, mit der Pensionenversicherung,  
der Privatbeamten, mit der Reform der Arbeiterversicherung,  
mit der Witwen- und Waisenversicherung. Ach nein, Herr  
Wiener, die Befürchtung wird sich mit ganz andern Dingen  
beschäftigen. Sie wird sich genau wie in den ganzen letzten  
sechs Jahren, mit Steuergefechten beschäftigen. Eine umfassende  
Reform der Arbeiterversicherung könnte allerdings eine beson-  
dere Arbeitslosenversicherung überflüssig machen. Über an einer  
solchen umfangreichen Reform der Arbeiterversicherung würde  
sich wahrscheinlich das Zentrum nicht beteiligen. Sprach doch  
der Abgeordnete Pieper auch nur von einer Arbeitslosenver-  
sicherung der gewerblichen Arbeiter. Sie darf aber keineswegs  
auf die gewerblichen Arbeiter beschränkt bleiben, sondern muss  
auf die Landarbeiter ausgedehnt werden. Meiner Meinung  
nach ist gerade die Arbeitslosenversicherung eine Hauptfrage,  
wenn man die Landarbeiterfrage überhaupt lösen will. (Sehr  
richtig! bei den Soz.) Die Industrie kann nicht Arbeiter nur so  
periodisch einstellen, wie es auf dem Lande geschieht. Wenn eine  
Landflucht vorhanden ist, so beruht sie auch darauf, dass durch  
die Einführung von Maschinen die Perioden, in denen es Arbeit  
hat, für den Landarbeiter immer länger werden. Die Arbeits-  
losenzählungen vom Jahre 1895 haben den klaren Beweis er-  
bracht, dass eine Arbeitslosenversicherung möglich ist. Sie er-  
gaben im Durchschnitt 167 000 Kranke und 366 000 Arbeitslose.  
Würde man jedem Arbeiter für jeden arbeitslosen Tag  
2 Mark geben, so würden 220 Millionen Mark ausreichen, um  
sie zu unterstützen. (Lebhafte Bluse des Staatsrechts rechts: 200  
Millionen Mark!) Nehmen Sie doch einmal nach, was für Heer  
und Flotte ähnlich ausgedehnt wird, da sind Ihnen 500–600  
Millionen nicht zuviel. (Sehr richtig! bei den Soz.) 200 Mil-  
lionen Mark erscheinen Ihnen nur dann als eine ungeheure  
Summe, wenn es sich um ihre Verwendung für Arbeiter han-  
det. (Lebhafte Befürchtung bei den Soz.) Die Industrie kann nicht Arbeiter nur so  
periodisch einstellen, wie es auf dem Lande geschieht. Wenn eine  
Landflucht vorhanden ist, so beruht sie auch auf dem Schlag einge-  
führt werden. Wohl aber kann das Reich sofort Mittel zur Verfügung  
stellen, um die bestehenden Einrichtungen für Unterstützung von  
Arbeitslosen zu unterstützen, und da, wo noch keine Einrich-  
tungen bestehen, solche zu schaffen. Weiter nehme ich auch keine  
Vorstellung, zu verhindern, dass Landarbeiter eintreten würden. Mit der Einführung einer fol-  
genden Versicherung würden die Arbeiter auch in den Zeiten der  
Krise ihr Leben und ihre Gesundheit erhalten können, während  
viel liegt in den Zeiten der Krise den Armenhäusern anheim-  
fallen, und den Grund an unehrenbarem Siechtum legen. Nun  
wird die Befürchtung wohl kaum mit einem Schlag einge-  
führt werden. Wohl aber kann das Reich sofort Mittel zur Verfügung  
stellen, um die bestehenden Einrichtungen für Unterstützung von  
Arbeitslosen zu unterstützen, und da, wo noch keine Einrich-  
tungen bestehen, solche zu schaffen. Weiter nehme ich auch keine  
Vorstellung, dass Landarbeiter eintreten würden. Mit der Einführung einer fol-  
genden Versicherung würden die Arbeiter auch in den Zeiten der  
Krise ihr Leben und ihre Gesundheit erhalten können, während  
viel liegt in den Zeiten der Krise den Armenhäusern anheim-  
fallen, und den Grund an unehrenbarem Siechtum legen. Nun  
wird die Befürchtung wohl kaum mit einem Schlag einge-  
führt werden. Wohl aber kann das Reich sofort Mittel zur Verfügung  
stellen, um die

wichtig wären. Die Betriebszölle aber kosten die Arbeiter mehr als 220 Millionen Mark, und wenn es nach dem Willen des Dr. Hahn gegangen wäre, so wären die Zölle noch weit höher ausgeschlagen, und er hätte nicht danach gefragt, wo das Geld herkommen soll, um das teure Geld zu bezahlen. (Sehr richtig bei den Soz.) Also das Reich hat die Pflicht, dafür zu sorgen, dass das Volk gesund erhalten bleibt. Die Kämpfe der Zukunft werden keine Kämpfe mit Kanonen und Schiffen sein, sondern wirtschaftliche Kämpfe, und Sieger wird das Volk sein, welches die gesunden und intelligenten Arbeiter hat. Das wirtschaftliche stärkste Volk wird auch das politisch stärkste Volk sein. Nicht für Kanonen und Panzerschiffe, sondern zur Erhaltung der Gesundheit, zur Erhaltung der Erwerbsfähigkeit, zur Erhaltung der wirtschaftlichen Macht gebe man Geld aus, und man wird für die Zukunft des deutschen Volkes frohes gelebt haben. (Lebhafte Bravos bei den Soz.)

**Staatssekretär v. Weizmann-Hollweg:** Die Krise hat internationale Ursachen. Sie ist in Deutschland weit milder ausgefahren als in anderen Ländern. So ist z. B. die deutsche Ausfuhr längst nicht so gesunken wie die englische und französische. (Hört, hört recht.) Der Rückgang ist der und nicht so plötzlich aufgetreten als andernwo. Die Lage des Arbeitsmarktes ist nicht in allen Industriezweigen gleichmäßig ungünstig. In einigen Erwerbszweigen liegen Anzeichen der Verbesserung vor. Mir scheint, dass ein Teil der Ursachen der gegenwärtigen Krise in Abschwächung begriffen ist. Nach Beendigung der amerikanischen Präsidialwahlbewegung ist auch in Amerika eine gewisse Verübung eingetreten. Der malische Premierminister Squish ist überzeugt, dass die Krise nicht lange mehr andhalten wird. Ende Juli wurden in Deutschland 27 Prozent Arbeitslose gezählt. Das ist seine erfreuliche Besserung. Man bedenkt aber, dass in England zur selben Zeit 8,2 Prozent Arbeitslose gezählt wurden, eine Zahl, die vier Wochen später auf 8,9 Prozent gestiegen war. In der Handelswirtschaft war im Sommer der Arbeitsemanzip noch so groß, dass sie mit einer großen Anzahl ausländischer Arbeiter arbeiten musste. (Sehr richtig, rechts.) Man kann also nicht von einer Arbeitslosigkeit auf dem Lande sprechen. In der Forstwirtschaft herrscht sogar jetzt im Sommer Arbeitsemanzip. (Hört, hört recht.) Hier ist eine periodische Arbeitslosigkeit festgestellt worden. Ich kann mir keinen Nutzen davon versprechen; denn ehe wir die Ergebnisse der Wahlung benennen könnten, wäre die Arbeitslosigkeit längst vorüber. Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist noch längst nicht spruchreif. Die Schwierigkeit, z. B. die Kontrolle, sind außerordentlich groß. Ich glaube kaum, dass wir je zu einer Reichsarbeitlosenversicherung kommen werden. (Hört, hört bei den Soz.) Der Frage des Arbeitsmarktes wird die Reichsregierung alle Ausmerksamkeit zuwenden. Die Wanderarbeitsmännererziehung gehört jenseit noch nicht zur Reichskompetenz. Hebrigens hat Preußen mit seinem Wanderarbeitsmännerengagement keine besonderen Erfahrungen gemacht. (Hört, hört.) — Die Reichsdämme haben Arbeitserlassungen und Lohnverkürzungen strikt verunreinigt (Hört, hört), vielmehr die Arbeitspolitik nach Möglichkeit erhöht, so die Marinewerft von 18000 auf 20000. (Hört, hört.) In den preußischen Staatsbetrieben ist die Arbeitszeit durchaus günstig. In den Pergwerken des Saarzellers in Oberschlesien besteht sogar noch ein gewisser Arbeitseinsatz, ein sehr fühlbarer in der Forstverwaltung. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat keine Arbeiter entlassen. Die in der Krise für 1909 eingeleiteten Arbeiten werden möglichst rasch in Anspruch genommen werden. Die Frage der Eindringung von Notstandsbetrieb wird erworben werden. Hierzu, Post und Marinewerft haben nach Möglichkeit Ausdrücke eröffnet. Die preußische Eisenbahns und Bauverwaltung nehmen möglichst viel Bauten vor. Bei dem Bau des Teltower Kanals hat man mit der Versorgung einheimischer Arbeitslosen schlechte Erfahrungen gemacht, so dass man zur Versorgung ausländischer Arbeiter greifen musste. Zugleich hat die preußische Regierung angeordnet, dass jetzt nach Möglichkeit inländische Arbeitslose verwandt werden. Hebrigens gibt es kein Universalmittel gegen Arbeitslosigkeit. Unsere vorliegende Wirtschaftspolitik sucht gleichzeitig den Inlandsmarkt zu stärken und neue Auslandsmärkte zu erschließen. Wenn wir an ihr festhalten, werden wir am leichtesten die Seiten der Krise überwinden. (Vorfall rechts.)

Auf Antrag Singer (Soz.) wurde Besprechung der Unter-  
smissionen beschlossen.

**Abg. Stremann (not. abg.):** So schlimm, wie es gemacht wird, steht es mit der Arbeitslosigkeit nicht, obwohl unsere Industrie unter der englischen und unter Handel unter der japanischen Konkurrenz leidet. Auf die Politik ist die Krise nicht zurückzuführen. Ein starkes Heer und eine starke Flotte, die den Frieden sichern, sind die beste Arbeitslosenversicherung. (Langanh. Heiterkeit bei den Soz.) Abg. Gartien (Frei. Wp.) polemisierte abwechselnd gegen die Sozialdemokratie und gegen die Regierung. Wenn die Forstverwaltung seine Arbeiter bekommt, so liegt das gewiss an den miserablen Böhmen. Die Lohnreduzierung entspringt nicht der Hartbereitschaft der Unternehmer. Wenn aber Lohnaufbesserungen zur Bildung der Streikfronten benötigt werden, so könnte das manchen Unternehmer zur Lohnreduzierung veranlassen. (Sehr richtig, rechts.) Man geht auf Arbeitsmangel auf dem Lande hin; aber die städtischen Arbeiter können nicht so ohne weiteres zur Landwirtschaft übergehen. (Sehr richtig links.) Die Sozialdemokratie kann die Fragen auch nicht beantworten. (Sehr richtig rechts und bei d. Frei.) Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung ist sehr schwierig, aber doch noch nicht unpolitisch. Nach Durchführung der Finanzreform und der Lebens- und Waffenversicherung läuft sich darüber reden. Mögen alle Parteien an der Lösung dieser großen Frage mitarbeiten. (Beifall d. d. Frei.)

**Abg. Henning (cons.):** Unter den Arbeitslosen sind viele Arbeitsscheine. Wili den vom Staatssekretär angekündigte Maßnahmen sind wir durchaus einverstanden.

**Abg. Goehring (Frei. Wp.):** Unwissenhaft hängt die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit der internationalen Krise zusammen. Sie wird aber durch unsere verschleierte Wirtschafts- und Stellvertreterpolitik verschärft. Die Ausführungen des Staatssekretärs waren recht optimistisch gehalten, in diesem Jahre ist die Ausfuhr bedeutend gestiegen. Die Bahlen begaben sich nur auf 1907. Vielleicht ist wenig praktischer Erfolg von den an sich anerkennenswerten Unter-  
smissionen zu erwarten. Das Beste können die Gemeinden tun. Vielleicht empfiehlt sich eine parlamentarische Untersuchungs-  
kommission. (Beifall links.)

Darauf verzog das Haus die weitere Besprechung auf Sonn-  
abend 11 Uhr. Nachher Petitionen.

Schluss: 6 Uhr.

## Soziale Rundschau.

Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der kaufmännischen Angestellten.

Das Ministerium des Innern von Sachsen hat von dem Kaufmannsgericht in Leipzig eine Urteilshilfe eingeholt über folgendes vom Kaufmannsgericht zu Berlin über die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der kaufmännischen Angestellten dem Bundesrat überreichten Urteile:

I.

§ 1. In Kontor- und Engroßgeschäften ist den kaufmännischen Angestellten nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 18 Stunden zu gewähren.

Innenhalb der Arbeitszeit muss den Angestellten eine Mittagspause gewährt werden, die in Gemeinden, die nach der jeweiligen Volkszählung mehr als 20000 Einwohner haben, mindestens zwei Stunden, in kleineren Gemeinden mindestens 1½ Stunden betragen muss.

Bei durchgehender Arbeitszeit muss bis Verkündung der Mittagspause durch eine entsprechende Verkündung der Arbeitszeit aufgeglichen werden.

a 2. Die Bestimmungen des § 1 finden keine Anwendung: 1. auf Arbeiten, die zur Verhütung des Verberbens von Waren vorgenommen werden müssen, 2. für die Aufnahme der geschäftlichen Inventur, sowie bei Neuerrichtungen und Umzügen, 3. außerdem an jährlich höchstens 40 Arbeitstagen für besonders dringende geschäftliche Bedürfnisse.

Die Tage, an welchen den kaufmännischen Angestellten die Ruhezeit aus Gründen des § 2 Abs. 3 verfügt wird, sind von dem beschäftigenden Prinzipal sofort in ein besonderes anzulegendes Buch einzutragen, welches jederzeit den Angestellten und auf Anfordern der Ortspolizei zur Einsicht vorgelegen ist.

II.

Für alle kaufmännischen Angestellten in Kontoren ist ein jährlicher ununterbrochener Urlaub von mindestens 14 Tagen festzustellen.

Zur Ausschreibung, an der 10 Weißgerber, zur Hälfte aus den Prinzipalen, zur Hälfte aus den Handlungsgehilfen entnommen, teilnehmen, wurde bei Stimmenthaltung des Vor-  
sitzenden einstimmig beschlossen.

In Wahrung des in der Ausschreibung vom 20. November 1905 vom Kaufmannsgericht der Stadt Leipzig bereits an die gelegenden Körperschaften gestellten Antrags dahingehend, in Sachen der Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Kontoren für Betriebe mit geheimer Arbeitszeit einen Höchstarbeitsstag von 9 Stunden und für Betriebe mit durchgehender Arbeitszeit einen Höchstarbeitsstag von 8 Stunden gesetzlich vorgeschrieben,

die qualifizierte Neuerung dahin abzugeben, dass dem Antrag beizutreten sei, jedoch mit der Mahnung, dass die ununterbrochene Ruhezeit auf 18 Stunden zu bemessen sei.

In gleicher Weise wurde beschlossen, der Fassung des § 2 beizutreten mit der Mahnung, dass unter Nr. 8 die Zahl der Arbeitsstunden, an denen die Bestimmungen im § 1 keine Anwendung finden sollen, im Einstlang mit der Bestimmung im § 180 d. N.-G.-O., auf jährlich höchstens 80 zu normieren sei.

Neben den Antrag des Leiters beschloss der Ausschuss des Kaufmannsgerichts mit dem gleichen Stimmenthaltung die Streichung der Worte „und auf Erfordern der Orts-  
polizei“ zu empfehlen.

Zu II wurde beschlossen, und zwar einstimmig unter Stimmenthaltung des Vorsitzenden, das Gutachten dahin abzugeben, dass an Stelle des vom Kaufmannsgericht zu Berlin gestellten Antrags der folgende Antrag zu stellen sei:

Den kaufmännisch ausgebildeten Angestellten ist nach einjähriger Tätigkeit in demselben Geschäft alljährlich ein angemessener Urlaub zu gewähren. —

In der gleichen Sitzung wurde beraten über folgenden auf der Tagesordnung stehenden Antrag:

Den Kaufleuten ist untersagt, Angestellte durch Verabredungen, schwere Lizenzen oder Einrichtungen anderer Art wegen ihrer Bugeigenschaft zu Vereinigungen um ihre Stellung zu bringen, oder sie aus diesen oder andern Gründen an der Erlangung einer neuen Stellung zu hindern.

Der Antrag in der vorstehenden Fassung wurde abgelehnt.

Ein neuer Antrag von Beisitzern über den Abschluß in offenen Verkaufsstellen und über achtfürstündige Arbeitszeit in Kontoren wurde unter Zustimmung des Antragstellers durch früher gefasste Beschlüsse des Kaufmannsgerichts als erledigt bezeichnet.

Endlich beschloss das Kaufmannsgericht, bei dem Bundesrat und dem Reichstag zu beantragen, dass das Gesetz, betreffend die Beschlagsmäßigung des Arbeits- und Dienstlohnens dahin zu ändern sei, dass die Grenze des pfandhaften Einkommens der kaufmännischen Angestellten von 1600 Mk. auf 2000 Mk. erhöht werde.

**Zur Milderung der Arbeitslosigkeit.** Das Essener Gewerkschaftsrat hat an die Stadtverordnetenversammlung folgende Anträge gerichtet: 1. die Einführung einer Notstandsbetrieb zur Beschäftigung der Arbeitslosen der Stadt Essen im kommenden Winter in Angria zu nehmen und die Notstandsbetriebe in eigener Regie ausführen zu lassen; bei der Erlassung sind zunächst die einheimischen Arbeiter zu berücksichtigen.

**Arbeitslosenfürsorge und Notstandsbetrieb.** Das Gewerkschaftsrat in Offenbach hat in einer dringlichen Eingabe an die Stadtverwaltung verlangt: 1. die Inangriffnahme von Notstandsbetrieben, 2. die Einführung einer Arbeitslosenversicherung nach Strabburgs Muster, 3. eine Arbeitslosengättung. Die Eingabe kam gestern abend zur Verhandlung und wurde, nachdem die Notlage offiziell anerkannt, der Sitzung gestellt, vier Straßen herausgestellt, 125000 Mk. dazu sofort zu bewilligen, außerdem 22000 Mk. für Steinbrucharbeiten; weil die Arbeiter von ungeldigen Leuten zu machen sind, wurden 25000 Mk. extra bewilligt. Die ganze Summe, die zur Ausgabe bereitgestellt ist, beträgt somit 172000 Mark.

## Gewerkschaftsbewegung.

Die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsorganisationen.

Über dieses Thema referierte häufig Genossen Eugen in einer öffentlichen Tropfversammlung in Berlin, die von Verbandsmitgliedern und Volksorganisationen einberufen war. Der Versammlungsvorstand teilte zu Beginn der Versammlung mit, dass sich die beiden Richtungen schief gegenüberstehen und dass eine Einigung nicht leicht sein werde. Dessen ungeachtet müsste aber doch auf eine Einigung hingearbeitet werden, sollten die Interessen der Gewerkschaftsangehörigen nicht schwer bar unterliegen.

Die Ausführungen legten gipfelhaft in dem Nachweis, dass es das Interesse der Lohnarbeiter, deren Stellung im heutigen Wirtschaftsleben zu erhalten, dass sich die Gewerkschaften in einer Organisation zusammenfinden müssen.

Gegen der Verdichtung traten in der Versammlung keine auf.

Die Versammlung resolierte so:

Der Kampf der Arbeiter um die Erhaltung der Lebenslage auf allen Gebieten erfordert, wenn er zum Siege geführt werden soll, dass sich alle Arbeiter organisieren, und nicht nur auf gewerkschaftlichem, sondern auch auf politischem Boden.

Weiter ist notwendig, in Untertrakt der immer zahlreicher und schwieriger sich gestaltenden Kämpfe zwischen Unternehmen und Arbeitern, und bedingt durch die wirtschaftliche Lage im allgemeinen, durch das Erstellen der immer festiger sich zusammenziehenden Unternehmensverbände und der stetig größer werdenden Gegenseite zwischen Besitzenden und Besitzlohen, dass sich die Arbeiter zu Gewerkschaftsorganisationen zusammenziehen.

Der Centralvorstand der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands, der den weitauß größten Teil der Töpfer Deutschlands in sich vereinigt und die Interessen seiner Mitglieder in jeder Beziehung vertreten, wie es von einer modernen Arbeiterorganisation erwartet werden kann, ist als die Einheitsorganisation für die Töpfer zu betrachten, alle Töpfer sind im Interesse des Berufs verpflichtet, soweit sie noch nicht dem Verband angehören, denselben unverzüglich beizutreten.

**Zur Milderung der Arbeitslosigkeit**

hat das Gewerkschaftsrat in Karlsruhe dem dortigen Stadtrat folgende Vorschläge unterbreitet: zunächst sind die Erwerbungen für 8 im Frühjahr zu erbaute Schulhäuser schon jetzt in Angriff zu nehmen. Die Ausbesserungs- und Reparatur-

arbeiten in städtischen Betrieben, die regelmäßig im Winter ausgeführt werden, bieten auch jetzt Arbeitsgelegenheit.

In den städtischen Gaswerken werden bei zunehmendem Gasverbrauch mehr Arbeiter benötigt, bei Neuerrichtungen sind deshalb einheimische Arbeiter in erster Linie zu berücksichtigen. Auch haben jene Unternehmer, welche städtische Arbeiten ausführen, die einheimischen Arbeiter vorgezogen. Eine dementsprechende Votum ist in die Submissionsbedingungen aufgenommen.

Dringend zu empfehlen wäre in diesem Winter die Gewährung von städtischen Zusätzeln an die Gewerkschaften, zumal nachgewiesen ist, dass die Karlsruher Gewerkschaften durch ihre Steuer- und Arbeitslosenunterstützungen das städtische Armenbudget wesentlich entlastet haben.

Endlich ist die Speisung armer Schulkinder während der Wintermonate in Erwägung zu ziehen.

Außerdem diesen momentanen Zusätzeln wird noch gefordert:

1. In den städtischen Städten ist alljährlich eine gewisse Summe für Notstandsbetrieb einzustellen; wird dieselbe in Zeiten guten Geschäftsganges nicht benötigt, so soll ein Fonds für Notstandsbetrieb damit angelegt werden.

2. Das Projekt einer kommunalen Arbeitslosenversicherung ist im Auge zu behalten; als Grundlage wäre das Genter bzw. Strabburger System zu wählen.

3. Die kommunalen Körperschaften sollen die Reichsregierung und den Reichstag um die Regelung der Arbeitslosenversicherung von Reichs wegen ersuchen.

Die Antwort des Stadtrates steht noch aus. Vorläufig soll mit Unterstützung des städtischen Arbeitsamtes eine Arbeitslosenzählung Anfang Dezember vorgenommen werden. Das Gewerkschaftsrat hat dabei 100 Jäger zu stellen.

## Der Industrieverbund der Lederarbeiter.

Wir teilten natürlich die Forderungen für die Schaffung eines Industrieverbundes für die Lederarbeiter der vom Verband der Lederfabriken beschäftigten Arbeiter mit. Danach hatte sich dort eine Mehrheit für die Verschmelzung der bestehenden Verbände zu einem Lederindustriearbeiterverband ausgesprochen.

Der Vorstand der Schuhmacherverbände veröffentlicht jetzt das Abstimmungsergebnis in diesem Verbande. Gültige Stimmen wurden 10770 abgegeben, davon lauteten für die Verschmelzung 8025, gegen die Verschmelzung 2745. Eine kleine Verschiebung fand im Laufe des heutigen Tages (7. November) noch statt, an dem Resultat aber selbst wird dadurch nichts zu ändern sein.

Die Beteiligung an der Urabstimmung war sehr flau, kaum der dritte Teil der Mitglieder hat abgestimmt, was sehr zu bedauern ist. Nach den Debatten, die die Verschmelzungfrage in den vier Jahren hervorgerufen und nach dem einstimmigen Votum der Generalversammlung, hatten wir ein anderes Resultat erhofft," schreibt der Vorstand über dieses Ergebnis.

## Internationale und akademische Streikbrecher in Kristiania.

Die Bemühungen der Dampfschiffsgesellschaften, in der norwegischen Arbeiterschaft Streikbrecher zu finden, sind glücklich erfolgt geblieben. Ihre Agenten haben sich schon auf die Marzipanfabrik von Kristiania begeben, um hier unter den Gelegenheitsarbeitern Deute zu finden, die den streikenden Hafenarbeitern in den Rücken fallen. Einmal mehr Erfolg hat man bei den Studenten gehabt. Weitere dieser „Jünger der Wissenschaft“, namentlich angehende Theologen, haben ihre Studien im Süden gelassen und schleppten nun als Streikbrecher im Hafen mit den schweren Frachtladen. Außerdem sind 70 Verfassungsstreikbrecher aus England eingetroffen, und der Dampfer Kong Ning hat u. a. acht deutsche Streikbrecher aus Hamburg mitgebracht, oder wenigstens solche Leute, die von den Unternehmern zur Streikarbeit ausgesessen worden sind. Man hat es dort ebenso gemacht wie in Kopenhagen, dass man die Deutschen als Dekononitsch eingesetzt, um sie zu überwinden, um sie zu bedauern. In allen Hafenstädtchen müssen die Arbeiter und Gewerkschaften auf der Hut sein, dass sie nicht durch solche hinterlistigen Machenschaften in die Lage gebracht werden, unverhohlen als Streikbrecher nach Kristiania verschickt zu werden.

**Unterstützt die Organisation der Barbiers- und Friseurschulen!** So hat die Generalversammlung die organisierten Arbeiter aufgerufen. Nicht finanziell, sondern moralisch soll sie unterstützt werden, indem die Arbeiter sich von den Barbiergesellen die Kontrollstelle geben lassen. Der Aufruf hat nun schon gut gewirkt, wie uns der Verbandsleiter der Barbiers von Leipzig mitteilte. Es darf aber beim Anfang sehr Gewenben nicht haben, die Arbeiter müssen vielmehr ihre Kontrolle fortführen, sie dürfen die kleinen Mäuse nicht scheuen, immer und immer wieder zu fragen, ob er sie bedienende Gehilfe auch organisiert ist, und vor allem, ob er im Centralverband organisiert ist, dann wird auch die Organisation gute Fortschritte machen und einen festen Bestand erhalten. Um die Gehilfen aber auch als Gewerkschafter zu erhalten und zu guten Käufern zu erziehen, ist es nötig, sie auch auf das Arbeitsblatt, die Volkszeitung hinzuweisen, denn ein Gewerkschafter, der die Bürgerliche Presse unterstützt, reicht mit der einen Hand nieder, was er mit der andern aufwirft.

**Eine Extrasteu. An den Buchdruckerverband sind in den letzten Jahren durch die fortgeleiteten schweren Kämpfe, insbesondere durch die großen Auspverkäufe, außerordentlich starke Anprüche gestellt worden, kostete doch der Abwehrkrieg und die Auspverkäufe in Wiesbaden dem Verband allein 80 000 Mk., so dass der Vorstand jetzt eine Extrasteu von 10 und 20 Pf. aussetzt, um den Verband für die Zukunft so zu stärken, dass er allen Stürmen trotzen kann.**

**Die Färberei Reinholt u. Co. in Hannover,** die außer dem Hauptgeschäft einige 20 Filialen hat, wollte ihren Arbeitern einen Altkredit aufzwingen, der auch die Einführung des Zwischenfirmierstums zur Folge haben würde. Es kam deshalb in Hannover, Hamburg und Berlin zum Aufstand, der nun aber zugunsten der Gehilfen beigelegt ist. Läßt auch jetzt die Krise in den meisten Gewerben den Arbeitern einen Kampf unverzüglich erscheinen, so trifft dies für das Färbereigewerbe nicht zu. Bestand die Firma Reinholt auf ihrem Vorhaben, so wäre es in den ganzen Zweiggeschäften zum Aufstand gekommen, die Färberei sind fest entschlossen, solche Versuche von vornherein mit allen Kräften abzuweh



# I. Beilage zu Nr. 265 der Leipziger Volkszeitung, Sonnabend, 14. November 1908.

## Politische Uebersicht.

### Die Municipalwahlen in England.

Aus England schreibt man uns: Die rücksichtliche Bewegung, die anfangs November 1907 bei den Kommunalwahlen einsetzte, wiederholte sich bei den diesjährigen Wahlen. Die unionistischen Schutzzollfreunde siegten auf der ganzen Linie, und wenn in England die Kommunalpolitik auch nicht als Maßstab für das nationale Leben des Landes gelten kann, so muß man doch die Ergebnisse dieser Wahlen als ein Anzeichen auffassen dafür, daß im politischen Leben Englands sich Umwandlungen vollziehen. Das bemerkenswerteste an diesen Wahlen ist, daß auch die Sozialisten schwere Niederlagen erlitten haben. Im Labour Leader, dem Organ der unabhängigen Arbeiterpartei, wird als Ursache der Frustration und Hader angegeben, der innerhalb der verschiedenen Richtungen der organisierten Arbeiterklasse wegen der Diskussionen über die Taktik steht. Im Leitartikel heißt es u. a.:

Welche Fragen spielten in den letzten Monaten in der sozialistischen Presse und auch nicht selten in öffentlichen Versammlungen die Hauptrolle? Die Hoffnungen auf das Ende, die Zuversicht der Sozialisten, ob sie auch imstande sind, ihre Theorien praktisch durchzuführen? Nichts von alledem. Man stritt darüber, was eigentlich der Sozialismus bedeute, ob die Führer der richtigen Sache sind, ob die parlamentarier die Sache der Arbeitersklasse auch würdig vertreten, ob die Allianz zwischen den Sozialisten und der Gewerkschaftsbewegung, die die Bewegung in den Vordergrund des politischen Lebens gerissen hat, nicht aufgelöst werden soll.

Wir können nicht glauben, daß diese Diskussionen schuld sind an den sozialistischen Niederlagen bei den letzten Wahlen. Eine selbständige politische Arbeiterpartei ist undenkbar, wenn zwischen der Masse und den Führern über das Ziel des Kampfes kein Einverständnis herrscht. Wo bleibt die Demokratie, wenn die Masse der organisierten Arbeiter über die Stellung, welche die Vertreter der Partei im Parlament einzunehmen haben, kein bestimmungsrecht haben soll? Die Genossen im Lande haben das Gefühl, daß die Vertreter des Sozialismus die führende Rolle innerhalb der Arbeiterpartei nicht genügend einnehmen. Aber solche Fragen können auf den Ausfall der letzten Wahlen wenig oder gar keinen Einfluß ausgeübt haben; ganz andere Punkte haben die Majorität der Kommunalwähler beeinflußt. Das ganze Kommunalwesen des Landes ruht auf wackeligen Füßen, das Steuersystem ist veraltet und ungerecht. Die Ausgaben für die Institutionen der Armenverwaltung sind in den letzten Jahren in erschreckendem Maße gewachsen. Und alle diese Ausgaben werden durch Lokalsteuern gedeckt. Man betrachte z. B. London, das in unzählige Kirschspiele geteilt ist. Jedes einzelne Kirschspiel hat seine eigene, unabhängige Armenverwaltung, die aus der lokalen Steuer unterhalten wird. Das Resultat einer solchen Einteilung ist, daß, während die Bewohner der reichen Bezirke fast gar keine Armensteuer zu entrichten haben, dieselben in den ärmeren Bezirken eine unerschwingliche Höhe erreicht. Es kann deshalb auch nicht wundern, wenn die Mittelschichten der Bevölkerung sich in die Hände der Reaktion werfen. „Sparsamkeit im Kommunalwesen“, das ist die Parole. Die Schutzzollpolitik spielt in dieser Beziehung eine sehr wichtige Rolle. Die Idee, daß ein System des Schutzzolls neue Steuerquellen schaffe, womit man die Ausgaben für die Sozialreform decken kann, gewinnt immer mehr an Boden und bis jetzt ist die liberale Partei noch nicht imstande gewesen, dieser Argumentation eine konstruktive Steuerpolitik entgegenzusetzen. Die Wertzuwachstheorie ist in England noch graue Theorie. Die jährlichen Ausgaben für Armenverwaltung betragen allein für England und Wales, ausschließlich Irland und Schottland, 16 Mill. Pfund Sterling. Hiervon werden 12½ Mill. Pfund Sterling durch lokale Steuern aufgebracht, die übrigen vier Millionen sind Staatszuschüsse. Und gerade im Armenverwaltungswesen sind in letzter Zeit arge Korruptionen ans Tageslicht gezogen worden.

### Deutsches Reich.

#### Parlamentsbrief.

##### Aus dem Reichstage.

Berlin, 13. November. Zu den typischsten und schrecklichsten Erscheinungen zugleich der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gehören die periodisch wiederkehrenden wirtschaftlichen Krisen mit der furchtbaren Arbeitslosigkeit, die sie im Gefolge haben. Seit Friedrich Engels in seinem brillanten Jugendwerk über die Lage der arbeitenden Klassen in England diese Krisen in brennenden Farben geschildert, haben sie an Heftigkeit nichts verloren. Eben jetzt stehen wir wieder schaudernd in einer solchen Krise. Rat und fast tallos steht die Regierung des Klassenstaats dem durchdrängenden Elend gegenüber. So mußte sie in der Freitagssitzung des Reichstags, statt nach dem, was sie getan haben, danach gefragt werden, was sie tun beabsichtigt. Zwei Interpellationen erkundigten sich danach, eine vom Zentrum eingebrachte und vom Zentrumabgeordneten Dr. Pieper in seiner Art nicht übel begründete, und eine unserer Fraktion, von Molkenbuhr mit schneidender Bogik und wütiger Sachkenntnis begründet. Der würdevolle Wortkünstler, der als Vizekanzler für das Innere fungiert, wußte nur mit der Ankündigung von Palliativmitteln und mit akademischen Betrachtungen zu antworten, die keinen hungrigen Arbeitermagen zu füllen vermögen. Im Grunde ließen Bethmann-Hollwegs Ausführungen, obwohl nicht ohne theoretisches „Wohlwollen“ für die Arbeitslosen, auf den mageren Trost hinaus, daß es ja noch schlimmer sein könnte. Die wohl durchdachten Besserungsvorschläge Molkenbuhrs wurden kurzerhand als unannehmbar bezeichnet. — Die nicht zu Ende geführte Besprechung stand auf keinem hohen Niveau. Schokoladenindustrie Stresemann bezeichnete Heer und Marine als die beste Arbeitslosenversicherung. Der freisinnige Carlens hob, wenn er einen von sozialpolitischem Empfinden diktierten Satz gesprochen, ihn mit dem folgenden Satz unfehlbar auf, und der Konervative Henning seufzte über Arbeitslose. Um besten

sprach noch Herr Golthein. Aber auch er endete mit dem Ausdruck der Resignation. Um Sonnabend geht die Versprechung weiter. Wenn dann noch Zeit ist, sollen Petitionen vorgenommen werden.

#### Die Revolution der Gebildeten.

Generaloberst v. d. Golt sprach gestern abend im Offizierskasino der Kriegsschule zu Berlin über die Unwälzung in der Türkei. Es handelt sich bei der Neugestaltung der inneren Verhältnisse um das seltene Beispiel einer „friedlichen Revolution durch die Gebildeten“. Abdul Hamid, im Grunde „ein warmer Freund“ seiner Untertanen, stellte sich rasch entschlossen an die Spitze der Bewegung. Diese „ideale Art der Unwälzung“ läßt eine glückliche Zukunft des Reichs erwarten.

Nun wird auch schon der Sultan, der türkische Schlächter seiner Völker, auf dessen Konto die jahrelangen furchtbaren Megeleien unter den Armeniern fallen, zu einem „warmen Freund seiner Untertanen“ gestempelt. Und es ist selbstverständlich wieder ein Deutscher, der das fertig bekommt.

#### So wird's gemacht.

Das Disziplinarverfahren, das gegen den bekannten bremischen Lehrer und Schriftsteller Heinrich Scharrmann von Seiten der bremischen Schulbehörde wegen einiger im Roland, Monatsblatt für freieheitliche Erziehung, veröffentlichten Arbeiten erfolgte, ist plötzlich zu einem recht unerwarteten Abschluß gekommen. Scharrmann wurde zur Kalt gelegt, in den infaminierten Artikeln das Ansehen seiner vorgesetzten Behörde durch eine scharfe Stellungnahme zu pädagogischen Fragen herabgesetzt zu haben. Nach Abschluß der Voruntersuchung hat der Senat auf die Eröffnung eines förmlichen Verfahrens nachträglich verzichtet. Er hat im Verwaltungswege H. Scharrmann zu den Ordnungsstrafen eines Verweises und einer Geldstrafe von 1000 Mk. (1) verurteilt. Dem Angeklagten steht gegen diese Entscheidung, da sie gleich von der höchsten Instanz erfolgte, leider keinerlei Einspruchrecht mehr zu.

Die Entscheidung berührt, besonders durch die Art der Behandlung des Verfahrens, recht sonderbar. Der Senat hat es auf dem eingeschlagenen Wege erreicht, daß es dem Angeklagten unmöglich genutzt werden kann, sein Material gegen die bremische Schulbehörde in einer öffentlichen Verhandlung zur Sprache zu bringen. Der Senat hat durch sein Vorgehen und die unverhältnismäßig hohe Geldstrafe dokumentiert, daß er einer reformpädagogischen Betätigung der Lehrer in den bremischen Schulen die denkbaren Schwierigkeiten entgegenzusetzen gewillt ist.

#### Gegen die neuen Steuern.

In der letzten Plenarsitzung der Pfälzischen Handels- und Gewerbezimmer erklärte die Mehrzahl der Redner den § 8 des Weingesetzes, der die Zulassung des Weines betrifft, für unannehmbar; die Annahme dieses Paragraphen in seiner jetzigen Form würde den Weinbau schwer schädigen. Die Steuer auf Flaschenweine würde die gleiche Wirkung wie die Fahrtensteuer ausüben, es würde auch da eine Abwanderung der höheren Klassen in niedere stattfinden. Das Gesetz soll noch einmal in einer Kommission durchberaten werden.

Ganz entschieden sprach sich die Kammer gegen die Einführung der Gas- und Elektrizitätssteuer aus. Es sei wirtschaftlich total verkehrt, die Produktionsmittel mit Steuern zu belasten. Für die Stadt Ludwigshafen (Rheinische Kreis) mit ihren 82 000 Einwohnern würde die Steuer eine Mehrbelastung von 60 000 Mk. ausmachen. Die bekannte badische Anilin- und Soda-fabrik, deren Hauptbetrieb in Ludwigshafen ist, hätte allein 221 000 Mk. Mehrbelastung durch die Steuer. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, nach welcher die Kammer in der Besteuerung des Gases und der Elektrizität eine schwere Schädigung von Industrie, Handel und Gewerbe erblickt, durch welche die Weiterentwicklung der Industrie gehemmt und in ihrer Existenz zum Teil ernstlich bedroht ist.

In der Frage der Erhöhung der pfandfreien Einkommen erklärte sich die Kammer für Staffelung, und zwar soll unter 1000 Mk. alles, von 1000—1500 Mk. zwei Drittel und von 1500—2500 Mk. ein Drittel pfandfrei sein.

Einer Protestkundgebung gegen die bairische Steuerreform tritt die Kammer ebenfalls bei.

#### Denkchrift über die Reichsfinanzen.

Wiederholt ist gerügt worden, daß den Gesetzesvorlagen über die Reform des Reichsfinanzwesens nicht gleich die versprochene Denkschrift über die Lage der Reichsfinanzen beigegeben ist. Wie jetzt offiziös mitgeteilt wird, ist der Grund der Verzögerung in den technischen Einrichtungen der Reichsdruckerei zu suchen. Der Denkschriftenband besteht aus vier Teilen und soll 2000 Holzseiten umfassen. Bisher seien erst die beiden ersten Teile im Druck fertiggestellt, diese beiden Teile umfassen 1270 Seiten. Der erste Teil enthält Untersuchungen über die Finanzen des Reichs, der Bundesstaaten, Kommunalverbände, Kommunen und sonstige Gemeindeverbände, einschließlich der Kirchenverbände. Der zweite Teil verbreitet sich über die Finanzverhältnisse anderer Staaten.

#### Ein neuer Angriff auf die Versammlungsfreiheit.

Das neue Viehseuchengesetz bestimmt im § 44a, daß in Orten oder Bezirken, in denen die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, oder die von der Seuche gefährdet sind, der Verkehr von Personen auch in Räumlichkeiten (Schloß, Stall, Standort, Hofraum, Weideplätze usw.), in denen sich für die Seuche empfängliche Tiere befinden, beschränkt oder überhaupt ausgeschlossen werden kann. Mit d. B. für einen ländlichen Ort eine Versammlung an-

gemeldet, und im Vereiche des Gasthauses befindet sich ein Stall, so kann der Amts- oder Gemeindebeamter die Versammlung verbieten, wenn im Stalle Tiere stehen, die zwar nicht krank, aber für Seuchen empfänglich sein können.

In der Viehseuchekommission ist zwar gestern bestritten worden, daß eine Beschränkung des Versammlungsberechts beabsichtigt sei; es mußte aber von allen Seiten angegeben werden, daß solche Fälle eintreten können. Trotzdem wurde der Antrag unserer Genossen, das Wort „Schloß“ zu streichen, abgelehnt. Es können mithin künftig in der Tat Versammlungen auf Grund des Viehseuchengesetzes verboten werden!

#### Eine Strahdemonstration gegen Bülow.

##### Die Berliner Volkszeitung meldet:

Es kommt hierzulande selten vor, daß gegen einen verantwortlichen Minister auf der Straße demonstriert wird. Seit 1848 und seit den Konfliktsjahren hat man so etwas wohl nicht wieder erlebt. Fürst Bülow konnte gestern ein solches Vorkommen dem Schatz seiner persönlichen Erinnerungen einreichen. „Absatz Bülow!“ „Casablanca!“ schallt es ihm laut und verehmt aus dichten Menschenmassen entgegen, als er am Reichstage vorfuhr, um seinen Herrn zu decken und Auskunft über die Geschichte des Kaiser-Interviews zu geben. Nicht als alles andre zeigt dieser Vorgang, wie tiefschwer sich der Unmut über die durch das persönliche Regiment in Deutschland verfahrene Politik, die Machtmissbrauch über den Rücken auf allen Gebieten in unser Volk hingestreckt hat. Mehr als alle Reichstagssitzungen wird der geistige Ruf dem Fürsten Bülow in den Ohren haften bleiben und ihm sagen, daß das Misstrauensvotum eines Volkes am letzten Ende schwerer wiegt als die Vertrauensabstimmung eines Monarchen.

Die Berliner Volkszeitung hat ein schlechtes Gedächtnis. Herr Bülow wurde schon einmal demonstrativ das Misstrauensausdrückt: im Januar dieses Jahres, als er jede Wahlreform in Preußen ablehnte.

#### Eine neue Organisation der preußischen Zentrumspartei.

Der Abg. Dr. Vorich hat am 8. dieses Monats in einer Versammlung des katholischen Männervereins zu Mainz eine Resolution über eine neue Organisation d. r. preußischen Zentrumspartei vorbereitet. Danach ist geplant, einen Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei zu bilden. Der Ausschuß soll bestehen aus den Vorstandmitgliedern der Zentrumstruktur des preußischen Abgeordnetenbaues, den preußischen Vorstandsmitgliedern der Zentrumstruktur des Reichstages, den Vorsitzenden der Provinzialausschüsse der Zentrumspartei. Der Landesausschuß kann sich durch Zusammensetzung von 7 Mitgliedern verstärken. Der Landesausschuß soll die Vorstandsgesetze fördern, die Verständigung zwischen den preußischen Provinzialorganisationen zu beobachten, insbesondere, soweit der Abschluß von Wahlbündnissen mit anderen Parteien in Frage kommt, übernehmen. Bei den Reichstagswahlen soll der Landesausschuß über das Gebiet von Preußen hinaus über die grundlegenden Fragen der Taktik auch mit den Landesausschüssen von Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen und mit den übrigen noch zu organisierenden Staaten Norddeutschlands herbeizuführen suchen.

Berlin, 14. November. Der Reichskanzler Fürst v. Bülow wird am nächsten Donnerstag die Reichsfinanzreformvorlage im Reichstag persönlich einbringen.

Gegen das persönliche Regiment. In der Hamburger Bürgerschaft ist ein Antrag gestellt worden, der an den Senat das Erklären richtet, im Bundesrat gesetzte Schritte zu tun, um dem Kaiser klarzulegen, daß man auch in Hamburg das persönliche Einsetzen in die örtliche Politik tief bedauert und sicher Bürgerschaft gegen Wiederholung derartiger Vorgänge erwartet. Nächster Donnerstag soll zu dem Antrage Stellung genommen werden.

Die Lösung der sozialen Frage steht nahe bevor. Die Reichsregierung hat angeblich schon seit Wochen sich mit der Frage beschäftigt, wie der Arbeitslosigkeit abgeholfen werden könne. Die Verhandlungen sollen bereits zum Abschluß gelangt sein.

Schade, daß Herr Bethmann-Hollweg die von der Reichsregierung gefundene Lösung des Arbeitslosenproblems nicht schon gestern im Reichstag bei der Interpellation unserer Genossen mitgeteilt hatte.

Für die Mannschafts-Müns. Der Heeresrat fordert 18 500 000 Mk. zur Erhöhung der Mannschaftslösung im Heere und zum gleichen Zweck 800 000 Mk. für die Marine. Die Übernahme der Kosten für Pferdezeug und Reitungsmaterial erfordert eine Mehrausgabe von etwas über 4 Millionen Mark.

Die Juister sind angusiedelt. Auf einer Versammlung des Bundes der Landwirte in Hannover wurde auf Vorbringen des Abgeordneten Dr. Hoben eine Resolution angenommen, die der Regierung das größte Verständen darüber ausspricht, daß sie Vorarbeiten für die Veränderung des preußischen Wahlrechts in Aussicht gestellt habe.

Die Güterwagengemeinschaft scheint bemüht, einem Artikel der Korr. Hoffmann zufolge, zu einem erfolgreichen Abschluß zu gelangen und zwar derart, daß auch Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden dem preußischen Staatsbahngüterverband beitreten. Die geplante Gemeinschaft werde die Verläufe der Wagen wesentlich herabminimieren und den Betrieb und die Berechnung erleichtern. Bayern werde aus finanziellen, vor allem auch aus wirtschaftlichen Rücksichten der Gemeinschaft nicht fernbleiben. Als sich die Vorschläge Württembergs auf Errichtung einer Betriebsmittelgemeinschaft unbeschreibbar erwiesen, habe gerade Bayern die Güterwagengemeinschaft in Anregung gebracht.

Das Vorbr. des Auslegens der Zulassung auf den Bahnhöfen der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung ist wieder aufgehoben worden.

Auso auch hier: Bildad!

Wie man Gegner mundtot macht. In Königsberg ist es der Sozialdemokrat seit vielen Jahren nicht möglich, einen größeren Saal zu Versammlungen zu bekommen. Die Gegner, insbesondere die Freisinnigen, halten ihre Versammlungen stets unter Ausschluß der Sozialdemokratie ab. Jetzt wird dieses Mittel auch gegen die jüngst gegründete Ortsgruppe der demokratischen Vereinigung angewandt. Sie beschäftigte, eine öffentliche Versammlung mit Herrn Dr. Breitscheid-Berlin als Redner zu veranstalten. Sämtliche größeren Säle Königsbergs sind der demokratischen Vereinigung zu diesem Zweck verweigert worden. Ein gleiches Schicksal hatte die Ortsgruppe der Gesellschaft für soziale Reform, in der Herr Dr. Breitscheid ebenfalls einen Vortrag, und zwar über Angelegenheiten der Privatangestellten, halten wollte. Die Epigonen eines Johann Jacoby wissen ihre Gegner nur noch mittels der Saalabtreibung zu bekämpfen. Dabei gehörn der Gesellschaft für soziale Reform sogar Vorfreisinnige an.

Massen gegen die Versammlungsfreiheit. In Straßburg, im Elsass soll am Sonnabend, den 14. November, der ehemalige

Katholische Priester Leute in einem städtischen Lokal über. Der katholische Priester und die deutsche Frau sprechen. Der Reichsschuhverein für die Geschäftsführung der Diözese Straßburg schlägt gegen diese Absicht Vorm. Die Katholiken erblieben in diesem Vorfall einen Verlust, ihre Priester in den Tod zu ziehen, sie hören das Recht, zu verlangen, daß die Stadtvorwaltung so viel Rücksicht auf die Katholiken nehme, daß sie der Möglichkeit solcher Vergewaltigungen ihrer Gesellschafter wenigstens in den städtischen Lokalen vorbeuge.

Das Verlangen bedeutet nichts weniger als die Aufhebung des Verkaufungsrechts der Freidenker — diese veranstalten die Verkäufung — in den städtischen Lokalen, die allen Vergnügungen und Parteien zur Verfügung stehen.

**Aleine politische Nachrichten.** Lebenslänglicher Herrenbüdler ist der inaktive Staatsminister v. Möller, bisher in Straßburg, geworden.

## Frankreich.

Die notwendigen Korruptionsfonds im kapitalistischen Staat,

Paris, 13. November. Die Kammer lehnte einen Antrag, der die Streichung der Geheimnisse forderte und vom Ministerpräsidenten Clemenceau, der die Vertrauensfrage stellte, bekämpft wurde, mit 300 gegen 180 Stimmen ab.

## Rußland.

Geheimer Gesetzesvorschlag.

Peterburg, 13. November. Der Kriegsminister legte der Duma einen geheimen Gesetzesvorschlag über Ergänzung der Kriegsvorräte, der Marineminister dagegen einen Gesetzesvorschlag über unanfechtbare Bedürfnisse der baltischen Flotte vor. Für Errichtung der Gehälter der Offiziere des Landheeres werden 16 Millionen Rubel gefordert.

## Sächsische Angelegenheiten.

Es sinkt.

Die Landtags-„Affären“ machen sich allmählich zu Standalaffären ersten Ranges aus. Wie gemeldet wird, ist der Landtagsabgeordnete Höpfl aus dem Vorstande der national-liberalen Fraktion ausgetreten, weil er mit dem Abg. Langhammer nichts mehr zu tun haben will. Dr. Höpfl soll die Handlungswise im Falle Schmidt für unfair erklärt haben.

Nach interessanter als die Langhammer-Affäre scheint jedoch die Mühlmann-Affäre zu liegen. Die Leipziger Neuesten Nachrichten machen sich ein Vergnügen daraus, von diesem Fall, über den die Parteien Sidschweigen vereinbart und den sie dadurch erledigt glaubten, daß sie Dr. Mühlmann nötigten, Krankheitstrübsachen zu empfinden und eine Heilanstalt aufzusuchen, den Schleier des Geheimnisses wegzuziehen. Nach den Mitteilungen des Leipziger Ordnungsblattes befand sich der Abg. Mühlmann

eines Tages im Besitz eines Privatbriefes des Abg. Olyp und verweigerte den Inhalt des Schriftstückes zu einer Zeit. Darüber kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Abgeordneten und zu einer Duellsforderung, die auch angenommen wurde. Nur den Bemühungen des Präsidenten ist es zu danken, daß diese Differenzen nicht mit der Pistole zum Ausdruck kamen.

Das ist ja allerlebt Aljo so weit ist es zwischen den Kuhhändlern in der Wahlrechtsfrage gekommen, daß sie ihre Differenzen mit der Pistole ausrichten müssen. Die Leipziger Nachrichten, die sich über andre Blätter störrisch entrüsten, wenn sie Indiskretionen begegnen, sich aber über jede Unstamdschrift hinwegsehen, wenn sie selbst Indiskretionen begegnen können, haben da dem Ordnungsblatt Schön in die Suppe gespuckt. Und diese neueste Indiskretion wird wahrscheinlich zur Folge haben, daß allmählich diese Affäre in ihrem vollen Umfang in der Öffentlichkeit bekannt wird. Man sieht, es sinkt ganz jüngstlich unter den Auseinanderen der Nation!

Dem Abg. Mühlmann soll übrigens diese Affäre nicht nur das Mandat, sondern auch das Amt kosten. Wie es heißt, ist gegen Dr. Mühlmann, der bekanntlich Rektor des Realgymnasiums in Döbeln ist, auf Antrag des Kultusministeriums ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Diese „Affären“ bilden hinreichend Stoff für eine Extranummer des Simplissimus!

### Genossenschaftliche Getreideverwertung in Sachsen.

Die genossenschaftliche Bezugorganisation hat, wie wir weiterholen, im Laufe der letzten Jahre in Sachsen eine beträchtliche Ausbreitung erfahren. Der gemeinschaftliche Bezug landwirtschaftlicher Betriebsmittel trug in den im Verbande der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Königreiche Sachsen zusammengeführten Genossenschaften:

1898	555 510	Bentner im Werte von	1 877 077	Mit.
1901	1 262 704	"	4 655 878	"
1904	2 696 779	"	8 955 446	"
1907	4 359 035	"	16 005 820	"

Davon entfielen auf den Bezug der Zentralgenossenschaft: 1907 1855 049 Bentner im Werte von 4889727 Mit. — 29,45 Prozent vom Gesamtbezug. Von dem Gesamtbezug der Genossenschaften ist demnach, obwohl sämtliche am Bezug beteiligten Genossenschaften — vielleicht mit zwei bis drei Ausnahmen — Mitglieder der Zentralgenossenschaft und damit auch in der Lage waren, durch zu beobachten, nur ein Bruchteil durch ihre Vermittlung bezogen worden. Die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende Gemeinschaft der sächsischen Genossenschaften zur Umgebung ihrer Zentralgenossenschaft findet eine Erklärung in den Schwierigkeiten, welche den Genossenschaften bezüglich ihren Mitgliedern bei der Versorgung des von diesen erbauten Getreides erwachsen, wenn der Getreideabnehmer nicht auch gleichzeitig der Lieferant von Futtermitteln ist.

In Würdigung der eingerichteten Beziehungen, welche zwischen genossenschaftlichen Einkäufe und genossenschaftlichem Verkauf bestehen, haben sämtliche ländlichen Bezugsgenossenschaften das gemeinschaftliche Absatzgeschäft als Gegenhandel des Unternehmens mit aufgenommen, aber nur bei einem Bruchteil hat dieser Geschäftszweig bisher einen größeren Umfang angenommen. Der von den Genossenschaften bewirkte gemeinschaftliche Verkauf belief sich

1898 auf	90 531	Bentner im Werte von	727 732	Mit.
1901	148 630	"	1 129 551	"
1904	875 097	"	2 841 456	"
1907	579 189	"	4 826 038	"

Nach den Jahresberichten des Dresdner Verbandes waren es im Jahre 1898 nur vier Genossenschaften, die den gemeinschaftlichen Absatz pflegten, 1901 waren es fünf Genossenschaften, 1904 23 und 1907 63 Genossenschaften. Das ist eine recht erhebliche Steigerung.

Besondere Erwähnung sei der in der Kreischaupräfektur Dresden belegenen Müllerrei, Bäckerei und Lagerhausgenossenschaft Oberes Müglitztal in Bärenbrücke gelten. Diese beschäftigt sich, wie schon der Name erkennen läßt, nicht auf den genossenschaftlichen Verkauf des Getreides, sondern erstreckt durch eine Müllerrei- und Bäckereieinrichtung einerseits eine höchstmögliche Verwertung des Getreides, andererseits die Verarbeitung mit Brot. Im Jahre 1907 wurden insgesamt 17400 Bentner Roggen und 612 Bentner Weizen vermahten und außerdem insgesamt 28544 Bentner Getreide im

Werte von 226788 Mit abgesetzt. Daneben gibt die Genossenschaft noch die Vermittlungsfähigkeit für den Bezug von Futtermitteln, Düngemitteln usw. für ihre Mitglieder aus.

Einen Umsatz und Aufschwung auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Getreideverwertung hat das Jahr 1906 mit der Einrichtung einer besonderen Getreideverkaufsstelle durch die Zentralgenossenschaft gebracht. Was bis dahin das Getreidegeschäft nur nebenbei in geringstem Umfang sommersweise betrieben worden, so wird seitdem unter Leitung eines Fachmanns ein besonderer Nachdruck darauf gelegt. Am Jahre 1906 wurden 83784 Bentner für 891906 Mit. im Jahre 1907 126609 Bentner für 1211608 Mit. verkauft. Das sind vierfach vordrechende Anfänge. Unstetig hat die Nutznahme des Getreidegeschäfts aber bereits den Erfolg gezeigt, daß nicht nur mehrere Genossenschaften das Absatzgeschäft, an das sie sich früher nicht heranwagten, betreiben und daß die Genossenschaften überhaupt nicht mehr auf die Abnehmer in ihrer engeren oder weiteren Nachbarschaft angewiesen, also freier und selbständiger geworden sind. Verschiede oder offene Drohungen seitens der Abnehmer oder auch nur die Sorge der Genossenschaftsmitglieder, daß ihnen beim Getreideverkauf Schwierigkeiten entstehen würden, wenn nicht mit den betreffenden Händlern Gegengeschäfte in landwirtschaftlichen Bedarfssachen gemacht würden, sind dadurch gegenseitig losgeworden.

(Konsumen. Mundschau.)

**Die Stunde der Entscheidung naht! Die Wahlrechtsform ist, wie es heißt, Montag, den 28. November, auf die Tagesordnung der Zweiten Kammer gesetzt worden.**

Es wird sich also in Völde entscheiden, ob die rassierige Agrarierklasse auch fernherhin die Herrschaft in dem industriellen Lande haben und der reaktionäre Mittelstand das entscheidende Element im Lande sein soll. Die Arbeiterklasse soll von neuem entschieden werden. — Arbeiter, bereit sein, heißt jetzt alles!

**Die Agrarier gegen die Nachlasssteuer.** Eine Kreisversammlung des Bundes der Landwirte in Völkau nahm nach einem Vortrage des Obersoldatschreibers der Bündler, Oertel, einstimmig eine Resolution an, in der sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die in der Reichssteuerreform vorgeschlagene Ausdehnung der Nachlasssteuer auf Kinder und Ehegatten und gegen die Verkürzung dieser Steuer mit der Mehrsteuer auswirkt und an die mit Unterstützung des Bundes der Landwirte gewählten Abgeordneten die Bitte richtet, mit aller Energie gegen diese Steuer einzutreten.

Man muß es den Agrarier lassen, daß sie konsequent sind in der Ablehnung aller direkten Steuern und daß sie ihrem obersten Prinzip, wonach die Landwirte vom Staat nur zu nehmen, nicht aber zu geben haben, allezeit treu bleiben. Konsequenter ist es aber, daß Herr Oertel nicht wenigstens eine neue Steuer zur Belastung der Masse vorschlägt, damit der durch den Wegfall der Nachlasssteuer entstehende Ausfall gedeckt werden kann.

**Die Bittauer Morgenzeitung** antwortet heute mit einer Schimpfanade auf unsre neueste Feststellung ihrer journalistischen Geißlogenheiten, ohne jedoch auch nur mit einem Wort auf das tatsächliche einzugehen. Uns genügt es, daß das Kreisunmittelbar in Bittau sich ausdrücklich zu der Schamlosigkeit bekannt, die Meghäuser moral akzeptiert zu haben. Die Bittauer Morgenzeitung ist danach, wenigstens soweit wir sehen können, das einzige bürgerliche Blatt, das bis zu diesem Niveau geführt ist. Selbst der Zeitungsvorstand, das Organ der bürgerlichen Zeitungsschreiber, äußerte sich gegen Meghäuser. „Meghäuser Rolle in diesem Prozeß“, so las man da, „ist weniger wert, denn infolge obiger Notiz hatte Fischer ihn scharf angegriffen, doch erfolgte hierauf keine Antwort von seiner Seite, und während der Vernehmung als Zeuge erklärte er nur, er hätte keine Veranlassung gehabt, die Behauptung zu widerstreuen. Vom Präsidenten mußte er sich darauf sagen lassen: „Das hätte jeder anständige Redakteur nach meiner Meinung in diesem Falle getan.“ Meghäuser entstellt sein Verhalten mit seiner Feindschaft gegen Fischer. Und erscheint dies als ein völlig ungerechtfertigter Entschuldigungsground? Für die Niedertracht des Bittauer Kreisblattes genügte es.

**Die vierte Klasse stand gestern, zwar nicht formell, aber tatsächlich, auf der Tagesordnung der Zweiten Kammer.** Ein Nachtragsetat zum Kapitel der Staats-eisenbahnen gab verschiedenen Rednern Veranlassung zu Beschwerden und Wünschen in bezug auf die vierte Klasse. Den Klagen über die Weigerung des Finanzministers, die vierte Klasse auch auf Sekundärbahnen einzuführen, schloß sich selbst der Oberagrariert Andrä an. Der Finanzminister verschänzte sich aber auch jetzt wieder hinter die ungünstigen Staatsfinanzen. Eine Beschwerde galt der ungenügenden Zahl von Wagen vierter Klasse, namentlich in solchen Zügen, die Arbeiter mit Wochenkarten benutzen müssen. Hierüber schwieg sich der Finanzminister vollständig aus. Allgemeine Zustimmung fand die Beschwerde über den Mangel an Kleinlichkeit in der vierten Klasse. Es gewinnt den Anschein, wurde ausgeführt, als ob die vierte Klasse absichtlich vernachlässigt werde. Man will offenbar dem Publikum die Benutzung der vierten Klasse verdecken. Wenn die beschleunigte Klasse die vierte Klasse nur aus Unnützität gegen den Staat oder aus Abneigung gegen die Ausgabe überflüssigen Geldes benutzt, würde auf diese Weise sicher eine Rückwanderung in die dritte Wagenklasse erfolgen. Da aber die wirtschaftliche Lage weite Schichten der Bevölkerung zwingt, die vierte Klasse zu benutzen, so ist es auch eine unabdingbare Notwendigkeit, daß dafür gesorgt wird, daß die Passagiere vierten Güte wie Menschen und nicht wie Vieh befördert werden.

**Mittweda.** Der Rat verbietet Kindern unter 14 Jahren den Betritt zu den Vorstellungen der Kinematographen-Theater. Ausgenommen sind von diesem Verbote solche Vorstellungen, die ausdrücklich als Kindervorstellungen gekennzeichnet sind. Die einzelnen Darstellungen hierfür unterliegen der polizeilichen Kontrolle.

**Zwickau.** Das Kreisblatt berichtet, daß das auch von den Geschworenen unterschriebene Gnadenfleiß der vom Schwurgericht wegen vollendeten und versuchten Totschlags ihrer Kinder zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilten Schneidersbevölkerung aus Gründen der Sicherheit abgelehnt worden ist. Die ungünstige Frau ist daraufhin zur Verbüßung der Strafe in die Strafanstalt Böhmisberg eingezogen. Die Unterstüzung des Gnadenfleißes durch die Geschworenen hat sonach nichts genützt.

— In Reinsdorf ist der sozialdemokratische Antrag auf

Rechtsprechung und Rauhreden wurde der 40 Jahre alte Arbeiter Gustav Adolf Möller aus Kleinschweidnitz vom Schwurgericht Bautzen zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Möller, der bereits mehrfach vorbestraft, darunter 7 Jahre Gefängnis beim Militär, hatte sich zwischen Halbwand und Oberwinkelde an einem Schulmädchen vergangen und ihm 90 Pf. geraubt. — In der Görlitzer Straße in Bittau wurde der Wasserleitungsaufseher Franz Braun aus Wehwald von einer Bittauer Automobilfrosch angefahren und zu Boden gerissen, wobei er sich die rechte Achsellugel ausriß. Außerdem wurde ihm der rechte Achselnacken zerplattet und eine Ohnmacht ergoßigt. — Am Donnerstag kam es in der Nähe der Bittauerstraße auf Bittauer Automobilfrosch angefahren und zu Boden gerissen, wobei er sich die rechte Achsellugel ausriß. Außerdem wurde ihm der rechte Achselnacken zerplattet und eine Ohnmacht ergoßigt. — Am Donnerstag kam es in der Nähe der Bittauerstraße auf Bittauer Automobilfrosch angefahren und zu Boden gerissen, wobei er sich die rechte Achsellugel ausriß. Außerdem wurde ihm der rechte Achselnacken zerplattet und eine Ohnmacht ergoßigt.

## Aus den Nachbargebieten.

Halle a. S. Eine 65jährige Frau stand vor dem hiesigen Gericht, weil sie ohne polizeiliche Erlaubnis das Kartenspielergewerbe ausgeübt haben sollte. Sie hatte im Generalanzug interviert; „Bin immer zu zweien, nur für Damen“ und als ein Kriminalpolizist kam, um Nachforschungen wegen des „Gewerbes“ anzustellen, batte sie, so fragte sie sich vor Gericht, noch nicht einmal Handgeld erhalten. Man stellte fest, daß sie einen vielseitigen Gewerbezettel hatte, nach dem sie Bier, Seiterwasser und Obst verkaufen, mochten und auch Kartenspielen konnte. Da der Nachbar „Kartenspieler“ mit anderer Linie ausgeführt worden war, vermutete man eine Fälschung und die Frau geriet in tausend Angst. „O Gott, o Gott!“ fragte sie weinend vor Gericht, ich bin unschuldig und habe keine Urkundenfälschung gemacht. Es stellte sich dann heraus, daß der Nachbar von der Hand eines Steuerbeamten herabgesetzt und die alte Frau wurde freigesprochen.

Greiz. Freitag früh gegen ½ Uhr wurden die Bewohner unserer Stadt durch Feueralarm und Sturm läuten aus dem Schlaf aufgeweckt. Es brannte am Markt und zwar in der Ecke, wo die Gebäude bei dem ausgedehnten Brande vom Jahre 1902 in großer Gefahr schwebten, aber noch erhalten geblieben waren. Das Feuer war in dem Hintergebäude des Schallerschen Hauses an der Ecke ausgebrochen, und zwar ancheinend in dem Niederlagsraum des Kaufmanns Max Förster. Mit rasender Schnelligkeit griffen die Flammen um sich und zerstörten die Treppe. Dadurch gerieten die Bewohner des Hauses Markt Nr. 20 in schwere Gefahr. Sie vermochten sich noch rechtzeitig zu retten. Die Rettungsarbeiten waren jedoch außerordentlich erschwert. Das Feuer, das mit unheimlicher Schnelligkeit um sich griff, verbreitete einen weithin leuchtenden Feuerschein. Taghell war die Nacht gleichet. Es war vorläufig nicht möglich, dem Feuer Einhalt zu tun, obwohl auch von auswärts zahlreiche Wehren zur Hilfeleistung herbeigeeilt waren. Da das Rathaus in großer Gefahr schwebte, muhte man sich entschließen, das Clausische Haus neben dem Rathaus niederrazieren. Dadurch nur wurde das Rathaus gerettet. Nebbergebrannte sind vier Häuser mit Hintergebäuden. Das niedergebrannte war das fünfte der zerstörten Gebäude.

## Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

140. Sitzung vom 18. November 1908.

Als 1. Punkt steht zur Beratung Kapitel 16 des Nachtragstaats, Staats-eisenbahnen. Es werden statt der zuerst bewilligten 29704 644 Mit. jetzt 81 171 845 Mit. gefordert, also 1414 001 Mit. mehr. Auch hier sind die Gehaltsverhältnisse die hauptsächlichste Ursache der Mehrförderung.

Abg. Dürre (son.) bekräftigt sich über Unzuträglichkeiten im Vorortverkehr bei Leipzig, der sich besonders in der vierten Wagenklasse bemerkbar gemacht habe, die besonders die Arbeiter unter Benutzung von Wochenkarten benutzt.

Abg. Günther (freif.): Seit einigen Wochen laufe die 4. Wagenklasse auf der Staatsbahn auch an Sonntagen. Beitzugsmeldungen aufzugeben würden die Wagen an Sonntagen außerordentlich stark benutzt, ohne daß die Benutzung der dritten Klasse zurückgegangen sei. Er erfuhr die Regierung um nähere Auskunft darüber. Bedauerlich sei, daß die 4. Wagenklasse noch nicht auf allen Strecken, besonders nicht auf Sekundärbahnen, eingeführt sei. Viel gefragt werde auch über Mangel an Kleinlichkeit in den Wagen 4. Klasse. Es werde der Anschein erweckt, als würden jetzt die Wagen 4. Klasse absichtlich vernachlässigt. (Sehr richtig! Hins.)

Abg. Starke (son.): Ich darf ein, daß auf ländlichen Bahnhöfen die Kirmesmontage bezüglich der Entlastungsreisen als Feiertage gerechnet würden.

Abg. Andrä (son.): Der Abg. Günther habe auf einige Unzuträglichkeiten im Staatsbahnbetrieb hingewiesen. Er wolle mit darauf hinweisen, daß von einer Anzahl Mitglieder der Zweiten Kammer ein Antrag vorbereitet werde, der Abstellung von Unzuträglichkeiten im Eisenbahnbetrieb verlangt und noch in diesem Lande eingebracht werde. Dieser Antrag fordere auch die Einführung der 4. Wagenklasse bei den Sekundärbahnen.

Finanzminister Dr. Rüger: Es ist hauptsächlich gesprochen worden von der 4. Klasse an Sonntagen. Die gewünschten Zahlen über den Einfluß der 4. Wagenklasse auf den Sonntagabend werden erneut angegeben, weil die Einsichtung erst einige Wochen besteht. Sobald aber nähere Feststellungen vorliegen, würde er der Kammer alsbald davon Kenntnis geben. Die 4. Wagen

Eine Debatte werden sobann bewilligt bei Kapitel 48, Finanzministerium, 29070 Ml. mehr, Kapitel 74, Staatsaufbauverwaltung, 2250 Ml. mehr, Kapitel 75, Großer Garten, 280 Ml. mehr, Kapitel 76, Forstakademie Tharandt, 2455 Ml. mehr, Kapitel 77, Bergakademie Freiberg, 5020 Ml. mehr, Kapitel 78, Alterdrentenamt, 5142 Ml., Kapitel 80, Hochbauverwaltung, 9071 Ml., Kapitel 81, Bauverwaltungen, 1050 Ml., Kapitel 82, Albrechtsburg Meissen, 80 Ml.

Eine Petition des Deutschen Technikerverbands fordert Regelung der Dienstverhältnisse der in der Staatsbauverwaltung beschäftigten technischen Hilfsarbeiter und mittleren technischen Beamten.

Abg. Steiger: Die Finanzdeputation A habe den Wünschen der Petenten, wonach eine Entlassung der technischen Hilfskräfte nicht stattfinden solle, keine Folge geben können. Der Gedanke müsse für die Zahl der beschäftigten technischen Hilfsarbeiter entscheidend sein. Entlassungen ließen sich in Zeiten, wo nicht viel zu tun sei, nicht vermeiden. Nach Möglichkeit sollten aber Entlassungen vermieden werden.

Abg. Bär (frkl.): Das Verfahren der Regierung, technische Hilfsarbeiter fünf Jahre zu beschäftigen und sie dann zu entlassen, sei sehr hart. Man habe allerdings in letzter Zeit etwas mehr Gültigkeit walten lassen, aber behoben sei der Nebel noch nicht. Man müsse mehr technische Hilfsarbeiter in Beamtenstellen einrichten lassen. Jetzt würden aber die technischen Hilfsarbeiter gegenüber den akademisch gebildeten Aspiranten zurückgesetzt. Es gäbe aber viele Beamtenstellen, die nun für technische Hilfsarbeiter offen halten könne.

Abg. Enke: Er könne sich den Beschwerden nur anschließen. Die Magen der technischen Hilfsarbeiter über Entlassungen noch langer Dienstzeit durch den Staat seien durchaus berechtigt. Er selbst habe einen solchen entlassenen Techniker aufgenommen, der zehn Jahre im Staatsdienst tätig gewesen und dann ohne weiteres als überzählig auf die Straße gefehlt vor dem sei. Der Mann habe nirgends Arbeit erhalten. Es sei doch hart, Leute zu entlassen, nachdem sie zehn Jahre ihre besten Kräfte im Staatsdienst verwendet hätten. Der ehemalige technische Hilfsarbeiter bewöhre sich bei ihm vorzüglich; er hältte

dem Staat so viel nützen können wie ein Regierungsbauamtsmeister. Geheimrat v. Seydel: Der Bedarf des Staates an technischen Hilfskräften sei wechselnd, je nachdem, ob es viel oder wenig zu tun gäbe. Früher war es üblich, die Hilfsarbeiter so lange zu beschäftigen, wie Arbeit vorhanden war. Dann mussten oft Entlassungen nach zehnjähriger Tätigkeit erfolgen. Jetzt stelle man die Leute nur für fünf Jahre ein und sage ihnen, daß sie nur für diese Zeit eingestellt würden. Das sei doch ein milderes Verfahren gegen früher.

Die Kammer beschließt sodann, die Petition auf sich berufen zu lassen.

Es werden sobann Mehrforderungen bewilligt: Bei Kapitel 63, Landwirtschaftliche Versuchstation Möckern, 1030 Ml., Kapitel 63a, Landeswetterwarte, 1482 Ml., Kapitel 64, Gewerbe- und Dampfseeslaufsicht, 12782 Ml., Kapitel 68, Unfall- und Invalidenversicherung, 3082 Ml., Kapitel 69, Statistisches Landesamt, 7727 Ml.

Bei dem letzten Kapitel kommt es zu einer kurzen Debatte.

Abg. Merkel (nat. lib.): Es sei zu wünschen, daß die Regierung die Ergebnisse der Betriebs- und Gewerbezähnung bald veröffentlichte. Bayern habe es auch getan.

Ministerialdirektor Koscher: Die Veröffentlichungen der Ergebnisse der Betriebs- und Gewerbezählung durch einzelne Staaten werde von manchen maßgebenden Stellen nicht für zweckmäßig gehalten. Insbesondere wünsche das Reich, die Einzelstaaten möchten mit den Veröffentlichungen so lange warten, bis die Zusammenstellung für alle deutschen Staaten erfolgt sei.

Abg. Langhammer: Die baldige Veröffentlichung der Zählungsergebnisse in Sachsen könne von leinerlei Nachteil für die Reichsstatistik sein. Was Bayern getan habe, könne auch Sachsen unternehmen. Die bayerischen Befürworter seien sehr wichtig und allgemein beachtet worden.

Der sächsische Centralverband gegen den Alkoholismus erachtet um Nachbewilligung einer Staatsbeihilfe zur Unterstützung der Trinkerheilvereine. Aus dem Bericht des Abg. Hartler geht hervor, daß bei Kapitel 58 des Etats bereits 2000 Ml. bewilligt worden seien, womit man es bewenden lassen wolle. Die

Finanzdeputation beantragt daher, die Petition für erledigt zu erklären.

Das Haus beschließt demgemäß.

Nächste Sitzung: Montag, 2 Uhr. Tagesordnung: Vorerster 41, der Entwurf eines Gesches gegen die Verunstaltung von Stadt und Land.

## Hus der Partei.

Gegen das persönliche Regiment. Am Freitag fand in Frankfurt a. M. eine außerordentlich starke Volksversammlung statt, die sich mit Wilhelm II. und seinen Handlungen beschäftigte. Es wurde eine Protestresolution gegen das persönliche Regiment angenommen.

Auch in Hamburg protestierten 16 durchweg überfüllte Volksversammlungen gegen den Absolutismus und die Belastung des Volles durch die Finanzreform. In allen Versammlungen wurden unter stürmischer Zustimmung demokratische Reformen zwecks Beseitigung des persönlichen Regiments verlangt.

Die Genossen in Dortmund veranstalteten am Montag abend im Gewerkschaftshaus eine große Volksversammlung gegen das persönliche Regiment. Genoss Köring steht in seinem Referat Der Kaiser, der Reichstag und das Volk eine schare Abrednung aus mit den bürgerlichen Parteien und den verbrecherischen Kriegsbüchern. Die einstimmig angenommene Resolution verlangt sofortige Abberufung der Reichsverfassung im Sinne der Einführung eines parlamentarischen Regimes.

Die Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. Untere Genossen eroberten 4 neue Mandate und sind noch in 9 aussichtsreichen Stichwahlen beteiligt. Sie erhielten 11000 Stimmen trotz des 1200-Mark-Genusses und Zusammenschlusses der Bürgerlichen mit dem Reichsverband. Zuwachs von 5000 Stimmen gegen 1006. Es schieden im ganzen aus 18 Demokraten, 6 Nationalliberalen, 2 Freisinnige, 1 Zentrumsmann. Gewählt wurden am Donnerstag 4 Sozialdemokraten, 4 Demokraten und 3 Nationalliberalen. In Stichwahl sieben 9 Sozialdemokraten, 6 Demokraten, 2 Freisinnige, 2 Nationalliberalen und 8 Mitständler. Die Wahlbeteiligung betrug 87 Prozent.

# Kaufhaus Brühl

Nur 2 Tage!

Montag :: Dienstag

## Sonder-Angebote in Leinen und Weisswaren

Nur beste Qualitäten. Weit unter üblichen Preisen.

### Handtücher

Ein grosser Posten Küchenhandtücher ca. 40/100 gute halbleinene Drell-Qualität	3 00
Ca. 200 Dutzend Drellhandtücher ca. 48/110. Extra schwere Qualität, gesäumt mit Bändern	5 20
Seltene Gelegenheit! Weiße Drellhandtücher ca. 46/115. Reinleinen, gesäumt mit Bändern	6 75
100 Dutzend Weiße Jacquardhandtücher ca. 48/110. Moderne Muster, gesäumt mit Bändern besonders zu empfehlen	5 75
Ein grosser Posten Weiße Jacquardhandtücher ca. 48/110. Elegante Qualität, gesäumt mit Bändern	6 75

### Wischtücher

Ein grosser Posten Wischtücher rot und blau kariert, ca. 53/53	1 70
Sehr vorteilh. Angebot Wischtücher kariert, halbleinen, ca. 55/55, gesäumt mit Bändern	2 45
200 Dutzend Wischtücher kariert, ca. 56/56, Ia. halbleinen, gesäumt mit Bändern	2 75
Bedeutend unter Preis 100 Dutzend Wischtücher ca. 60/60, kariert, reinleinen, schwere Qualität, gesäumt mit Bändern	3 75
Ein Posten karierte Wischtücher ca. 60/80, reinleinen, gesäumt mit Bändern	4 90

## Linon

Spezialmarke der Firma

## Edelweiss

in Stücken à 10 Meter u. 20 Meter.

### An diesen Tagen

10 Meter-Stück	5 20
20 Meter-Stück	10 25

### mehrere 1000 Dutzend

zu Ausnahmepreisen  
Besonders für den Weihnachtseinkauf geeignet!

## Taschentücher

Ein grosser Posten Linon-Taschentücher ca. 48/48, gesäumt, Prima-Qualität	1 35
Ein grosser Posten Taschentücher Prima-Halbleinen, ca. 48/48 gesäumt	2 50
Ein grosser Posten Batist-Taschentücher mercerisiert, mit farbigem Rand für Damen	1 50
Ein grosser Posten Batist-Taschentücher mercerisiert, mit blauer Tupfen-Bordüre für Herren	2 50
Ein grosser Posten Taschentücher Rein Leinen, ca. 45/45, gesäumt, feinfädig Qual., weiß u. mit farb. Rand	3 50
Ein grosser Posten Linon-Taschentücher ca. 48/48, gesäumt, extrafeine Qualität	1 75

Obige Posten sind auf Tischen ausgelegt.

[24408]

Auf

Kredit

# Ein jeder ist aufgeregt!

wenn er seine Einnahmen mit seinen Ausgaben vergleicht und dann noch an den Kauf der nötigen Winter-Garderobe denken muss!

Sie können sich beruhigen

und brauchen darum keine Sorge zu haben!

**N. Fuchs gibt alles  
auf Kredit.**

Ich bringe Herren- und Damen-Garderoben in reichster Auswahl u. modernsten Formen.

**I Winter-Paletot** Anzahl. von **4** Mk. an

**I Winter-Anzug** Anzahl. von **3** Mk. an

**I Damen-Jackett** Anzahl. von **3** Mk. an

**I Damen-Rock** Anzahl. von **2** Mk. an

**I Damen-Kostüm** Anzahl. von **7** Mk. an

**I Pelz-Stola** Anzahl. von **2** Mk. an

Enorme Auswahl! Billigste Preise!

Ferner mache auf meine

**Möbel-Ausstellung**  
aufmerksam.

Einzelne Möbel von **2** Mk. Anzahlung an.

Ferner:  
**1 Zimmer** Anzahl. **5** Mk., wöchentl. **1.00** Mk.

**2 Zimmer** Anzahl. **12** Mk., wöchentl. **1.50** Mk.

**3 Zimmer** Anzahl. **22** Mk., wöchentl. **2.50** Mk.

Sämtliche Manufakturwaren, Teppiche, Gardinen etc.

liefern

**Auf Kredit  
N. Fuchs**  
Möbel- und Ausstattungs-Geschäft  
**Kurprinzstr. 13, I.**  
vis-à-vis Markthalle.

Auf

Kredit



Tischlampen 1.- 1.50 2.- 2.75 3.- 3.75 bis 15.- Mk.  
Hängelampen 4.- 6.50 7.- 8.50 10.- bis 25.- Mk.  
Kronleuchter, komplett 15.- 16.- 18.50 20.- bis 50.- Mk.  
Gaslampen, komplett, mit Anmachen 6.50 15.- 18.50 20.- bis 50.- Mk.

**ff. Traubenmost  
Apfelm most**

Zähler von 5 Uhr ab:

**: Konzert:**

Erste Leipziger  
Apfelweinkelterei  
Schäferstr. 8. Tel. 10828.

**Regenschirme**

empf. stets d. Neueste  
in großer Auswahl  
zu billigem Preis  
**Mag. Milker**  
2. Reinhardtsfeld.  
Eisenbahnstr. 36.  
Märk. Repar. u. Überz.  
wo. gut u. bill. gefert.

oooooooooooooo

**Schirmfabrik**

**Emil Böhme, Reudnitz**

Wurzner Str. 13, Ecke Lilienstr.

empr. Sonnen-

u. Regenschirme

u. eigen. Fabrikat

von einfach bis

höchst. Feucht.

Gr. Auswahllin

Spaziergästen staun. vll.

Reparaturen u. Beziehen schnell u. billig.

oooooooooooooo

**Leiterwag.**

eins. Räder

u. Wagontüre

offenbart bill.

P. Findeisen

Wagenfabrik

Volkmardorf, Rabat 50. \*

Auf Teilzahlung  
erhalten Sie:

Auf Teilzahlung  
erhalten Sie:

**Wäsche**

**Kleiderstoffe**

**Garderobe**

**Betten**

**Möbel etc.**

Engelbert Büttgenbach

L.-Lindennau

Dreilinden-

str. 28, I.

Ganzzeitig  
Angebot

100% Garantie

# 2. Beilage zu Nr. 265 der Leipziger Volkszeitung, Sonnabend, 14. November 1908.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 14. November.

Geschichtsalender. 14. November 1825: Schriftsteller Jean Paul Friedrich Richter gestorben. 1831: Philosoph Hegel gestorben. — 15. November 1830: Astronom Neander gestorben. 1870: Pädagog Comenius gestorben. 1738: Astronom Herschel geboren. 1862: Dichter Gerhart Hauptmann geboren.

Sonnenaufgang: 7,23, Sonnenuntergang: 4,5.  
Monduntergang: 1,38 nachm., Mondaufgang: 10,27 abends.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 15. November:  
Nordostwinde, veränderlich, Frost, kein erheblicher Niederschlag.

### Parteiangelegenheiten.

Gegen das neue Steuerpaket der Reichsregierung wird die Leipziger Arbeiterschaft am Sonntag, den 15. November, vormittags 11 Uhr, in vier Versammlungen, die im Volkshause, Ossentüschnchen, Schloss Lindenau und in der Grünen Schänke abgehalten werden, protestieren. Wenn dieser Protest wichtig wirken soll, so ist ein Massenbesuch der Versammlungen nötig.

### Die Einverleibungsfrage

stand heute vormittag wieder auf der Tagesordnung des Bezirksausschusses. Es handelt sich um die Einverleibung von Probstheida und Dösen. Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Amtshauptmann eine Notiz in der Abendzeitung und den Droharkt in den Leipziger Neuesten Nachrichten und bemerkte, es sei ganz unrichtig, daß eine Antagonie zwischen dem Bezirksausschuss und dem Rat der Stadt Leipzig vorhanden sei. Er habe nur in sachlicher Weise und im Interesse des Bezirks gehandelt. Auch die in einem Artikel der Leipziger Neuesten Nachrichten angebrochenen Kampfmahrgesetze seien der Situation nicht angepaßt. Er befürchte sich in dieser Frage im Einklang mit der Leipziger Volkszeitung, die auf den Artikel eingegangen sei und die Drohungen zurückgewiesen habe. Danach wurde in die Verhandlungen eingetreten; wir werden darüber am Montag näher berichten.

Bei der Abstimmung wurde die Einverleibung von Probstheida mit 5 gegen 3 Stimmen abgelehnt, die Einverleibung von Dösen wurde einstimmig angenommen.

### Die Ausstellung von Entwürfen ländlicher Bauten,

die auf Anregung der Amtshauptmannschaft vom 15. bis zum 30. d. M. in der Aula der Akademie für Graphische Künste in der Mäderstraße veranstaltet wird, wurde gestern mittag in Anwesenheit einiger Interessenten eröffnet. Amtshauptmann v. Postitz-Mallwitz wies in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung und den Zweck der Ausstellung hin. Es galt vor allem, für die Umgebung Leipzigs Bauten zu schaffen, die sich der landschaftlichen Umgebung anpassen und dabei den überaus hohen Bodenpreisen Rechnung tragen, möglichst baulich und praktisch herzustellen.

Besonders sei dabei auf die örtlichen Baugesetze und die billige Beschaffung des Materials Rücksicht zu nehmen. Er schloß mit dem Wunsche, daß die Ausstellung praktischen Erfolg haben möge.

Die ausstellenden Architekten sind sämlich aus Leipzig. Eine Einwirkung auf die Wohnungsverhältnisse im allgemeinen, besonders auf die für die unbemittelten Klassen bestehende Wohnungssammlität, wird die Ausstellung nicht zur Folge haben. Um meistens ist das Landhaus vertreten, wobei teilweise von den Künstlern, die anscheinend den meisten Wert auf schöne Schaubilder gelegt haben und ihre Bauten mehr einer für die Leipziger Umgebung ganz unmöglichen Szenerei angepaßt haben, wenig auf die örtlichen Verhältnisse Rücksicht genommen ist. Einen großen Teil nehmen auch die Pläne von Kirchen, Pfarrhäusern, Schulen, bei denen besonders auf eine große Zuhörer von Licht und Lust Bedacht genommen ist, Gebäuden und Gemeindebauten ein. Am eigentlichsten Wohnhäusern finden sich außer einigen Haushalten, die durch ihre gesäßige und abwechslungsreiche Architektur angenehm wirken, fast nur die Abbildungen der von den Leipziger Bauvereinen bereits ausgeführten Häuserreihen und -komplexe. Das Arbeiterhaus ist in einigen Plänen für Arbeiterkolonien, für 20 Familien berechnet, in einigen Zweck- und Vierfamilienhäusern vertreten. Das Bild eines modernen Fabrikhauses bietet eine Ansicht des Umbaus der Wahren Kunstmühle. Der Besuch der Ausstellung, die alljährlich, auf Sonntags, von 11 bis 4 Uhr geöffnet ist, ist für jedermann frei.

### Ein Protest gegen die geplante Tabaksteuer.

Der Verein der Zigarrenhändler für Leipzig und Umgegend hatte für gestern abends nach dem Buchhändlerhaus eine öffentliche Protestversammlung gegen die drohende Tabaksteuer einberufen. Die beiden Leipziger Reichstagabgeordneten Geyer und Dr. Junc waren besonders eingeladen worden, hatten sich aber schriftlich entschuldigt. Geyer hatte seinem Entschuldigungsschreiben die Erklärung beigelegt, daß er, was in seinen Kräften stelle, ausdrücklich werde, um die drohende Mehrbelastung abzuwenden. Dr. Junc war so vorsichtig gewesen, sich über seine Stellungnahme auszuschenken.

Als Referent trat der konservative Reichstagabgeordnete Zigarrenfabrikant Edmund Schmidt aus Altenburg auf, der die ungemein technische Ausbildung des Gesetzeswurfs und die Verfeuerung der einzelnen Fabrikate nachwies und besonders die Schätzungen der ganzen Industrie herworb. Werde der Entwurf Gefeier, so werde sich auf der einen Seite eine Verfeuerung der Zigarren, auf der anderen Seite eine bedeutende Einschränkung des Konsums, eine Protosmächerung von vielen Tausenden von Arbeitern und der Stütze vieler kleiner Händler und Fabrikanten bemerkbar machen. Besonders gefährlich sei die Vorderseite besteuert, die sich praktisch überhaupt als unbürgsicherbar erweisen werde.

In der sehr lebhafte Diskussion wurde besonders die Stellung der Parteien beobachtet; wobei Herr Dr. Junc mit besonderen Lebenswürdigkeiten bedacht wurde. Ein Redner führte aus, daß Herr Junc in einem Entschuldigungsschreiben, das er am Sonntag auf einer Einladung zu der Geyer'schen Versammlung geschickt hat, in einer Weise geantwortet habe, die den Schluss zulasse, daß er für die Steuer zu haben sei. Lebhafteste Sache ist, daß man zu diesem Amtshauptmann von der Fraktion Drehselbe nicht das geringste Vertrauen haben könne. In vorgerückter Stunde wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 18. November 1908 im Buchhändlerhaus zu Leipzig versammelten protestieren ganz energisch gegen die geplante Tabaksteuer. Eine weitere Mehrbelastung für Zigarren, Zigaretten und Tabakfabrikate in Form der Vordersteuer wird einen bedeutenden Rückgang des Konsums verursachen und die Verfeuerung Tausender von Exemplaren der Tabakindustrie und den Nebenbranchen verhindern. Die Versammlungen erwarten deshalb von den Abgeordneten des Reichstags, daß sie allen neuen Belastungen der Tabakbranche, welche eine tiefegehende Schädigung der gesamten Produktion und

des Handels zur Folge haben und weitere schwere volkswirtschaftliche Nachteile zeitigen würden, entgegentreten und der in Aussicht stehenden Tabaksteuervorlage ihre Genehmigung verlagen.

### Die Lehrerbefreiungsvorlage

Ist soeben von Stadtvorordneten zugegangen. Der Rat sagt begründend: „Dass wir bei dieser Aufhebung auch größere Opfer nicht gescheut haben, wird die Tatsache bezeugen, daß wir für die Befreiung der Lehrer unserer höheren Schulen einen jährlichen Mehraufwand von 233 200 M., und für diejenigen der Volkschulen einen solchen von 602 800 M., insgesamt also eine jährliche Mehrausgabe von rund 835 500 Mark beschlossen haben, die sich auch bei Inanspruchnahme neu gewonnenen, namentlich in Schulgelderschöpfungen bestehender Deckungsmittel immer noch auf rund 694 000 M. befreit, einen Betrag, der durch Steuern aufzubringen sein wird.“

Das Schulgeld an den Realschulen soll nach der Vorlage von Ostern 1909 ab von 100 M. auf 120 M. erhöht werden. An den höheren Mädchenschulen soll das Schulgeld ebenfalls eine Erhöhung, und zwar von 120 auf 150 M., erfahren. Diese Bestimmung betrifft jedoch nur die höheren Klassen. Auswärtige sollen zwei Drittel mehr als die Heilsche, Reichslandschule das Doppelte zahlen. Ebenso soll das Schulgeld an den Bürgerschulen und der Schule für Frauenberufe erhöht werden.

Die Erhöhung der Gehälter ist ziemlich beträchtlich. So z. B. erhöht sich der Gehalt der akademisch gebildeten Lehrer um jährlich 857 M.; der Gehalt der wissenschaftlichen Volkschullehrer erhöht sich um 858 M., der ständigen Fachlehrerinnen um 870 M., der ständigen Lehrer an der Frauenberufsschule um 987 M. usw.

### Die sozialdemokratische Ortsfrankenzasse. Die Leipziger Neuesten Nachrichten teilen heute mit:

Ortsfrankenzasse. Wie man uns schreibt, haben sich viele Beams der Ortsfrankenzasse dem Nationalliberalen Verein angeschlossen, um gegen die in dem genannten Institut herrschenden sozialdemokratischen Bestrebungen Stellung zu nehmen. Wir geben diese uns in später Abendstunde zugehende Notiz unter Vorbehalt wieder.

Wie vorsichtig daß Umanpapier manchmal sein kann! Bei der Wahl ihrer Gewerksmänner ist es sonst nicht so penibel, wie das vorgestern von uns angeführte Beispiel von der „maßgebenden Seite“ beweist, mit der das edle Papier brillierte, und die es heute noch nicht nennen kann, weil das Papier sich diese „maßgebende Seite“ aus den Fingern gesogen hat. Auch sind die Leipziger Neuesten Nachrichten immer noch im Rückstand mit den Namen der „pöbelnden Genossen“. Also, frisch auf, verehrtes Umanpapier, ein männlich Wort gesprochen!

Der Neuhäuser bringt heute in seinem Correspondent wieder einen lustigen Artikel gegen Vorwärts und Leipziger Volkszeitung. Am Schlusse dieses Nachwerks versucht er nicht persönlich mit Unrat zu befreien, indem er behauptet, daß „der Medaillen-Kressin, Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker“, es sei, seit dem Auftrag wurde, gegen die Volzdrucker „über das journalistische Pfaster zu stolpern, was ihm mit der gewohnten Virtuosität auch tödlich gelingt“. Weiter behauptet der Neuhäuser, daß ich mich dabei blamiert habe, dazu sei ein Mitglied des Buchdruckerverbandes gut genug. Aber er wollte nicht mit mir darüber rechten, da ich ja doch nur den Anschluß in der biblischen Geschichte vom Hauptmann von Kapernaum spielen dürfe.

An dieser Stellübung ist zweierlei interessant. Einmal die Tatsache, daß dem Neuhäuser zugetragen wird, wer der Verfasser dieses oder jenes Artikels der Leipziger Volkszeitung ist, und zum zweiten die Wissenswertigkeit des Neuhäuser, mich in den Augen der Verbandsmitglieder herabzusehen. Was das letztere anbetrifft, so ist das nicht meine persönliche Angelegenheit. Der Verfasser jedoch, mich in den Spalten des Correspondent herunterzureichen, greift in meine ureigenste Interessensphäre. Und da will ich hier nur erklären, daß der Neuhäuser in meinen Augen bereits seit vielen Jahren eines der verächtlichsten Subjekte ist, das je die Arbeiterbewegung腐化 (corrupted) hat. Die durch den Prozeß Fischer gegen die Post bekannt gewordenen Tatsachen haben mit lediglich einer neuen Bestätigung für die Richtigkeit meines Urteils über die Person des Neuhäuser erbracht.

Otto Kressin.

Theatervorstellungen des Arbeiter-Bildungsinstituts. Im Alten Stadttheater beginnt morgen die Aufführung: Jubiläum pünktlich nachmittags 1/2 Uhr. Wir bitten um rechtzeitiges Erstehen, damit Störungen vermieden werden. Am 22. November wird im Schauspielhaus die Dieters-Komödie: Der Biberspel von G. Hauptmann aufgeführt. Am 29. November wird Jubiläum wiederholt.

Die Theater-Kommision.

Die Mansfeldsche Kupferschmiede bauende Gewerkschaft zu Elsterwerda will eine Anleihe von 10 Millionen Mark aufnehmen, von denen zunächst nur 5 Millionen begeben werden. Die Anleihe soll zur Besteitung der Kosten von Neuanlagen, vor allem des weiteren Niederbringers und Ausbaues der bereits im Abstand befindlichen Schächte (Bühlbumschacht, Wolfschacht, Ulrichschacht, Hermannschacht II) und der Anschließung dieser Betriebe an die Bergwerksbahn und an die elektrischen Centralen, ferner der Anlage und Neuerrichtung des Messingwerkes bei Hettstedt, außerdem aber auch zur Ergänzung der Betriebsmittel dienen.

Im Neuen Leipziger Tierschutzverein wurde eine Einlage an Rat und Polizeiamt genehmigt, in der einige Wünsche für die bevorstehende Aenderung der Verkehrsordnung vorgetragen werden. Der Vertrag der Tierchulfsalander (Deutsche, Berliner, Schlesischer) hat begonnen. Ansätzlich der Tatsache, daß auf dem Teiche des Gutshofes der Pariser die Schöne eingefangen waren, ist der Rat gebeten worden, für rechtzeitige Verbringung der Tiere in die Winterquartiere zu sorgen. Ein Reichsgerichts-Urteil, das feststellt, daß das Recht des Jägers zum Wegfangen bei Hunden im Steiere an den Bestimmungen in § 228 des Bürgerlichen Gesetzbuches seine Grenze finde, wurde namentlich im Hinblick auf das weitverbreitete ungelegliche Wegfangen der Tiere begrüßt. Weiter fand ein Reichsgerichts-Urteil Besprechung, das erklärt, die Einstellung eines nur 16 Jahre alten Geschäftsführers entspreche nicht der Sorgfalt in der Auswahl des Dienstleistenden. Auf die eigentümliche Rolle, die der Tierverkauf im Streite der Bremer Käsehandelsgesellschaft wider Malzmeisters Malzlauffabrik spielt, wurde hingewiesen. Gegen die Anregung, die im Giebel des Hauptpostgebäudes nistenden Tauben zu besiegen, soll öffentlich Einspruch erhoben werden.

Großer öffentlicher Vortrag. Der Verein für Volksaufklärung e.V. veranstaltet am Dienstag, den 17. November, abends 1/2 Uhr, im großen Saale des Felsenkellers, Plagwitz, einen großen Vortrag für Damen und Herren, gehalten vom Schriftsteller Herrn Emil Peters aus Köln über das Thema: Liebe und Ehe, in ihrer Bedeutung für Gesundheit, Lebensglück und Lebenskraft. Eintrittspreis 50 Pf. Mitglieder und deren Angehörige haben freien Betritt gegen das Mitgliedsbuch.

Durch Erhängen machte heute früh in der Reginenstraße ein 66 Jahre alter pensionierter Bahnhofbeamter seinem Leben ein Ende. Über den Verweggrund zu dem

bedauerlichen Schritte dieses Mannes ließ sich noch nichts feststellen.

Unfälle auf der Straße. An der Ecke der Koch- und Kronprinzenstraße fuhr ein Steinwagen mit einem Wirtschaftswagen zusammen, daß der Wirtschaftswagen vom Bock herunterfiel, wodurch er ein Stück mit fortgeschleift wurde und sich schwere Verletzungen an Händen und Füßen zuzog.

Am Schleißiger Weg sitzt ein Fleischergeschäft an einem Kinderwagen, wobei das Kind herausfiel. Die Mutter des Kindes, die den Wagen fuhr, kam hierbei selbst zum Sturz. Ob Mutter und Kind Verletzungen davongetragen haben, konnte nicht festgestellt werden.

Brücken-Sprengung. Vergangene Nacht ist ein Teil der alten Brücke über der ehemaligen Magdeburger Fahrt an der Breitenfelder Straße durch fünf Sprengsätze niedergelegt worden. Die Sprengung ist ohne jeden Unfall verlaufen.

Zeugen gesucht. Am 16. Oktober, abends zwischen 1/2 und 1 Uhr wurde bei der Connewitzer Gasanstalt der Arbeiter Dibbel, Städtergasse, Eichstädtstraße 21, überfahren. Herr Dibbel bittet Zeugen dieses Vorfalls um ihre Adresse.

Betrüger. In der Gerberstraße mietete sich ein 27-jähriger Schlosser ein. Unter Benutzung gefälschter Schriftstücke schwindelte er seiner Wirtin mehrere Geldbeträge ab und verschwand eines Tages. Jetzt ist die Festnahme des schon wiederholt vorbestraften Menschen erfolgt.

Ein anderer Betrüger mietete sich als Kaufmann Georg Rudolf Steinau aus Dresden in der Harfortstraße ein und erschwindelte ebenfalls von den Wirtskräfte einen größeren Geldbetrag, wobei er angab, der Seidenwarenwerde seinen Koffer bringen, worin sich ein größerer Betrag ausländischen Geldes befände. Der Mann hat sich nach Empfang des Geldes nicht wieder sehen lassen. Er ist etwa 24 Jahre alt, von kleiner Gestalt, hat dunkles Haar, bartloses Gesicht und ist dunkel gekleidet.

Vom einem hiesigen Postamt erlangte ein Unbekannter durch einen Betrag mehrere Postsendungen, die er in dem angeblichen Auftrag einer Firma verlangte. Die Pakete enthielten vergoldete und Perlmutt-Gürtelschlösser, Parfümzisterne, Damenhandschädel, Kleine Bronzen, 7 Dukaten vergoldete Handtaschenketten und verschiedenes anderes im Gesamtwert von mehreren Hundert Mark.

Diebe entwendeten: aus einer Fabrik in einem Ostvororte drei runde Kupferplatten, 42 Centimeter im Durchmesser und 5 Centimeter stark, im Werte von 200 Mark, aus einem öffentlichen Gebäude am Augustusplatz einen Herbstplatot von schwarzgrauem, gestreiftem Stoff und aus einer Lesehalle am Blücherplatz einen schwarzgrauen grauemelierten Winterüberzieher, sowie einen schwarzgrauen steifen Hut, am Neumarkt ein Fahrrad Bravour, in der Packhofstraße ein Rad der Marke Eggers, Nr. 93 428, in der Hohen Straße ein Waffenrad und in der Dresdner Straße ein Pantherrad, aus einem Lokal in der Gerberstraße einen Jackettanzug von dunkelgrauem, gestreiftem Stoff und eine schwarze Brieftasche mit Ausweispapiere, ausgestellt für Willy Ebensperger, und von einem Lagerplatz an der Nordstraße drei lebende Gänse.

### Kunstchronik.

#### Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Altes Theater. Morgen, Sonntag, nachmittags 1/2 Uhr: Jubiläum. Tragödie in 5 Akten von Friedrich Dibbel.

Doppelplatte 1.20 M. Einfache Platte 60 Pf. Galerie 15 Pf.

Schauspielhaus. Sonntag, 22. November, nachmittags 3 Uhr: Der Biberspel. Komödie in 3 Akten von G. Hauptmann.

Doppelplatte 1.20 M. Einfache Platte 60 Pf. Stahlplatte 15 Pf.

Karten sind zu haben: Volksbuchhandlung, Tauchaer Straße; in den Villen: Volkhäuser, Belzer Str. 32; Leipziger, Hauptstr. 53; Hollmarckdorf, Elisabethstr. 19; Gohlisch, Heinrichstr. 1; Gohlis, Lindenbauer Str. 12; Eugen-Dicke, Thonberg, Meilenbauer Str. 33; M. Georgi, Kleinschöner, Dieskaustraße 31; Lindenau, Bibliothek, Merseburger Straße 45. Dienstag abends im Buchbinderverband, Reudnitz, Grenzstraße; im Buchdruckerschülerverband, Pantheon, Dresdner Straße; Verein Leipziger Buchdruckerhilfen, Brüderstraße 9; in den Verbandsbüros im Volkshaus sowie bei den Vertretern der Ortsvereine.

Vorstände. Morgen, Sonntag, nachmittags 1/2, 11 Uhr, rezitiert im Felsenkeller Dr. Paul Tyndall vom Leipziger Stadttheater ausgewählte Dichtungen. Auf dem Programm stehen Dichtungen von Goethe, Schiller, Meyer, Wildenbruch, Villencron, Heine (Wintermärchen, Kapit 1 u. a.). Von Schiller wird u. a. das elegische Fest mit begleitender Musik von Schillings vorgetragen.

Neues Theater. Sonntag, 1/7 Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg. Montag: Hänsel und Gretel; Motto: Dienstag:

Romeo und Julia (Julia: Margarete Conrad vom Straßburger Stadtkörper). Mittwoch geschlossen. Donnerstag: Don Caesar.

Freitag: Das Fest auf Goldau (musikalische Leitung: Hans Pöhlner). Sonnabend: Die Liebe wacht. Sonntag, 22. November, 1/7 Uhr: Lohengrin. Montag, 23. November: Die Liebe wacht.

Altes Theater. Sonntag, nachmittags 1/2, 8 Uhr: Vorstellung für das Arbeiterbildungsinstitut (Jubiläum), abends 1/2, 8 Uhr: Ein Walzertraum. Montag: Die Liebe wacht. Dienstag: Der Trompeter von Säklingen. Mittwoch geschlossen. Donnerstag: Rosenmontag (alte Preise); Freitag: Margaret Conrad. Freitag: Die Döslarprinzessin. Sonnabend: Baron Trenz. Sonntag, 22. November, nachmittags 3 Uhr: Alte Heidelberg (ermäßigte Preise), abends 1/2, 8 Uhr: Das Blumenboot. Montag, 23. November: Ein Walzertraum.

Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/2, 8 Uhr.

Bereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Vorstellung für den Gewerbeverein H.-D. (Arbeitertheater), abends 1/2, 8 Uhr: Die Tür ins Freie. Montag: Die Räuber. Dienstag: Die Tür ins Freie. Mittwoch geschlossen. Donnerstag, 7 Uhr: Die Räuber.

Im Klassensaal-Theater finden am Sonntag zwei Vorstellungen statt, die eine nachmittags 1/4 Uhr zu kleinen, die andere abends 1/2 Uhr zu gewöhnlichen Eintrittspreisen.

Battenbergtheater. Sonnabend: Die rote Ampel. Sonntag: Hafemanns Töchter. Montag: Maria Stuart. Dienstag: Ihre Familie. Mittwoch geschlossen. Donnerstag: Die rote Ampel. Freitag: Das Schloss am Meer. Sonnabend: Hafemanns Töchter.

Konzert. Dienstag im Haushause: Konzert von Michael und Hugo Kroemer. — Freitag im Kammermusiksaal des Centraltheaters: Vierabend Konzert der Kreisler. — Sonnabend im Haushause: Klavierabend von Boris Ramischoff. — Montag, 23. November, in der Alberthalle: Feierliche Messe. — Konzert (Beethoven, Grolea, Wagner, Weißeringswertspitze, mit der Wallfahrt, Wotans Abschied und Feuerzauber). Karten bei Memm u. Jost.

Worlitz. Morgen Sonntag, abends 8 Uhr, im Haushause: Lustiger Abend von Marcel Salzer. Karten vormittags 11 bis 1 Uhr beim Kastell des Haushauses, und abends an der Kasse. — Dienstag, 24. November, im großen Festsaal des Centraltheaters: Vortrag von Dr. Heinrich Schmidt über Darwinismus, Monismus, Sozialismus. Karten in der Serigischen Buchhandlung am Neumarkt.

Deutsches Buchgewerbemuseum. Die Ausstellung neuer deutscher Erzeugnisse ist, d. h. kleinerer Druckarbeiten, wie sie der geschäftliche und gesellschaftliche Verkehr erfordert, findet erfreuliche Beachtung. Ebenso die Ausstellung von Notentitel aus der Sammlung des Herrn von zur Westen in Berlin. Die reizvollen Zeichnungen des Münchner Künstlers Dr. Emil Prechtel sind nur noch bis Mittwoch ausgestellt. Vergleichende Kunstdokumente von Frau Marie Klossow in Lüdenscheid bei Wuppertal. Im Laufe der neuen Woche ist aus dem Besitz des Herrn Hirschmann neu ausgestellt eine kostbare, mit vielen Bildern geschmückte Handschriftsbürgerschule französischen Ursprungs aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Die Ausstellungen sind vormittags von 9 Uhr bis zum Einschluß der Dunkelheit und Sonntags von 11 bis 2 Uhr unentgeltlich geöffnet. Freitag nachmittag fand für das Lehrerkollegium der Buchdruckeranstalt eine Sonderführung statt. Eine weitere Sonderführung ist auf Mittwoch für die hiesige Typographische Gesellschaft angeplant.

## Plus der Umgebung.

Schneidau. (Wohnungsbau.) Bei der Anfang dieses Monats vorgenommenen Wohnungszählung waren 3140 (gegen 2049 im Jahre 1907) Wohnungen und 206 (265) Geschäftsräume vorhanden, wovon 12 (19) Wohnungen und 7 (9) Geschäftsräume leer standen.

Deutsch-Gotha. Mittwoch (Vorlag), den 18. November, findet eine Besichtigung des Deutschen Wasserwerks statt, wobei auch eine Besichtigung des Turms verbunden ist. Interessenten können sich anmelden. Das Rihere wird noch durch Annonce der beiden Ortsvereinsvorstände in der Volkszeitung bekannt gegeben.

Rötha. Im nächsten Frühjahr dürfte hier eine rege Bauaktivität eintreten. Wie verlautete Herr Baumwalter Meyer allein 5 neue Häuser zu erbauen und zwar sollen dabei 3 alte Gebäude übergelegt werden.

Rötha. In der Schützenstraße fürste von einem hochbeladenen Heuwagen bei Herrn Fabrikbesitzer Kähner, hier, ein Tagelöhner ab, der in das nahe Krankenhaus gebracht wurde. Es mußte der Arzt herbeigeholt werden, doch sind die Verlegerungen anscheinend nicht schwer.

Rötha. Am Freitag vormittag tagte eine Stadtgemeinberatung mit der Amtshauptmannschaft, in welcher der neue Bebauungsplan und die wichtigsten Bestimmungen zur Aufstellung eines Ortsbaugesetzes durchberaten wurden. Unter anderem wurde der Wunsch geäußert, einen Wohlfahrtsausdruck zu wählen, der über die Wohnungen und Unterkunftsräume der Lehrlinge zu wachen hat.

Zwenkau. An den Sonntagen, 6., 13. und 20. Dezember dieses Jahres wird für die hiesige Stadt der Handelsbetrieb bereitgestellt freigegeben, daß die Eß-, Material- und Fleischwarenläden vormittags von 7 bis 9 und dann vormittags von 11 bis abends 7 Uhr, alle anderen Handelsgeschäfte aber von vormittags 11 Uhr ab bis abends 9 Uhr ununterbrochen offen gehalten werden dürfen.

Zwenkau. (Steuern.) Der 4. Termin Stadionlagen wird am 18. dieses Monats fällig und ist bis spätestens zum 7. Dezember an die hiesige Stadtssteuer-Einnahme abzuführen.

Zwenkau. Wegen unserer gestrigen Notiz über den Eislaufunfall der 17-jährigen Tochter des Siegelbesitzers Eberlein geht uns folgende Schilderung mit der Bitte um Veröffentlichung zu: die wir gern erfüllen. In der heutigen Nummer Ihres geschätzten Blattes las ich die Schilderung des Eislaufunfalls auf dem Hessischen Teiche in Zwenkau. Ich möchte Ihnen hierzu mitteilen, daß der Vorfall sich im wesentlichen anders zugezeigt hat, als er Ihnen gemeint zu sein scheint. Ich war Augenzeuge des Vorfalls und bitte Sie darum um Aufnahme folgender Zeilen:

Die Stellung der 17-jährigen Eberlein ist seinem der beiben genannten Herren, sondern lediglich dem fühnen Vorgehen des zufällig anwesenden Siegelbesitzers Eberlein geht uns folgende Schilderung mit der Bitte um Veröffentlichung zu: die wir gern erfüllen. In der heutigen Nummer Ihres geschätzten Blattes las ich die Schilderung des Eislaufunfalls auf dem Hessischen Teiche in Zwenkau. Ich möchte Ihnen hierzu mitteilen, daß der Vorfall sich im wesentlichen anders zugezeigt hat, als er Ihnen gemeint zu sein scheint. Ich war Augenzeuge des Vorfalls und bitte Sie darum um Aufnahme folgender Zeilen:

N. N.

Brobstheda. Gemeinderatsbildung vom 12. November. Die Gemeinderatswahl für die Klassen der Ungefeierten findet statt: den 10. Dezember, von 6—9 Uhr nachmittags, im Gasthof, für die Klassen der Ungefeierten Sonntag, den 18. Dezember, von 8 bis 6 Uhr, im Gemeindeamt. Die Wählerlisten liegen vom 15. bis 29. November im Gemeindeamt aus und sind einzusehen von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags. Der Haushaltspfarrer für 1909 wurde dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht und zur weiteren Beratung dem Finanzausschuß überwiesen. Eine zweite Anleihe in der Höhe von 12 000 Mark zur Fußwegüberstellung soll bei der Amtshauptmannschaft nachgesucht werden. Herr Stellmachermeister Unte wurde in den Schulvorstand, Herr Kirchschullehrer Kratzsch als Gemeindewaisenrat und als Stellvertreter Genosse Starke gewählt. Gegen 8 Stimmen wurde beschlossen, den Dorftoß einzufüllen. Das Unternehmerverzeichnis der landwirtschaftlichen Betriebe soll neu hergestellt werden. Ein Werbblatt für Wochentypen soll angefertigt und der Gemeinde zur Verteilung übergeben werden. Monatsabrechnung am 31. Oktober: Einnahme 59640.77 M., Ausgabe 55288.84 M., Rassenbeland 4551.86 M.

Zöbigker. Gemeinderatswahl. Es wird nochmals darauf ausdrücklich gemacht, daß die Erwachsenen zum Gemeinderat für alle Klassen am Sonntag, den 15. November, nachmittags von 2—5 Uhr, stattfinden. Von unserer Seite sind aufgestellt worden für die 3. Klasse (Unanständige): Fleisenger August Müller und für die 2. Klasse (Anständige): Bimmerer Otto Helm.

Zöbigker. Gemeinderatsbildung. Unentzündlich schlägt Herr Müller. Das Gesuch des Gemeinderates: Der Schulausschuss möge den Bewohnern des Gemeindehauses die Wasserentnahme aus dem Schulbrunnen gestatten, ist vom Schulausschuss der Konsequenzen halber abgelehnt worden. Ein Gesuch der Wähle

Reinhardt: Ihr an Stelle des bisher gewohnten Wohnungsgeldzuschusses einen Erziehungsbetrag für ihre schulpflichtigen Kinder zu gewähren, wird abgelehnt und beschlossen, es bei der bisherigen Unterstützungsform zu belassen. Als Gemeindevorstand wird Herr Gutsbesitzer Venne und als Gemeindeältester Herr Hausbesitzer Bro wieder gewählt. Zur bequemeren Orientierung der Wähler sollen die Gemeindewahlzettel in Zukunft außer auf dem Gemeindeamt auch in den beiden im Orte befindlichen Gasthäusern ausgehängt werden. Zum Zwecke der öffentlichen Bekanntmachung von Versammlungsangelegenheiten, Wahlaufrufen und vergleichbar durch Plakate soll am Gemeindeamt eine Plakatstafel angebracht werden.

Thura. Gemeinderatswahl. Die für die bevorstehende Wahl für Ausschubpersonen (bzw. eines Erzählers) des Gemeinderats aufgestellten Wahllisten liegen innerhalb der Zeit von 16. bis mit 29. November im hiesigen Rathaus während der geordneten Expeditionszeit zur Einsicht aus. Am Vorabend, sowie Totschonntag liegen die Listen nicht aus. Bis zum Ende des siebten Tages nach Beginn der Auslegung, also bis mit Montag, den 28. November d. J., nachmittags 6 Uhr, steht jedem Befliegten frei, im Gemeindeamt Einspruch gegen die Wahllisten zu erheben. Nach dem 28. November 1908 werden die Wahllisten geschlossen, und können Gemeindemitglieder, die in den geschlossenen Listen nicht eingetragen sind, an den diesjährigen Wahlen nicht teilnehmen.

Thura. Gemeinderatswahl. Am Sonntag, den 6. Dezember, vormittags von 11 bis nachmittags 2 Uhr, findet im hiesigen Orte die Ergänzungswahl des Gemeinderats statt. Es scheiden in der 1., 2., 3. und 4. Klasse je ein Vertreter und Erzähler aus; daneben in der 5. Klasse nur der Erzähler. Die 1. Klasse (Unanständige) wählt im Restaurant Möhlberg, die 2. und 3. Klasse (Anständige) sowie die 4. Klasse (Unanständige) im neuen Gemeindeamt und die 5. Klasse (Unanständige) im Restaurant Hans Steinberg. Die Wählerliste liegt vom 16. bis 30. November zur Einsichtnahme auf dem hiesigen Gemeindeamt in den üblichen Geschäftsstunden sowie an den darüber liegenden Sonntagen von 11—1 Uhr aus. Wer sich in der Liste sieht, darf nicht wählen! Auch kann ein Wähler für eine Wahl andere die Liste einsehen, und ist zu empfehlen, daß dies umgehend geschieht.

Blasewitz. Steuern. Alle fällig gewesenen Steuern und Abgaben für das Jahr 1908 sind bis spätestens den 20. November d. J. an die Ortssteuererhöhung abzuführen.

Hänsel. Mit Genehmigung der Bezirks-Schulinspektion wird der Fortbildungsschulunterricht in hiesiger Schulgemeinde Freitag, abends von 5—7 Uhr im neuen Schulhause erledigt. Ab Ostern 1909 erfolgt neue Festlegung der Unterrichtslage.

Schleußig. Schleußig. Der Mühlengutbesitzer P. Wilhelm machte durch Erscheinen seinem Leben ein Ende. Er begab sich am Donnerstag abend nach der hinter seinem Grundstück gelegenen Sandgrube und schwoll sich eine Blase in den Mund, die den Tod sofort herbeiführte. Das Motiv zur Tat wird wohl in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen sein; auch sollen seine Eheverhältnisse nicht die besten gewesen sein.

## Vom V. Kongress der deutschen Arbeitsnachweise.

Am zweiten Verhandlungstag kam die "große Frage" über die Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde gegenüber den allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweisen zur Erörterung. Und man muß zugeben, daß aus den Referaten, die die ganze Vormittagszeit ausfüllten, und aus der umfangreichen Diskussion, die sich bis gegen Abend hinzog, erst so recht die Bedeutung dieser Angelegenheit hervor trat. Der erste Referent, Regierungsrat Dominius-Straßburg, der sich als Praktiker vorstellt, bedauerte die außerordentliche Berücksichtigung der Arbeitsnachweise und forderte deren Centralisation als Grundbedingung jeglicher Arbeitslosenfürsorge. Die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen gegen die privaten Stellenvermittler genügen in keiner Weise. Von dem Redner war der Entwurf eines Reichsgesetzes betreffend Arbeitsnachweise ausgearbeitet und der Deßenlichkeit bereits vor dem Kongreß zugängig gemacht worden. Auf eine Befragung hin sollen sich die meisten Gemeinden zustimmen zu dem Entwurf genehmigt haben. Der westfälische Verband der Arbeitsnachweise hat Bedenken äußerlich wegen der Feindseligkeit der Arbeitgeber gegen den vorgeschlagenen Entwurf erhoben. Dagegen haben sich u. a. auch die Landwirtschaftskammern und ein Kongress der Arbeitgeberverbände ausgesprochen. Die Arbeitgeber halten die partitären Arbeitsnachweise für "nicht genug erzieherisch gegenüber den Arbeitern". Deshalb sitzen einheitlichen Nachweisen den Vorfug, das sagt in seinem Antwortteilchen der Arbeitgeberverband in Horburg etwa so: Der Hauptzweck der von den Unternehmen geführten Arbeitsnachweise besteht nicht darin, Arbeit zu vermitteln, sondern den Unternehmen tüchtige Arbeiter zu entwählen oder Arbeiter, die dem Trunk ergeben oder als sozialdemokratische Organisatoren bekannt sind, von den Betrieben zu halten. An der Hand solcher Beispiele verlangte der Referent um so nachdrücklicher, daß die reinen Interessenten-Arbeitsnachweise mit der Zeit beseitigt würden. Leider fehlt aber auch noch das Verständnis des Staats dafür, daß er seine eigenen Organe anhalten müsse, im Rahmen derartige Papierlose loszuhalten nicht möglich. Der schon erwähnte Entwurf eines Reichsgesetzes betreffend Arbeitsnachweis lautet:

§ 1. In allen Gemeinden über 10 000 Einwohner sind öffentliche Arbeitsnachweistellen (Arbeitsämter) als ein Zweig der Gemeindeverwaltung zu errichten. Diese Errichtung ist nicht erforderlich, wenn und insofern in der Gemeinde oder mit Wirkung auch für ihren Bezirk ein ausreichend umfangreicher gemeindlicher (d. h. Vereins-) Arbeitsnachweis oder ein für ein bestimmtes Gewerbe eingetragener paritätischer Facharbeitsnachweis besteht. Darüber, ob und inwieviel diese Voraussetzungen (Abs. 2) vorliegen, sowie ob und auf welche Weise für kleinere Gemeinden ein öffentlicher Arbeitsnachweis einzurichten ist, entscheidet nach Anhörung des Arbeitsnachweisverbands (§ 10) die höhere Verwaltungsbehörde. Auch ist der Zusammenschluß mehrerer benachbarten Gemeinden zur Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises zulässig.

§ 2. Der Geltungsbereich des öffentlichen Arbeitsnachweises sowie der ihm gleichgestellten Arbeitsnachweise (§ 1) umfaßt mindestens alle männlichen und weiblichen Lehrlinge, gewöhnlichen Arbeiter und häuslichen Dienstboten. Die Ausdehnung auf andre Berufswege bleibt den einzelnen Arbeitsnachweistypen überlassen.

§ 3. Die Neuerröffnung eines Gewerbebetriebs für Stellenvermittlung, sowie die Errichtung eines Arbeitsnachweises durch eine Gemeinschaft von Interessenten (Arbeitgeber oder Arbeitnehmer) ist von dem Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig. Das Bedürfnis gilt als nicht vorhanden, wenn und insofern in der betreffenden Gemeinde oder mit Wirkung auch für deren Bezirk eine öffentliche oder ihr gleichgestellte (§ 1) Arbeitsnachweistypen besteht. Zur Entscheidung des Bedürfnisses sind die Vorschriften der §§ 20, 21 der Gewerbeordnung zuständig. Dieselben haben vor der Entscheidung ein Gutachten des für ihren Bezirk zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweisverbands (§ 10) einzuhören.

§ 4. In denjenigen Gemeinden, für welche ein Bedürfnis nach einer andern als der öffentlichen Arbeitsnachweistypen nicht

besteht (§ 3), darf die etwa bestehende Konzession eines gewöhnlichen Vertrittlers weder verlängert noch auf andere übertragen werden. Die Tätigkeit eines von einer Gemeinschaft von Interessenten (Arbeitgeber oder Arbeitnehmer) betriebenen Arbeitsnachweises ist nach einer von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Übergangszeit, spätestens nach zehn Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes und dem Erlöschen des Bedürfnisses zu schließen. Eine Entschädigung wird nicht gewährt.

§ 4 a. Unberücksicht von den Bestimmungen der §§ 8 und 9 bleiben Innungsnachweise, deren Vermittlung sich unentgeltlich in den Räumen eines öffentlichen Arbeitsnachweistypen unter der Aufsicht einer paritätischen Aufsichtskommission vollzieht.

§ 5. Die Benutzung des öffentlichen Arbeitsnachweises ist für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer unentgeltlich. Für die Vermittlung einzelner Kategorien von Arbeitssuchenden (z. B. Dienstboten) kann durch Beschluss der Gemeindebehörde mit Genehmigung der Gemeindeaufsichtsbehörde die Entrichtung einer Gebühr durch den Arbeitgeber verlangt werden. Vor einem solchen Beschluss ist ein Gutachten des zuständigen Arbeitsnachweisverbands (§ 10) einzuhören.

§ 6. Die Verwaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises hat weder im einseitigen Interesse der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer zu erfolgen, sie ist vielmehr streng unparteiisch zu handhaben.

§ 7. Im Falle von Streiks oder Ausperrungen wird die Vermittlung fortgesetzt. Streiks und Ausperrungen sind den Arbeitsnachweistypen benennenden Arbeitgebern und Arbeitern, sowie den übrigen in Frage kommenden Arbeitsnachweistypen in geeigneter Weise mitzuteilen. Die Beamten der Arbeitsnachweistypen haben sich auf die bloße Mitteilung zu beschränken und jedes Gutachten zum Einstellen oder Nichteinstellen eines Arbeiters resp. Untertrit oder Nichtantritt der Arbeit streng zu vermeiden.

§ 8. Für jede öffentliche Arbeitsnachweistyp ist eine Kommission gebildet. Diese besteht aus einem Vertreter der Gemeindeverwaltung als Vorstehenden und einer gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Unter diesen sollen sich künftig Vertreter der betreffenden Organisationen befinden. Die Einzelheiten über die Wahl dieser Kommissionen und ihrer Geschäftsbefugnisse werden durch Verordnung oder Ortsstatut bestimmt.

§ 9. Die Reichs-, Staats-, Gemeinde- und sonstigen Behörden haben in ihre Lastenhefte Bestimmungen aufzunehmen, wonach die Unternehmer sowohl wie die öffentlichen Verbörden selbst verpflichtet sind, bei Ausführung öffentlicher Arbeiten für Neueinstellung von Arbeitern sich zunächst an die öffentlichen und gleichgestellten (§ 1) Arbeitsnachweistypen zu wenden.

§ 10. Die einzelnen Arbeitsnachweistypen der in § 1 genannten Art treten miteinander in regelmäßigen Verkehr. Zur Erleichterung desselben werden:

- für einen höheren Bezirk, nach einem für das ganze Reich einheitlichen Muster, sogen. Valenzlisten mehrfach höchstens ausgegeben;
- erhalten die einzelnen Arbeitsnachweistypen die Kosten des telephonischen und telegraphischen Verkehrs, sowie die Poststellen erstattet;
- wird den durch die öffentlichen Arbeitsnachweistypen vermittelten Arbeitssuchenden auf allen deutschen Eisenbahnen, auf einen Rückweis der Arbeitsnachweistypen hin, die Eisenbahnfahrt 4. resp. 3. Klasse auf alle Entfernung zum halben Fahrpreis 4. Klasse gewährt, sowie die Benutzung der Schnell- und Expresszüge zum halben Preis gestattet.

§ 11. Die öffentlichen Arbeitsnachweistypen eines größeren Bezirks (Bundesstaat, Provinz usw.) bilden einen Arbeitsnachweisverband. Die Festlegung dieses Bezirks ist in erster Linie Sachdes oder der beteiligten Bundesstaaten, eventuell erfolgt dieselbe durch das Reichsarbeitsamt.

§ 12. Aufgabe dieses Arbeitsnachweisverbands ist die Führung eines einheitlichen Geschäftsführer der Arbeitsnachweistypen nach den Grundsätzen dieses Gesetzes und die Ausgleichung des Arbeitsmarktes, sowie die Vertretung und Förderung der gemeinsamen Interessen der öffentlichen Arbeitsnachweistypen des betreffenden Bezirks.

§ 13. Zu diesem Zweck hat jeder Verband jährlich zu veranstalten:

- eine Versammlung sämtlicher Arbeitsnachweistypen durch einen von ihm beauftragten Beamten;
- eine Versammlung der Vorstehenden der Kommissionen (§ 8) und der Verwalter der einzelnen Arbeitsnachweistypen.

§ 14. Die Aufsicht über alle deutschen Arbeitsnachweistypen führt das Reichsarbeitsamt. Seine Aufgabe ist insbesondere:

- die Herbeiführung einer einheitlichen Arbeitsnachweisstatistik;
- die Fürsorge für Ausgleichung des Arbeitsmarktes im ganzen Reich;
- die Aufsicht über die einheitliche Durchführung dieses Gesetzes.

Zu diesem Zweck ist das Reichsarbeitsamt befugt, die Geschäftsführung der einzelnen Arbeitsnachweistypen sowie der Arbeitsnachweisverbände an Ort und Stelle zu kontrollieren und Anweisung zur Abstellung vorgefundener Mängel zu ertheilen.

§ 15. Zwecks Beratung gemeinsamer Aufgaben der öffentlichen Arbeitsnachweistypen hat das Reichsarbeitsamt mindestens alle zwei Jahre Konferenzen aus Vertretern der einzelnen Arbeitsnachweisverbände zu veranstalten.

§ 16. Die durch die Ausführung entstehenden Kosten werden getragen:

- von der Gemeinde die Kosten der lokalen Arbeitsnachweistypen mit Ausnahme der Kosten für den zwischenstaatlichen Verkehr — die teilweise Entlastung der Gemeinde von diesen Kosten durch Aufschuß aus öffentlichen Mitteln bleibt den Ausführungsbestimmungen überlassen (§ 10);
- von den Bundesstaaten resp. Kommunalverbänden, für deren Bezirk ein Arbeitsnachweisverband besteht, die Kosten des zwischenstaatlichen Verkehrs der einzelnen Arbeitsnachweistypen (insbesondere § 10a und b) sowie die Kosten des Verbands;
- vom Reich die Kosten des Reichsarbeitsamts und der Reichsarbeitsnachweiskonferenzen.

§ 17. Die näheren Bestimmungen zur Ausführung dieses Gesetzes werden durch Kaiserliche Verordnung erlassen.

§ 18. Dieses Gesetz tritt am . . . . . in Kraft.

Der zweite Referent zu diesem Gegenstand, Professor Dr. Zastrow-Chortenbürg, goß reichlich Wasser in den Wein, lieber die Aufgaben der Gemeinden sind nach seiner Meinung Begriffe fast gar nicht mehr vorhanden, um so mehr aber begüßlich der Aufgaben des Staats, die in positive und negative eingeteilt werden müssen. Die ersten bestehen darin, daß der Staat Tatsachen konstatieren,

zur vorgeschlagenen. Die Folge der abgangsweisen Befestigung der privaten Stellenvermittler werde u. a. eine Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Zeitung und eine Ausdehnung des Anfangsgeheims sein, was nicht nur das unvölkige System sei, sondern betrübt auch lohnend wolle. Logischerweise hätte der Entwurf das Anfragen und Zusicherungen verbieten und ein Arbeitsnachweismonopol fordern müssen. Nächster aber sei es, alles Reglementieren und alle Polizeivorschriften zu verhindern und die Auswüchse aus eigener Kraft zu bekämpfen.

In der sehr ausgedehnten Diskussion wechselten langsame Darstellungen der Verhältnisse in engelten Orten zit. den verschiedenen persönlichen Ansichten ab, um teils für, teils gegen die Vorschläge der Referenten Stellung zu nehmen. Zum Vorhenden des Verbands deutscher Gewerkschaften wurde nachgewiesen, wie wesentlich verschieden die Meinungen der Arbeiter und der Unternehmer dem vorliegenden Entwurf gegenüber sind. Die Arbeiter erklärten in den Grundzügen des Entwurfs das, wonach gestrebt werden müsse. Er kennzeichnete die Tätigkeit der Arbeitsnachweise der Scharfmacherverbände und sprach sich für gesetzliche Maßnahmen gegen das private Stellenvermittlungswesen aus.

Um folgte ein Vertreter des städtischen Arbeitsamts in Frankfurt a. M., ein Metallindustrieller Weigle, der selbst betrieb, daß zwei Seelen in seiner Brust wohnten und nicht bald den Nachweis führe, daß die Seele des Metallindustriellen über die Seele des Arbeitsamtsvertreters triumphiere. Allerdings wurde dem Herrn von den nachfolgenden Arbeitervorträtern nichts geschenkt, er hatte vielmehr mit seinen Ausführungen einen willkommenen Anlaß gegeben, daß öffentlich die Angaben gewisser Unternehmernachweise, insbesondere derjenigen der Metallindustrie an den Pranger gestellt wurden. Nach dadurch wurde nichts an der Situation geändert, daß ein Herr Bergmüller aus München, Leiter des von ihm selbst als Nachregelungsbureau bezeichneten Arbeitsnachweises der Arbeitnehmer im Handwerk, die etwaige Annahme des Entwurfs als „nationales Unglück“ bezeichnete.

Nachmittags gegen 5 Uhr war endlich die Rednerliste, aber auch die Versammlung erschöpft. Beschlüsse wurden nicht gefasst, vermutlich schon aus dem Grunde nicht, weil es jedenfalls nicht leicht gewesen wäre, die eigenständigen Verbandsmitglieder von den zahlreichen Vertretern der Verbände und von anderen Gütern zu trennen, vielleicht auch deshalb nicht, weil, wie der Vorsitzende bemerkte, eine gewisse Clique bestrebt sei, die Verbandsbestrebungen zu durchkreuzen. Aber die Aussprache

soll als Unterlage dienen, auf der der Verband weiter wirken kann. Damit hatte der Kongress sein Ende erreicht.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 14. November. Über die bereits im Leitartikel erwähnten „Huldigungen“, die die Bevölkerung Hamm dem Prinzen Eitel Friedrich dargebracht hat, erhält der Vorwärts noch folgende Kribbeldepesche aus Hamm von gestern: Heute abend 8 Uhr traf der Sohn Wilhelms II., Eitel Friedrich hier auf der Ullnässtätte ein. Etwa 2000 Menschen hatten sich angemeldet, um die Ankunft des Prinzen zu erwarten, der als Vertreter des Kaisers erschien waren. Er wurde von der Menge mit den stürmischen Rufen: „Gewerbelehrschule! Reichsvertragsgesetz! Arbeiterschule!“ empfangen. Freiherr v. Hildebrand, der national-liberalen Reichstagabgeordnete, hielt eine Ansprache an das erregte Volk. Er wurde jedoch von den erregten Rufen der Menge unterbrochen, so daß er seine Rede beenden mußte. Von der Masse des Volkes wurden die Bergarbeiter Albin, Gewandweiss und Pilgrim beauftragt, bei dem Prinzen vorstellig zu werden, was die Genannten auch ausführten. Die drei Deputierten wurden zunächst von den unteren Beamten zurückgewiesen. Sie drängten jedoch zu einem höheren Beamten vor, der sie fragte, was sie wollten. Ihnen wurde geantwortet, daß sie auf Verlangen der Kameraden die Wünsche der Bergarbeiter dem Prinzen vorbringen sollten. Nach einigen weiteren Fragen ließ man sie vor. Nachdem sie sich dem Prinzen vorgestellt, fragte sie derselbe, was ihre Wünsche wären. Genosse Pilgrim antwortete ihm: „Erlaube mir, König! Höhelt zu sagen, daß wir von der Masse des Volkes gebraucht sind, zu fragen: was geschieht König! Höhelt zu tun, um die Erregung des Volkes zu bequemlichen?“ Genosse Pilgrim führte dann weiter aus, daß die Bergleute auf Grund dieses schweren Unglücks in Hamm wiederholten rufen müßten: „Der mit dem Bergarbeiterlehrschule!“ Die Bergleute verlangten eine einheitliche Reichs-Bergarbeitergesetz. Ferner bebarren sie bei der Forderung, die sie seit Jahrzehnten gestellt haben: Arbeiterschule aus den Reihen der Bergleute anzustellen. Nur dann ist die Möglichkeit gegeben, eine wirksame Kontrolle der Gruben durchführen zu können.

Prinz Eitel Friedrich antwortete hierauf: Ich bedauere diesen schweren Unglücksfall und kann nur sagen, daß ich meinem Vater diese Ihre Wünsche sofort mitteilen werde mit der Hoffnung, daß sie auch erfüllt werden. Darauf verabschiedete er die vorstellig gewordenen Bergleute, indem er ihnen die Hand reichte.

Der Prinz sah sehr aufgereggt aus, jedesfalls infolge der nicht erwarteten stürmischen Rufe. Er mußte seine Abfahrt infolge dieses Zwischenfalls um eine halbe Stunde verlängern. Unter den Rufen nach Bergarbeiterlehrschule mischte sich auch der Ruf: „Fürst Bismarck!“ und gegen die Verwaltung wurde wiederholt der Ruf „Massenmörder!“ geschleudert.

Altenburg, 14. November. Die Stadtverordnetenwahlen brachten der Sozialdemokratie einen großen Erfolg. Sie verloren 1871–1888 Stimmen auf ihre Liste gegen 1129–1216 der Gegner. Die Partei gewann 676 Stimmen, die Gegner verloren 50. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark. Die Niederlage der Bürgerlichen ist in erster Linie der verdeckten Tätigkeit des Reichsverbandlers Wertens zu danken, die so abstoßend war, daß viele Bürgerliche für die sozialdemokratische Liste stimmten.

Berlin, 14. November. In Ludwigshafen, Wiesbaden, Kiel fanden riesenhafte Demonstrationen gegen das persönliche Regiment statt.

## Grieskasten der Redaktion.

N. R. Es wird nur, soweit aus dem Statut der Kasse hervorgeht, Kranfengelb bezahlt. Ob die Kasse zu empfehlen ist, kann hier nicht so ohne weiteres beantwortet werden. Kommen Sie Dienstag in unsere Sprechstunde, abends von 6–7 Uhr.

U. S. 80. Bismarck erhält 100 000 Mr. einschließlich 64 000 Mr. Repräsentationsosten.

Inns. Der Roman ist im Verlag von Paul Neubauer in Köln erschienen.

## Auskunft in Rechtsfragen.

R. 6. 1. Wenn Sie bei Aufforderung des Wirts, das Lokal zu verlassen, nicht nachkommen, kann Haussiedensbruch angenommen werden. 2. Gewiß ist er oder die Polizei trotz der nachdrücklichen Verjährung dennoch zur Auseigne berechtigt.

E. J. 55. In diesem Falle kann Absonderung nur dann erfolgen, wenn das Einkommen über 1800 Mr. beträgt.

W. R. Gütekritik. Gewiß kann sie wegen Beleidigung bestraft werden, wenn der Wahrheitsbeweis nicht geäußert werden kann.

W. J. Baumannstraße 5. Wenn Sie monatlich Ihre Miete bezahlen, haben Sie auch monatliche Rückerstattung; diese muß bis spätestens den 15. des Monats erfolgen. Die Rückerstattung am 15. November ist also gültig.

## Wie Tag und Nacht

so besteht auch in den einzelnen Sorten Malzkaffee ein Unterschied im Geschmack. Daher verwendet die kluge Hausfrau auch nur den echten sächsischen Malzkaffee von Carl Müller in Altenburg, nach seiner Schuhmarke Engel mit Füllhorn auch schlichtweg „Engel-Malzkaffee“ genannt.

### Restaurant Waldhof :

Calvisiusstr. 2 L-Lindenau, Ecke Leutzscher Str.

Sonntags, den 15. November, zur Haus-Affirmation verb. mit Pfannkuchenhaus empfehlenswerte Karpfen, Gänseleberkäse, sowie selbstgebackene Niesen-Pfannkuchen. Nachmittags von 4 Uhr an Konzert, nachdem Ball. Es lädt fidi. ein Fr. Krotzschmar.

N.B. Zum Ausschank gelangt Thür. Holz-Bier, 1/2 10 Pfn., sowie Sennauer Lager und Pilsner, Böse vorzüglich. [24369] D. O.

## Hermann Schube, Leipzig

Petersstrasse 34, im Hofe Nähmaschinen-Spezialgeschäft

Original-Viktoria = Nähmaschinen sowie

Phönix = Schnellnähmaschinen Billigste Preise. — Bequeme Teilzahlung.

Ich erlaube mir, darauf aufmerksam zu machen, daß ich in Markranstädt, Albertstrasse 13 eine Filiale errichtet und dieselbe meinem Wohntreuer, Herrn O. Goerner, übertragen habe. Hochachtungsvoll Hermann Schube.

## Feinste Molkereibutter

kostet heute bei mir pro Pfund 130 Pfg.

Billigste und beste Nahrungsmittel-Bezugsquelle

Leipzig-R. Alfred Wunsch Leipzig-A. Ecke Svennauendorfer und Ungerstr.

Herrn. Schube Nähmaschinen-Spezialgeschäft

Leipzig, Petersstr. 34 im Hofe. Alle außerhalb der

Original-Viktoria bestie Familien-Nähmaschine sowie

Phönix - Schnell-

- und Systeme bislang und bei

Reparaturen.

### Sehr willkommene

Gelegenheit durch ungemein

günstigen Eintausch einer Gaste-

haus-Einrichtung sind mehr

denn 35 noch günstiger. Bettstell-

mit Matratzen sowie alle and-

Wirtschaftsgegenstände für jeden

nur annehmbaren Preis zu ver-

kaufen [28868]

Blumenberger Straße 16, I/II.

Bürgerliches Gesetzbuch.

30 Pfg.

Volksbuch, Leipzig u. Filialen.

## Weihnachts-Offerte.

### Günstiges Angebot.

Kulante Firma gibt unter Nr. 45 freilich auf Lieferung Kleiderstoffe, Wäsche, Garderobe, Möbel usw. Offerten unter J. 89 an die Expedition dieses Blattes.

Fast neue Damengarderobe, Blusen, Jacke, Mantel, Ballkleider verkauf billig [24316]

Wanda Lory, Reichsstr. 29/31, III.

## Wer seine Frau lieb

hat und vorwärts kommen will verlange gratis und franco meine neuen illust. Prospekte über moderne Hygiene. Heinrich Fuchs, München 25, Hotel Bellevue.

## Neu! Neu!

Nur unserer Freiberger Bibliothek:

## Religiöse Toleranz und Pfäffische Unduldsamkeit.

Gehobter Preis nur 20 Pfg.

Verzeichnisse über die bis jetzt erschienenen Werke sind dem Geschäft beigegeben.

## Albin Eisel, Uhrmacher

Möckern, halbliche Str. 82.

Solide Fabrikate. Kein Laden

— Reelle Preise. —

Reparaturen prompt u. korrett.

## Büchereihandlung Leipzig

Tauchaer Straße 19/21 und deren Filialen.

## Günstige Bücherofferte f. Weihnachten

Dr. Braun: Der Erdball und seine Entdecker. Mit vielen Illustrationen.

Statt 6 Mr., nur 2.75 Mr.

Vogt: Illustrierte Weltgeschichte für das Volk. Komplett in 6 Bänden gebunden.

Statt 89 Mr., nur 18 Mr.

Vogt: Welt der Erfindungen. 8 Bände.

Gebunden statt 52 Mr., nur 25 Mr.

Der Eisenbahner. Aufsätze über die Entwicklung

und moderne Gestaltung des gesamten Eisenbahnwesens

mit vielen Illustrationen und Karten nebst Modellatlas.

Moderne Fahrzeuge. 2 Prachtbände.

Statt früher 84 Mr., jetzt nur 7.50 Mr.

2 Pracht-Ausgaben von Otto Ludwig:

Die Heiterethet. Eine Erzählung aus dem

Thüringer Volksebenen.

Zwischen Himmel und Erde.

Beide Werke reich illustriert von L. Liebermann.

Statt 6 Mr., nur 3 Mr.

Alle oben angeführten Bücher werden in unseren Filialen

und den sämtlichen Filialgeschäften der Vororte zu dem gleich

billigen Preis abgegeben.

Ausdrücklich bemerkt sei, daß es sich stets um fabellos

neue Exemplare handelt.

## Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Abteilung Buchhandlung

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

## Spart Zeit, Arbeit, Geld!

Das Waschmittel

der Zukunft!

Garantiert chlorfrei

und unschädlich.

Allgemeine Fabrikanten Henkel & Co., Düsseldorf

Erzeugt dauernd blendend weiße Wäsche!

Millionenfach erprobt!

Unser Parteigenossen [24264]

## Eduard Ruhn und Frau

die besten Glückwünsche zum 25-jährigen Ehejubiläum.

Die Parteigenossen von Grosszschocher-Windorf.

Zum 25-jährigen Ehejubiläum unseres Sängersbruders [24825]

## Eduard Kuhn und Frau

unsern herzlichen Glückwunsches.

Sängerchor Grosszschocher-Windorf.

Unser Lieblingsgetränk.

Herr Wilhelm Tramann.

Dresden-Pl.

Bitte senden Sie mir von

unserm Lieblingsgetränk „Cacao“.

Mein Sohn ist wunderbar

und bekommt ihm Cacao an jedem

Montag, April Torgau,

den 20. April 1908.

Auguste Kett.

Cacao ist in 1/2, 1/4, 1/8, 1/16, 1/32, 1/64, 1/128, 1/256, 1/512, 1/1024 durch

# Kleiner Anzeiger.

## Vermietungen.

### Zentrum.

Ritterstr. 6, IV., Schlaft. f. 100. 2 Hrn.  
Südstr. 25, d. I. r., leere Stube z. verm.  
Moltkestr. 39, d. II. l., bis. R. 15. 4.

### Osten.

Stött. Ferd. Jost. Str. 35, II. 2 Stub.,  
1 Stu., 1 Stu. Sub. f. ob. 1. 1. 09. z. verm.

### Westen.

Kleinzschocher, Antonienstr. 11  
kleines Logis mit Balkon zu verm.

Kleinzschoch., Baumannstr. 10, Wohn.  
v. 280-300. A sofort. 1. 1. 09. z. verm.

Böhmlitz-Ehrenberg, Süds.  
str. 14, L. 1., 2 Logis mit Garten  
z. 1. 1. 09. zu vermieten. Preis 245. A.

Knautkloebberg, Neue Str. 6,  
Logis, 2 Stub., Ru. Küh., Garten u.  
Gebäude für 195. A zu vermieten.

Großzschocher, Limburgerstr. 35, III. L.,  
leere 2 Str. Stube 1. 1. 09. sofort. v.

Plagwitz, Elisabeth-Allee 67, I. L.,  
freundl. Schlafstelle zu verm.

Lindenau, Spittastraße 1, II. L.,  
möblierte Stube zu vermieten.

Klzschoch., Gieserstr. 86, I. r., freundl.  
Schlafst. z. am. Hrn. ob. Dame bill.

### Norden.

Größschwitz Nr. 42 b, 2. Gtr.,  
Logis 1. 1. 09. ob. 125. A. z. verm.

Gohlis, Görlitzer Str. 18, I. r.,  
amit. Schlafstelle zu verm. Hache.

## Verkäufe und Kläufe.

### Milchkundschaft

100-120 Ltr. tägl., zu verkaufen.  
Offerlin. B. 321 Hauptpostamt.  
Wasch- u. Plättgesch. m. Inv. u.  
Kund. frankh. f. 90 M. sofort. zu  
v. Leipz. Lindenauer Str. 27, II. r.

Eine gute Zigarette  
erhalten Sie bei Oskar  
Püschel, Südstrasse 9.

Schuhwarenhaus

Kleinzschocher, Kleinenstraße 36.  
Empf. mein. groß. Lager, ff. Qualität.  
Mass- und Reparaturwerkstelle.  
Hochabteilungsvoll O. Voland.

Billige Schuhwaren  
Waa. Schmiedestraße 4, pt. I.

Holz-Schuhe

empfiehlt  
Connewitz, Venauer Str. 14  
Seilergeschäft. [24204]

Leder-Ausschnitt u. Abf. verf. blu.  
Fleischer, Pt. Albertiner Str. 45. \*

Sohlederabsatz —  
Lindenau, Merleburger Str. 83. \*

200 moderne Paletots  
selten billig zu verkaufen!

Anzüge, Joppen, Hosen, Schuhw.,  
gold. u. silb. D. u. H.-Uhren, Ketten,  
Ringe, Operngläser, Revolv., Leih-  
haussch. usw. Ein- u. Vorkauf.

W. Lory, Gr. Fleischerg. 28.

100 Burschen- u. Knab.-Paletots

werd. wegen Aufnahme des Artikels  
bill. verf. Salzgässchen 9, I. Etg. \*

Gelegenheitskauf! Post. B. Paletots

jaun. b. v. Reichstr. 80, I. I. \*

Winterpaletots 6-20. A. Anzüge,  
Hosen v. Sch. Nachr. Str. 25, pt. I.

R. Etg. 2 W. Überleher zu 10. A. g.

Wanne 7. A. Täubchenweg 72, III. r.

Moderne Winter-Paletots

Gelegenheitskauf, billig zu verkauf.

Schneidersch. Müller, Emilien-  
straße 52, I., Ecke Windmühlestr. f.

W. Ueberz., f. groß. Verl. f. 7. W. zu  
verkauf. Hardenbergstr. 7, III. W.

Unterh. W. Ueberz., f. m. Verl. bill.  
zu verf. Pt. Linne Str. 60, H. I.

Winter-Paletots, Anzug

Gehrockanzug blu. Halstr. 29, III.

Winterüberleher 5 Mf., 3 Anzüge  
& 3 Wf., f. mittlere Statur zu verf.

Hähnstrasse 29, II. I. Quandorf.

2 Paletots 6 Mf. Hardstr. 29, III.

Woch. Wint.-Ueberz., f. mittl. Ht. D.  
zu verf. Wahr. Rönnestr. 50, III. r.

2 guerh. Wint.-Ueberz., f. 2 Wf. zu  
verf. Blaue. Nonnenstr. 34, II. I.

Ueberz., f. mittl. Statur bill. p.  
verf. Blaue. Erdmannstr. 3, I. I.

Ueberz. Anzug, m. F. o. f. 15. A. zu  
verf. Gerickestr. 18, II. Thiel.

Infanterie-Uniform billig zu verf.

Sellerhausen, Schützenhausstr. 20, p.

D. Winter. v. R. Heine. Str. 44, I. r.

## Wollen Sie einen Sprechapparat kaufen?

so lassen Sie sich erst ein

[24819]

## Echtes Grammophon vorführen.

Nicht mit minderwertigen Nachahmungen zu vergleichen.

## Das Beste ist das Billigste.

Vorführung jederzeit, auch Sonntags von 11 bis 2 Uhr. — Ohne jeden Kaufzwang. Verlangen Sie Kataloge und Platten-Verzeichnisse.

## P. Grunert, L.-Anger, Rossbachstr. 12.

Plüscha-Jackett in Preis, f. 100. Fig.,  
bill. v. P. Torgauer Str. 20, H. pt. r.

Gerrich. geir. Kostüm u. Kleider v.  
4.50. A. on, Jackets, Blusen bis  
z. elegant, neue schwarze Damen-  
mäntel, Kleider Kinderjackets u.

Capes, Partiepost, v. b. Sperlings-  
Damen-Monats-Garderobe,

Windmühlenstr. 45, I. Telefon 12452.

Pelztolas, riesige Auswahl,  
spotbillig Täubchenweg 84, I. \*

Pelztolas, riesige Auswahl,  
spotbillig Windmühlen-  
strasse 28, II. \*

## Skunks-Stola

staunend billig zu verkaufen.

24280 Nordstrasse 48, II. r.

Pelztolas in Auswahl, spotbillig  
Lindenau. Guteauschir. 45, I. L.

Mehrere Pelztolas v. 1.50 Mk. an z.  
vork. Jonasstr. 5, H. I., Kupermann.

## Gelegenheitskauf.

Ein Posten

## Damengürtel u. Handtaschen

neuele Fasson, hochmodern, wer-  
den einzeln spotbillig abgeben.

Metenauswahl. \*

## Körnerplatz 3

Barbit.

Eine Brillenblende ist heute  
für jede Frau unentbehrlich.

Eigene Herstellung nach Maß.  
Separate Rimmer zur Anprobe.

## Sanitätshaus L.-Kleinzschocher

Dicksaustrasse 2.

lieferanten der Ortsfrankensäfe.

## Muster-Puppen

billigst. Förderkarte 16, pt. \*

Betten, beff. u. zurückf. b. v. verf.  
2, II. nur Katharinenstr. 2, II.

F.-Bett. I. v. L. Gundorf. -tr. 2, I. r.

## Inlett

Rissen, gestreift . . . 1. - A

Deckbett . . . . . 3.75 \*

Unterbett . . . . . 3. - fertiggenäht, richtige Größe.

Ella. Heidorn, Dorstenerstr. 2.

Neine Plüschaofa 35, Rips-  
sofa 18, Kledschkr. 15-20, Vert. 30,  
Chaisel. 12, Slegisch 8, Essatisch 6,  
Slüsse 2, Trum. Sp. 28, Pfell. Sp. 6.

2 Bettst. m. M. 14-16, Wascht. 6-10,  
Küchenschkr. 16, Federbett, Regul.,  
Bilder, Kommode 10. Alles spotbillig.

Münzgasse 7, I. Weiser. \*

## Gelegenheit!

Herrliche Plüscha-Garnit. 80, eleg.  
Plüschaofa 35 Mf., Schrank, Verl.,  
Tische, Trumeau. Komplette

II. Schlafzimmern u. Küchen usw. II  
äußerst vorstellbar nur

Padthoffstr. 5, II. (Kein Laden.)

Sie sparen 20 Proz. wenn Sie  
Ihre Möbel bei W. Ferrer,

Wolfs., Martannenstr. 121, Ede.  
Beiniglenstr., kaufen. Ausstatt. v.

200-8000. A. Streng reelle Preise.  
Feine Arbeit. Eine Lückeler. \*

Möbel neu u. gebra. all. Art spotbillig.

Wolfs., Eberhardstr. 5, Ödenbier.

Plüschaofa 35 Mf., Bettst. u. Matz.  
25 Mf. all. Polsterarb. bill. u. kdm.

Klisch., Wind. Str. 83bb, B. pt. Wkst.

Plüschaofa, Schrank bill. zu verf.

Kleinzschocher, Klarastr. 6, pt. I.

Verhauftsch. idem. Plüschaofa

spotbillig. v. L. Clemmstr. 10, pt. I. \*

## Gebrachte Möbel

kauf man gutu. bill. Neu-Mockau,

Grunerstrasse 10, Mehrt.

Möbel Spiegel u. Polsterwaren

bill. Teilszahlung gefüllt.

Pt. Merseburg. Str. 62.

Plüschaofa billig zu verkaufen.

Lindenau. Galvistusstrasse 39, pt. r.

Schreibt. 35 Mf., Kdr. Bettst. ohne M.,  
Ottom.-Chaisel.-Gest. Südt. 54, I. r.

Möbel

in Fabrikverkauf, nur Kleinzschoch.,

Klingastr. 35 b, idem. Plüschaofa

v. 50 M. an. Für. Kledsch. v. 26 M.

an. gr. Trum. Spiegel v. 30 M. an.

gr. kompl. Küchen von 60 M. an.

Gebr. Esfa billig zu verkaufen.

Gustav-Kloß-Str. 30, pt. r.

Plüschaofa, Sart., Neit., Spiegel,

Bettst. m. M. bill. Ludwigstr. 10, pt.

Ottomane billig zu verkaufen.

Wanne 17, IV. L.

Kleiderschrank, Puppenschrank,

2 Puppenbettstollen, Kaufladen.

W. v. D. Winter. v. Merseburg. Str. 45, Faust.

Bayerische Str. 7. Kein Laden.

Bayerische Str. 7. Kein Laden.

Bayerische Str. 7. Kein Laden.

# 3. Beilage zu Nr. 265 der Leipziger Volkszeitung, Sonnabend, 14. November 1908.

## Die Disziplinarverhandlung gegen Bürgermeister Dr. Schücking.

Hg. Schleswig, 11. November.

In der abgesetzten Verhandlung in dem Disziplinarprozeß gegen Bürgermeister Dr. Lothar Schücking brachte dieser an der Hand seiner Verteidigungsschrift zu den einzelnen Punkten der Anklage seine Verteidigung vor und stellte dazu in vielen Fällen Anträge. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Regierungsrat Dr. Bauermeister, suchte im einzelnen nachzuweisen, daß die Artikel und die Broschüre: Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens entstellt Darstellungen der Staatsbeamtungen enthalten und in vielen Punkten leichtherzig und übertrieben seien, sowie daß sich die ganzen Ausführungen als Verleumdungen von Verwaltungsbeamten und den Vorgesetzten des Bürgermeisters Dr. Schücking darstellen. — Bürgermeister Dr. Schücking trat diesen Ausführungen mit der Behauptung und der Darlegung gegenüber, daß die Darstellung der Verwaltungsumstände durchaus sachgemäß sei und der Wahrheit entsprechend. Er erbot sich in den einzelnen Fällen durch Belehrung umfangreichen Materials hierfür den Beweis zu führen. Auf den Vorhalt des Angeklagten, Bürgermeisters Dr. Schücking, daß es seinem Bruder, dem Universitätsprofessor Dr. Walter Schücking nicht möglich gewesen sei, ihm und der Verteidigung Telegramme zugestellt, hat der Verteidiger, Regierungsrat Dr. Goldschmidt sofort verfügt, daß eine derartige Einwendung künftig unterbleiben solle. Er erklärte, daß das nur auf ein Mißverständnis des Gerichtsbieners zurückzuführen sei. — Die weitere Vernehmung des Angeklagten, Bürgermeisters Dr. Schücking, erfreute sich auf die Erörterung der Anklagepunktes, daß der Angeklagte in seinen Ausführungen über die rückständige Weltanschauung der Kreise, denen unsre höchsten Verwaltungsgesetze mit Vorliebe entnommen werden, und durch die Verteilung „fossile Einschauungen“ sich ehrverleidig ausgedrückt und höhere Beamte beleidigt habe. — Der Angeklagte, Dr. Schücking, führte dazu aus, daß die hier gewählten Ausdrücke nur eine drastische Form für die Ideen einer entschieden liberalen Kritik seien. Dass diese Form ehrverleidig sei, müsse auf das allernachdrücklichste bestritten werden. Die Ehre eines Menschen werde dadurch angestossen, daß man ihm unmoralische Handlungen vorwerfe. In der abfälligen Kritik des Systems einer Weltanschauung dagegen könne erst dann etwas Straßwürdiges gefunden werden, wenn diese feierlich für unschuldig erklärt worden sei. Eine Autorität aber, die dazu ins stande wäre, sei ihm nicht bekannt.

Einer der Hauptpunkte der Anklage betrifft die Ausführungen des Angeklagten über das preußische Landtagswahlrecht. Die Anklage sagt hierüber folgendes: In dem Bettungsartikel: Wahlen auf dem Lande beschreibt der Angeklagte das Landrat, daß sie in ihrer Gesamtheit solange in Wahlbezirkgeometrie arbeiteten, bis sie für die überalen Urwähler mancher kleinen Dörfer Wege geschaffen hätten, die sie nicht rechtzeitig zurücklegen könnten, wenn sie nicht lange Stunden von ihrer Arbeit freien wollten, und daß sie Wahllokal und Wahltermin möglichst ungünstig für den Wähler der dritten Klasse, der am gefährlichsten sei, als wahrscheinlich überalem Urwähler, festsetzen. Die Landräte sind verpflichtet, diese Bestimmungen möglichst günstig für die Wahlbeteiligung zu treffen. Hinsichtlich der Wahlstunde ist dies ausdrücklich im Reglement für die Wahlen im Hause der Abgeordneten hervorgehoben worden. Diese Ausführungen enthalten also den Vorwurf grober Pflichtwidrigkeiten gegen den Stand der Landräte. Die weitere Ausführung, daß die Statut der Landtagswahlrechtsbestimmungen die sei, daß die Urwähler überhaupt nicht wählten, sondern vor allem der vom Landrat bestellte Wahlvorsitz wählte, dieser sich selbst und den Wahlmann den Landrat oder dessen Vertretungsman wählte, endlich, daß es eine unverdächtige Wahlkomödie sei, ist vom Angeklagten nicht begründet. Sie enthält eine Verhöhnung der bestehenden Bestimmungen. Dass der Angeklagte weiter von einem baupolizeilichen Trick und „Schikanemitteln“ mancher politischen Kreisvorsteher spricht und ausführt, sie seien gewöhnlich dem Gedenk zu gehorchen, ist eine Behauptung der Kreisvorsteher, ebenso die Behauptung, daß sie sich als Wahlvorsitz einer unterschiedlichen Behandlung des Einzelzettelverteilung zuschulden kommen ließen. — Dagegen wendet der Angeklagte in seiner Verteidigung ein: Was die Angriffe gegen das preußische Landtagswahlrecht angehe, das Bismarck das eisendeckelnde Wahlsystem genannt hat, so bleibe er bei seiner Ansicht, daß die preußischen Wahlmannswähler nicht selten in einer Weise bestimmt sind, die nur noch in wenigen abgesetzten Städten möglich sei. Als nach der Kanalabstimmung Minister v. Miquel gestagt wurde, ob der Landtag nicht aufgelöst werden sollte, erwiderte Miquel, das sei ganz zwecklos, konservative Kaufleute und die übrigen Verwaltungsbeamten würden dafür sorgen, daß dieselbe Landtag wiederkehre. Als dann die Möglichkeit erwähnt wurde, zunächst andre Verwaltungsbeamte einzufügen, habe Miquel gesagt: Woher soll ich sie nehmen? Die ganze Verwaltung befindet sich in den Händen der konservativen Partei, und sie würde hilflos sein, wenn die konservativen Beamten zur Disposition gestellt würden. In diesen Ausführungen eines preußischen Ministers werde also die Anschauung vertreten, daß die konservativen Verwaltungsbeamten nicht nur die Wahlen machen, sondern auch trotz ihres politischen Charakters das Interesse ihrer konservativen Partei eindringlich gegen die Regierung fördern würden.

Noch 1886 konnte Oberpräsident v. Steinmann in Schleswig einen jüngigen Meldestatsgeordneten erläutern, daß für die Beurteilung der Tüchtigkeit von Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräten maßgebend sei der Ausfall der Wahlen in ihrem Bezirk. Waren in Preußen die Wahlen wirklich vom politischen Druck unabhängig, so wären die Neuerungen des Reichstags über Unparteilichkeit der Behörden bei den Wahlen nicht nur völlig unverständlich, sondern die seitdem Staatsräte hätten auch entlastet die Zustellung solcher Versprechen abnehmen müssen. Es kann nicht bestritten werden, daß die Oberpräsidenten sogenannte Wahlparolen auszugeben pflegen. Es handelt sich also nur um die Art der Wahlbeleidigung. Der Angeklagte geht dann näher auf die Beleidigung der Wahlen des Freistaates ein. Es sei durchaus nicht gesagt, daß alle Landräte Wahlbeleidigung betreiben, sondern es sei nur von der für die überale Wähler mancher kleinen Dörfer ungünstigen Wahlbezirkgeometrie die Rede, die schon 1886 im preußischen Abgeordnetenhaus von Minister v. Westphalen befürwortet worden sei. Auch für die leichten Landtagswahl sei diese Wahlbezirkgeometrie wiederholst nachzuweisen. Neben dieser Wahlbezirkseinteilung seien auch häufig Wahlenberden an die betreffenden Wahlkommissionen erfolgt. Was doch Wahllokal gelte, treffe auch auf den Wahltermin für die Wähler der dritten Klasse zu. Wenn es den Behörden um Beteiligung an der Wahl gut tun wäre, würde der Wahltermin auf einen Sonntag und die Wahlzeit auf den Abend angelegt werden. Gegenüber der vielfach angezeigten Vormittagsstunde für die Wahl müsse aber behauptet werden, daß sie für den kleinen Mann die denkbare ungünstigste sei. Das Wahlfest und sein feierlicher Zweck sei wohl überhaupt nur aus seinem eigentümlichen Ursprung zu verstehen. Die Urheberschaft des

ganzen Landtags-Wahlrechtsentwurfs sei stets das tiefste Geheimnis gewesen. Im Abgeordnetenhaus habe im Jahre 1881 Abg. Dunder die Vermutung aufgestellt, daß das Wahlrecht von einem reaktionären General herreiche. Wenn es im Immediatbereich des Staatsministeriums an den König zur Verordnung vom 30. Mai 1849 heise: „Durch Ausführungen der Wahlen der bisherigen Art darf der Staat nicht nochmals gefährlichen Schwankungen ausgesetzt werden und durch das neue Wahlrecht müsse man endlich zu geordneten Zuständen kommen“, so offenbare sich darin deutlich, daß die im Sinne der Regierung geordneten Zustände der Zweck der Wahlen seien, nicht aber die Erforschung der politischen Meinung des Volkes. Zur Rechtfertigung des Ausdrucks „Wahlkomödie“ sei auf den Kreis Marburg a. Lahn hingewiesen, indem sich der konservative Landrat während des 45 der ihm unmittelbar untergeordneten ländlichen Gemeindevertreter als Wahlmänner. Man könne nicht behaupten, daß diese Wahl nicht im Sinne des Gesetzes vor sich gegangen sei. Was die Besonderheit der Wahl angehe, so seie Preußen hinter der Thürke zurück. Die ganzen inneren Zustände, die Tausende unbekannter Lehrerstellen, das Vorwiegen des Adels in allen wichtigen Staatsstellen, seien alles Folgen des unwahrsamen Landtagswahlrechts. Was die Saalsatzungen und baupolizeilichen Schülzen mancher Gemeindevertreter ansange, so liege in der Presse Pommerns, Schleswig-Holsteins und des Nordhohlengebiets umfangreiches Material vor, aus dem jederzeit eine Tatschrift zusammengestellt werden könne. Angeklagte gemacht worden sei, ihn von einer nationalliberalen Wahlmannkandidatur abzuhalten. Hierbei ist aber zu bemerken, daß es sich nicht um eine direkte Beeinflussung durch den Regierungspräsidenten handeln soll, und daß der Beamte nicht die Stellung eines Bürgermeisters inne habe, was nachträglich richtiggestellt ist.

Bürgermeister Schücking legte wiederholt in längeren Ausführungen dar, daß seine Ausführungen im Berliner Tageblatt durchaus zutreffend seien. Durch die geringe Beteiligung der Wähler der dritten Wählerklasse, durch die amtliche Vereinfachung der Wahlen der ersten und zweiten Klasse, sowie die fortgesetzte Tätigkeit des amtlichen Wahlapparates können die konservativen Wahlen auf dem Lande zu stande.

Die Verhandlung wurde dann kurz vor 9 Uhr abends abgebrochen. Die verantwortliche Vernehmung des Angeklagten wird morgen früh noch fortgesetzt werden. Man rechnet trotzdem aber damit, daß Donnerstag in später Abendstunde das Urteil gefällt werden wird.

Hg. Schleswig, 12. November.

Einer der Hauptpunkte der Anklage beschäftigt sich mit den Ausführungen des Angeklagten über eine typische Amonistät der Landräte gegen das städtische Wesen. Die neuere Gesetzgebung zeige, wie der alte Landratszorn sich gegen die Bürgermeister ausstöbe. Bei der Einmischung in städtische Angelegenheiten überschreiten die Landräte unter Umständen einfach ihre Befugnisse und behandeln die Angelegenheit als polizeilich. Sie beginnen Verfassungswidrig, indem sie alljährlich durch Gemeinderat sozialdemokratische Ratsmitglieder ohne gerichtliches Verfahren beschlagnahmen lassen. Als Parlamentariergleiches machen die Landräte sich bei Blaubus an der Selbstverwaltung der Gemeinden schuldig und beschneiden die Rechte der Gemeinden systematisch. Das nenne die „preußische Landratspartei“. Ausbau des Kreisordnung“.

Dr. Schücking hält in längeren Ausführungen an seinen Darlegungen fest. Er berief sich auf das Zeugnis eines Meiste von höheren Regierungs- und Verwaltungsbeamten, deren Vernehmung er anhört. Die typische Amonistät der Landräte sei leicht zu begründen durch ihre Herkunft von Militärbeamtern und anderen aristokratischen Familien und dem aristokratischen Druck, der auf unserer Regierung laste. In den Kreisen unsres Landes sei leicht fast durchweg eine aussichtsvolle Städtebeamtheit anzutreffen, die sich durch die wirtschaftlichen Verschiebungen im 19. Jahrhundert erlassen lasse. Während früher der obige Großgrundbesitz in Norddeutschland auch wirtschaftlich an erster Stelle stand, seien die Städte gegenwärtig der mit beispiellosem Schnelligkeit auslöschen den Städten im vorigen Jahrhundert ganz ins Hintertreffen geraten. Bei den Landräten kommt hinzu, daß die Städte ihrer Kommission nicht unterstehen. Bekannt sei, wie die großen Landgemeinden Jahrtausendlang tingen müssen, um Stadtgemeinden zu werden. Für die Behauptung, daß die Landräte manche städtische Angelegenheit als polizeilich erfasst und damit ihre Befugnisse überstreichen, führt der Angeklagte als Beweis an, daß der Landrat seines Kreises wiederholt versucht habe, die städtische Polizei zu Volksdiensten niedriger Art zu benennen. In andern Kreisen habe ein Landrat die zu gründende Navigationschule als polizeilich, ein anderer die Erziehungsverwaltung seiner Kreisstadt als polizeilich behandelt. Nebenbei werde wohl jeder Landrat angeben, daß er polizeilich als Aussichtsbehörde mehr Einfluß auf die städtischen Angelegenheiten habe, wie in legendärer anderer Punkt. Was die Beschlagnahme der sozialdemokratischen Ratsmitglieder anlangt, habe er nicht gesagt, daß sämtliche Landräte alljährlich diese Beschlagnahme vornehmen lassen. Wie vielfach sie aber verfassungswidrig ausgeübt werde, beweise der Aufwand auf vielen sozialdemokratischen Ratsmitgliedern: Dieser Ratsmitglieder kann vom Obrist oder Polizeiamt nicht beschlagnahmt werden. Eine genaue Statistik über rechtswidrige Beschlagnahme sei zweifellos leicht durch den sozialdemokratischen Parteivorstand zu erhalten. Was die Tätigkeit der Landräte als Parteimitarbeiter angehe, habe er nicht gesagt, daß die Landräte bei Blaubus an den Gemeinderechten ausführen, sondern nur, daß der Ausbau der Kreisordnung ein Raub sei. Des Weiteren vertritt der Angeklagte auf Bismarck Gedanken und Erinnerungen. Zum Beweise seiner Behauptung las er einige Stellen vor, in denen Bismarck ausführt, daß der heutige Zustand der Thuns des Streitkunst ist. „Der Landrat arbeite nur an seiner Karriere und betrachte das Landratsamt als Durchgangsstation.“

Der Angeklagte weist die Unterstellung zurück, die die Anklage durch die Verhafung zweier getrennter Fälle über die städtische Polizei konstruiert habe. Er habe nicht behauptet, daß die Intention des Ministers des Innern dahin ginge, Wäldchen zu provozieren. Er habe vielmehr nur gesagt, daß bei der städtischen Polizei die Intentionen des Ministers viel besser verwirklicht werden können. Hier kann es sich aber um eine Welt von verschiedenen Intentionen handeln. Er habe dann weiter über städtische Polizeiorgane überhaupt geherrscht und dabei die Möglichkeit erlossen, daß man sogar mit staatlichen Polizeiorganen Wäldchen provozieren könnte. Sich über diese Erwähnung einer Möglichkeit zu entzweit, stehe leider für nichts in Preußen nicht Einstand vor, seit durch gerichtlich bestellte Zeugenaussagen in den Verhandlungen über die letzten sozialdemokratischen Wahlrechtsstreitfälle auf den Strafen Berlins festgestellt worden sei, daß zu den lautesten Schreien in den Massen politische Polizei gehörten.

Die Wälder Wohlgenut, des preußischen Agent provozierte aus der Schwel, der dort wette, um Ausführungen der von ihm behaupteten unzähligen sozialdemokratischen Elementen herzuleiten, habe schierig die Aufmerksamkeit von ganz Europa auf sich gelenkt. Bei seinen weiteren Ausführungen über das polizeiliche Hochsicherheit steht sich der Angeklagte auf das

Heugnis des deutschen Volfschäfers in Konstantinopel, Freiherrn von Marckall, der seitens der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in den Prozessen Ledermann und Tausch seine Erfahrung über das Hochsicherheit mitgeteilt habe. Im Falle des Bürgermeisters Plewka handelt es sich darum, ob der Regierungspräsident von Dolega-Koglerowksi durch Plewka den Versuch gemacht hat, Schädigung von seiner Landtagskandidatur abzutragen. Der angeklagte Bürgermeister Dr. Schücking hält sowohl vollkommen seinen Standpunkt aufrecht. Er habe aus den Darlegungen des Bürgermeisters Plewka den Einindruck gewonnen, daß dieser im Auftrag des Regierungspräsidenten von Dolega-Koglerowksi ihn, den Angeklagten, habe bestimmen sollen, von seiner Kandidatur Abstand zu nehmen. Bürgermeister Schücking erklärt, Herr Plewka habe zwar seine gegenwärtige Abschaltung durch Eid bekräftigt, und er, der Angeklagte, könne infolgedessen nicht ebenfalls einen Eid feststellen. Wenn das jedoch noch möglich wäre, würde er jederzeit bereit sein, unter Eid auszusagen, daß die Ausführungen des Bürgermeisters Plewka bei ihm den Ansehen hervorgerufen haben, daß Plewka in höherem Auftrage handele. Bürgermeister Schücking gibt anheim, auch den Regierungspräsidenten von Dolega-Koglerowksi als Zeugen in dieser Sache zu vernehmen, der, wie aus den Akten festgestellt werden könnte, hierbei nicht als Zeuge benannt sei. Weiter hält Schücking den Antrag aufrecht, den Regierungspräsidenten darüber als Zeugen zu vernehmen, daß auch gegenüber einem Beamten der Versuch gemacht worden sei, ihn von einer nationalliberalen Wahlmannkandidatur abzuhalten. Hierbei ist aber zu bemerken, daß es sich nicht um eine direkte Beeinflussung durch den Regierungspräsidenten handeln soll, und daß der Beamte nicht die Stellung eines Bürgermeisters inne habe, was nachträglich richtiggestellt ist.

Die Verleidungsannahme wird hierauf geschlossen, und es erhält hierauf das Wort der Vertreter der Anklage, Regierungsrat Bauermeister. Der Anklagevertreter hält die Anklage zum größten Teil aufrecht. Er ist der Überzeugung, daß die Schriften des Angeklagten übertriebenen Liebertriebungen und Entstellungen enthalten. Was die Fälschung anbelangt, so möge zugegeben werden, daß der Angeklagte sich in einigen Punkten in gutem Glauben befinden habe, da er die entsprechenden Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts nicht gesehen habe. Außerdem habe aber auch der Angeklagte in seiner Schrift Unwahrhaftigkeit seines Charakters bewiesen. — Bei diesen Worten springt Dr. Schücking erregt auf und ruft mit lauter Stimme, der Herr Vorsitzende möge ihn gegen derartige Verleidungen schützen, sonst müsse er das Hotel verlassen. — Vorsitzender Regierungsrat Goldschmidt ersucht zunächst den Angeklagten, mit dem Gericht in ruhigem Ton zu verhandeln, bildet dann aber auch den Anklagevertreter, Ausdrücke dieser Art zu vermeiden. Es steht sich verhandeln, auch ohne persönliche Angriffe gegen den Angeklagten zu richten. Man könne der Ansicht sein, daß eine Behauptung nicht wahr sei, ohne daß man deshalb Schlußfolgerungen auf den Charakter zieche. — Der Anklagevertreter Regierungsrat Bauermeister führt dann in seinem Plädoyer fort, ohne weitere Angriffe auf den Charakter des Angeklagten zu richten. Er habe die Beamtenqualität des Angeklagten hergeholt und gab der Ansicht Ausdruck, daß der Angeklagte als Beamter Staat und Behörden nicht in der Art und Weise, wie es geschehen sei, hätte eingreifen dürfen. Auf die Wichtigkeit des vom Angeklagten gestellten und vorgetragenen wichtigen Tatfachennmaterials geht der Anklagevertreter im wesentlich nicht ein. Er habe hauptsächlich hervorgehoben, daß, wenn auch einzelne derartige Dinge, die der Angeklagte vorgebracht habe, vorgeladen sein sollten, der Angeklagte doch nicht als Beamter in dieser Weise auf sie hätte eingehen dürfen. Der Angeklagte habe vor allen Dingen sich der Pflichtverletzung schuldig gemacht durch mangelnde Ehrebedienstung gegenüber dem Landeskreis und durch die Herausfehlung bestehender Gesetze und Anordnungen der Behörden. Der Angeklagte habe sehr leichtfertige Anschuldigungen erhoben, die Staatsbehörden verächtigt und Angriffe gegen die vorgebrachten Dienstbehörden und die Inhaber anderer öffentlicher Ämter gerichtet und sie dadurch beleidigt. Damit habe der Angeklagte seine Pflichten als Beamter verletzt und sich der Achtung, des Ansehens und Vertrauens, die sein Beruf erfordere, unwillig gezeigt. Er beansprucht daher gegen den Angeklagten Bürgermeister Dr. Schücking auf Grund des § 2 und 103 des Disziplinarstrafgesetzes vom 21. Juli 1882 auf Dienstentlassung zu erkennen. Außerdem beantragt er, den Angeklagten die Kosten des Verfahrens aufzutragen.

Vor Beginn der Verteidigungsreden des Justizrats Storm und des Angeklagten Bürgermeisters Dr. Schücking trat eine Pause bis 8 Uhr ein.

Nach den Plädoyers wurde folgendes

### Urteil

verkündet: Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten, Bürgermeister Dr. Schücking, zu fünfhundert Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten. In den Urteilsgründen wird ausgeführt: Zu dem Einwand des formal nicht richtigen Entstehungsbeschusses sei zu bemerken, daß der Einleitungsbeschluß zur Haft gelegt worden ist, sondern auch deren Verhundung. Die sozialdemokratische Gestaltung sei in der Einleitungsschrift nicht erwähnt worden. Die Motive der Regierung seien für den Vertragsausschuss gleichgültig. Der Angeklagte habe die Pflichtverletzung begangen durch Verleidung der Ehrebedienstung gegen den Landeskreis. Eine weitere Pflichtverleidung liege in der Verfälschung von Staatseinrichtungen. Wenn auch für die Verteilung eine große Anzahl Beispiele gegeben werden könnten, so sei dennoch eine völlige Verleidertheit unmöglich. Es werde auch von dem Angeklagten eingestanden, daß die Behauptungen des Büches nicht nur eine Gesteinung zur Haft gelegt worden ist, sondern auch deren Verhundung. Die sozialdemokratische Gestaltung sei in der Einleitungsschrift nicht erwähnt worden. Die Motive der Regierung seien für den Vertragsausschuss gleichgültig. Der Angeklagte habe die Pflichtverleidung begangen durch Verleidung der Ehrebedienstung gegen den Landeskreis. Eine weitere Pflichtverleidung liege in der Verfälschung von Staatseinrichtungen. Wenn auch für die Verteilung eine große Anzahl Beispiele gegeben werden könnten, so sei dennoch eine völlige Verleidertheit unmöglich. Es werde auch von dem Angeklagten eingestanden, daß die Behauptungen des Büches nicht nur eine Gesteinung zur Haft gelegt worden ist, sondern auch deren Verhundung. Die sozialdemokratische Gestaltung sei in der Einleitungsschrift nicht erwähnt worden. Die Motive der Regierung seien für den Vertragsausschuss gleichgültig. Der Angeklagte habe die Pflichtverleidung begangen durch Verleidung der Ehrebedienstung gegen den Landeskreis. Eine weitere Pflichtverleidung liege in der Verfälschung von Staatseinrichtungen. Wenn auch für die Verteilung eine große Anzahl Beispiele gegeben werden könnten, so sei dennoch eine völlige Verleidertheit unmöglich. Es werde auch von dem Angeklagten eingestanden, daß die Behauptungen des Büches nicht nur eine Gesteinung zur Haft gelegt worden ist, sondern auch deren Verhundung. Die sozialdemokratische Gestaltung sei in der Einleitungsschrift nicht erwähnt worden. Die Motive der Regierung seien für den Vertragsausschuss gleichgültig. Der Angeklagte habe die Pflichtverleidung begangen durch Verleidung der Ehrebedienstung gegen den Landeskreis. Eine weitere Pflichtverleidung liege in der Verfälschung von Staatseinrichtungen. Wenn auch für die Verteilung eine große Anzahl Beispiele gegeben werden könnten, so sei dennoch eine völlige Verleidertheit unmöglich. Es werde auch von dem Angeklagten eingestanden, daß die Behauptungen des Büches nicht nur eine Gesteinung zur Haft gelegt worden ist, sondern auch deren Verhundung. Die sozialdemokratische Gestaltung sei in der Einleitungsschrift nicht erwähnt worden. Die Motive der Regierung seien für den Vertragsausschuss gleichgültig. Der Angeklagte habe die Pflichtverleidung begangen durch Verleidung der Ehrebedienstung gegen den Landeskreis. Eine weitere Pflichtverleidung liege in der Verfälschung von Staatseinrichtungen. Wenn auch für die Verteilung eine große Anzahl Beispiele gegeben werden könnten, so sei dennoch eine völlige Verleidertheit unmöglich. Es werde auch von dem Angeklagten eingestanden, daß die Behauptungen des Büches nicht nur eine Gesteinung zur Haft gelegt worden ist, sondern auch deren Verhundung. Die sozialdemokratische Gestaltung sei in der Einleitungsschrift nicht erwähnt worden. Die Motive der Regierung seien für den Vertragsausschuss gleichgültig. Der Angeklagte habe die Pflichtverleidung begangen durch Verleidung der Ehrebedienstung gegen den Landeskreis. Eine weitere Pflichtverleidung liege in der Verfälschung von Staatseinrichtungen. Wenn auch für die Verteilung eine große Anzahl Beispiele gegeben werden könnten, so sei dennoch eine völlige Verleidertheit unmöglich. Es werde auch von dem Angeklagten eingestanden, daß die Behauptungen des Büches nicht nur eine Gesteinung zur Haft gelegt worden ist, sondern auch deren Verhundung. Die sozialdemokratische Gestaltung sei in der Einleitungsschrift nicht erwähnt worden. Die Motive der Regierung seien für den Vertragsausschuss gleichgültig. Der Angeklagte habe die Pflichtverleidung begangen durch Verleidung der Ehrebedienstung gegen den Landeskreis. Eine weitere Pflichtverleidung liege in der Verfälschung von Staatseinrichtungen. Wenn auch für die Verteilung eine große Anzahl Beispiele gegeben werden könnten, so sei dennoch eine völlige Verleidertheit unmöglich. Es werde auch von dem Angeklagten eingestanden, daß die Behauptungen des Büches nicht nur eine Gesteinung zur Haft gelegt worden ist, sondern auch deren Verhundung. Die sozialdemokratische Gestaltung sei in der Einleitungsschrift nicht erwähnt worden. Die Motive der Regierung seien für den Vertragsausschuss gleichgültig. Der Angeklagte habe die Pflichtverleidung begangen durch Verleidung der Ehrebedienstung gegen den Landeskreis. Eine weitere Pflichtverleidung liege in der Verfälschung von Staatseinrichtungen. Wenn auch für die Verteilung eine große Anzahl Beispiele gegeben werden könnten, so sei dennoch eine völlige Verleidertheit unmöglich. Es werde auch von dem Angeklagten eingestanden, daß die Behauptungen des Büches nicht nur eine Gesteinung zur Haft gelegt worden ist, sondern auch deren Verhundung. Die sozialdemokratische Gestaltung sei in der Einleitungsschrift nicht erwähnt worden. Die Motive der Regierung seien für den Vertragsausschuss gleichgültig. Der Ange







• Wirtschaftliche Wochenschau. •

**Ein Jahr der Krise.**

In der Berichtswoche jährt sich die Zeit, da in Amerika die Börsenpanik ausbrach und damit aller Welt offenkundig wurde, daß die Hochkonjunktur vorüber war und die Krise eingesezt hat. Freilich wollte man es auch damals noch nicht wahr haben, und schlankweg behaupteten die Interessenten, ein Teil der Banken und die Unternehmerverbände, daß es sich „nur um eine Geldkrise“ handle, die bald vorübergehen werde, denn „das Geschäft ist fertigesund“. Das ist eine stets wiederkehrende Erscheinung: knapp vor dem Ausbruch der Krise erscheint den Großunternehmern ein Umschwung ausgeschlossen, denn noch dauert ja das scharfe Tempo im Warenaustausch an, noch gibt sich die Welt der Produzenten dem Wahne hin, daß es nur ein Vorwärts gebe. Deshalb schoß man damals alle Schuld der ängstlichen Spekulation der amerikanischen Börsianer zu und wollte an die baldige Rückkehr „normaler Verhältnisse“ glauben, während in Wirklichkeit die „Geldklemme“ die direkte Folge der schon seit früher eingetretene Überproduktion war.

Am 8. November 1907 war die Reichsbank gezwungen, den Diskont auf  $7\frac{1}{2}$  Prozent hinaufzusetzen, weil sie befürchten mußte, daß das Gold nach den Vereinigten Staaten abfließen würde, wo man bereit war, jeden Zins zu zahlen, um bares Geld zu erhalten. Die Panik in Amerika ging vorüber, freilich erst, als viele hundert Millionen verloren waren, „Geld wurde wieder flüssig“; und bald konnte auch in Europa wieder der nie dagewesene Zinsjàb herabgesetzt werden. Nach einem Jahre sieht heute der Reichsbankdiskont auf einem sehr mächtigen Niveau — 4 Prozent, und der Privatdiskont ist gar nur  $2\frac{1}{2}$  Prozent. Über diese Erleichterung auf dem Geldmarkt hat seineswegs eine „Belebung des Geschäfts“ herbeigeführt, sondern sie ist im Gegenteil die Folge der Störung des Geschäfts: weil der Absatz der Waren sich verringert, weil die Produktion eingeschränkt wird, ist der Bedarf an Kredit, die Nachfrage nach Reihskapital geringer geworden und deshalb ist der Zins gesunken. Im Winter 1907 waren der Fabrikant und der Kaufmann bereit, den anomalen hohen Zins zu zahlen, weil der Profit gleichfalls groß war. Man diskreditierte Wechsel und zahlte  $7\frac{1}{2}$  Prozent, um Geld zu bekommen, weil noch Aufträge zu hohen Preisen vorhanden waren, die ausgeführt werden sollten, und dazu brauchte man Geld. Wenn auch die Bank  $7\frac{1}{2}$  Prozent schlachte, es blieb noch genügender Profit. Heute kann man Geld zu  $2\frac{1}{2}$  Prozent haben, aber der Fabrikant und der Kaufmann reißen sich nicht drum, denn mit diesem Geld ist kein Geschäft zu machen, weil die Aufträge fehlen, weil die Ware unverkäuflich ist. Ein Geschäftszweig nach dem andern wurde von der Krise erfaßt und heute gibt es kaum einen, in dem nicht von gemindertem Absatz von Produktions einschränkungen, von Arbeitserentlassungen die Rede wäre. In den beiden fortgeschrittensten Industrieländern Europas, in England und in Deutschland, ist die Arbeitslosigkeit geradezu enorm, größer als sie je in einem Arsjenjahre seit Jahrzehnten gewesen ist. Zu dem großen Heere der gänzlich Arbeitslosen kommen noch die vielen Tausende von Arbeitern, deren Verdienst stark zurückgegangen ist, weil die Betriebe, in denen sie beschäftigt sind, nicht die volle Stundenzahl in der Woche tätig sind, und weil die Löhne reduziert wurden. Dazu kommt ein Moment, das die Krise wesentlich verschärft — die Teuerung der Lebensmittel. Das Jahr 1907 brachte eine geringe Ernte fast in allen Getreide exportierenden Ländern, was bewirken mußte, daß der Weltmarktpreis stark in die Höhe getrieben wurde. In Deutschland aber hat zum Überfluß der Konsum den vollen, seit 1906 stark erhöhten Zoll zu zahlen. So kam es, daß der Weizenpreis in Berlin übergehend bis auf 242 M. pro Tonne getrieben wurde, eine Höhe, die seit Jahrzehnten nicht mehr erreicht wurde. Aber auch das laufende Jahr brachte eine Welt Ernte unter dem Durchschnitt und der Preis ist anormal hoch. Am Juli, kurz vor der Ernte, wurde in Berlin ein Weizenpreis von 229.50 M. pro Tonne notiert, er sank dann im August auf 194.75 M., um aber alsbald wieder zu steigen und zurzeit haben wir einen weit über dem Durchschnitt der letzten Jahre liegenden Weizenpreis von 208 M. pro Tonne. Die weitere Gestaltung wird wesentlich vom Ausfall der Ernte in Argentinien abhängen. Von dort wird über ungünstiges Wetter berichtet, daß die Ernte (die jetzt stattfindet) erschwert. Freilich mögen diese Nachrichten leicht von den Spekulanten übertrieben werden, aber selbst wenn Argentinien schließlich eine gute Ernte aufweist, wird der Weltmarktpreis im Durchschnitt bis zur nächsten Ernte hoch bleiben, da die Vorräte in den Vereinigten Staaten, den Balkanländern und in Russland gering sind, bedeutend geringer als im Vorjahr. Und nicht nur Getreide steht hoch im Preise, sondern auch andre Lebensmittel — Fleisch, Eier, Butter. Selbstverständlich wird dadurch die Krise verschärft, denn je größer der Teil des Einkommens, der für die dringendste Ausgabe, Ve-

streitung der Nahrung, angelegt werden muß, desto geringer wird der Teil, der zum Ankauf von Industriewaren angelegt werden kann; folglich geht der Absatz dieser Industriewaren zurück.

Seit Monaten wird nun behauptet, der Geschäftsgang in Amerika werde sich heben, sobald die Wahlen vorüber sind und das würde bald auch eine Belebung der Konjunktur in Europa herbeiführen. Wir haben es da mit einer Behauptung zu tun, die gewissermaßen an Aberglauben grenzt. In früheren Jahren, solange der Kampf um Schutzgeld oder Freihandel mit großer Schärfe zwischen den Republikanern, der Partei des industriellen Unternehmertums, und den Demokraten, der Partei der Farmer, geführt wurde, war in der Tat die Zeit der Wahl von großer Wichtigkeit für die wirtschaftliche Konjunktur. Je nachdem, ob die demokratische oder die republikanische Partei ans Ruder kam, konnte man Erhöhung oder Herabsetzung der Bölle erwarten. Ebenso stand eine Zeitspanne während der Wahl die Frage: Goldwährung oder Bimetallismus? zur Entscheidung. Schließlich konnte der Wahlauftakt von Einfluß auf die Haltung der Staatsgewalt zu den Trusts sein. Deshalb war es durchaus berechtigt, wenn bei früheren Wahlen Kaufleute und Industrielle ihre Geschäftsoperationen dem anpassen und in den Monaten vor der Wahl ihre Lager möglichst zu entlasten suchten, um das Risiko zu verringern. Nach der Wahl fest dann natürlich eine lebhafte Tätigkeit in Handel und Industrie ein. Seither hat sich das indessen gründlich geändert. Die Demokraten haben den Bimetallismus endgültig aufgegeben, auch in der Politik wird die Herrschaft der Demokraten kaum große und plötzliche Änderungen herbeiführen, und den „Klepto-kraten“, die an der Spitze der Trusts stehen, wird kein Haar gekrümmt, weder von Bryan noch von Taft, trotz aller drohenden Phrasen. Deshalb kann man ruhig behaupten, daß der Ausfall der Wahl für den Lauf der wirtschaftlichen Dinge von sehr geringer Bedeutung ist. Von einer Einschränkung der geschäftlichen Tätigkeit vor der Wahl konnte diesmal förmlich nicht die Rede sein, denn schon seit einem Jahre ist diese Tätigkeit aus ganz anderen Gründen, nämlich infolge der Krise, bis aufs äußerste eingeschränkt worden und es ist durchaus kein ernsthafter Grund zu sehen, warum sich nun, nach der vollzogenen Wahl, eine Belebung einstellen sollte. An der Börse, wo man oft in Erwartung anderer Motive die Politik herbeizieht, um Leben in die Bude zu bringen, hat man freilich die Wahl Tafts mit einer kleinen Kurssteigerung quittiert, aber es sind die am meisten gehandelten Papiere höchstens um 2 Prozent im Kurse gestiegen, während bei früheren Wahlen ein der Börse genehmiger Präsident mit einer Heraufsetzung der Kurse um 10—15 Prozent begrüßt wurde. Von einem Einfluß der Wahl des Herrn Taft auf die Produktion wird wohl kaum die Rede sein. Die Arbeitslosigkeit ist so groß, die Lebenshaltung der Massen ist so herabgedrückt, daß von einer schnellen Belebung des Konsums nicht die Rede sein kann. In Frage könnten höchstens die Trusts kommen. So zum Beispiel sind schon seit geraumer Zeit verschiedene Projekte in bezug auf Eisenbahnunternehmen im Schwange. Dabei handelt es sich nur zum geringen Teil um den Bau neuer Linien, sondern um Änderungen in den Verhältnissen der verschiedenen Gesellschaften. Nun legt aber das sogenannte Anti-Trustgesetz gerade solchen Operationen gewisse Schwierigkeiten in den Weg, weil die Bildung von Monopolen im Eisenbahnbewesen und die Bevorzugung bestimmter Unternehmergruppen bei Normierung der Frachtkäufe verhindert werden soll. Indessen glauben wir, daß die Harriman, Hill, Morgan und Konsorten weder von Bryan noch von Taft ernsthaft eine Störung ihrer Kreise befürchten: weder der eine noch der andere würde, auch wenn er wollte, die Durchkreuzung des Gesetzes verhindern können, aber keiner von ihnen will es überhaupt, weil beide schließlich ebenso gehorsame Sklaven der Trusts sein müssen, wie auch Roosevelt es trotz allen Theaterdonners war. Diese Pläne werden also durchgeführt werden, ganz unabhängig von der Wahl. Ob dabei viel für die Eisenproduktion absällt, ist fraglich. Man muß beachten, daß im Jahre 1906 rund 3 800 000 Schienen produziert wurden, während die Produktion für 1908 auf höchstens 1 500 000 Tonnen geschätzt wird, und in ähnlichem Verhältnis ist der Verbrauch von anderem Eisenbahnmateriel zurückgegangen. Im Falle daß bei den neuen Plänen der Eisenbahnmagazin große Aufträge für die Eisenindustrie herauszuschauen, ist also allerdings mit einer gewissen Belebung der Eisenindustrie zu rechnen. Aber man weiß eben bisher noch zu wenig über diese Pläne.

Indessen scheint, ganz abgesehen von dem Einfluß der

erfolgten Wahl in der amerikanischen Industrie eine, wenn auch noch sehr leise Besserung, eingetreten zu sein. Wenigstens meldet der Stahltrust für das vierte Quartal etwas größere Auftragsbestände, die Preise für Kupfer sind et-

was gestiegen, die Berichte vom Textilmärkte sind nicht so ganz hoffnungslos, da allmählich doch die überfüllten Lager geräumt werden. Freilich sind derartige Nachrichten mit aller Vorsicht aufzunehmen, aber sie sind nicht ganz unwahrscheinlich. Die Krise dauert in Amerika nun schon über ein Jahr und das ist in diesem Lande, wo immer noch sehr starke Expansionsmöglichkeiten für die Industrie bestehen, viel. Bisher haben die amerikanischen Krisen nie lange gedauert. Sie waren alle verheerend und plötzlich wie ein Orkan, aber sie wichen bald einer um so lebhafteren kapitalistischen Draufgängerei. In dem Maße freilich, als die Industrie sich ausdehnt, in dem Maße als die rapide Steigerung der Produktionsmöglichkeit der Steigerung des Konsums voraussetzt, ändert sich das und die Überwindung der Krise erfordert mehr Zeit, als bisher. Aber man kann immerhin annehmen, daß auch diesmal die Krise in Amerika früher überwunden wird als in Europa. Eine Besserung in Amerika muß dann auf Europa zurückwirken, schon weil lebhafte einschende amerikanische Warenabsatzfrage wenigstens einzelne Industriezweigen etwas besseren Absatz bringt.

Andererseits darf man diese Hoffnungen jedoch nicht gar zu hoch anschlagen, denn die Befreiung der Konjunktur in Amerika kann auf keinen Fall schon in den nächsten Wochen greifbare Resultate zeitigen, und wenn in Amerika die Geschäfte besser gehen, dauert es immer noch Wochen, wenn nicht Monate, bis die Rückwirkung in Deutschland zu spüren ist.

Auf dem Inlandsmarkt ist von einer Besserung der Lage nichts zu merken, eher das Gegenteil. Wenigstens gilt das von der Montanindustrie, wo die Produktions einschränkung immer mehr um sich greift. Deshalb ist es leider nur zu sicher, daß der Winter für die große Masse des Proletariats eine Unsumme von Elend bringen wird.

**Ein kurioser Plan.**

In der Zeitschrift: Das freie Wort, steht ein Großindustrieller bittere Klagen über die Syndikate aus. Es ist die alte Geschichte: die Wucherverbände verschärfen die Krise, indem sie die Preise der Rohstoffe und Halbfabrikate künstlich hochhalten, während die Unternehmer, die diese Stoffe weiter verarbeiten, die ganze Schwere der Lage empfinden, denn sie sind nicht imstande, bei sinkender Nachfrage die Preise des Fabrikates zu halten. Neu ist dagegen der Vorschlag dieses Herrn, wie die Tyrannie der Syndikate zu bekämpfen wäre. Er schreibt:

Die Industrie müßte einmal methodisch und einheitlich ihre Betriebe einschränken, damit die Wucherverbände mit ihren Vorräten nicht mehr ein noch aus würden, und damit sie wieder Geld in der Industrie ansammeln. Es sei hiermit der Vorschlag gemacht, daß die deutsche Industrie ab Sonnabend vor Weihnachten die laufenden Jahre ihre Betriebe auf etwa vier Wochen stilllegen soll, soweit das mit der Natur der eingelassenen Betriebe vereinbar ist. Diese vier Wochen sind die Zeit des größten Kohlenkonsums für Beleuchtung und Lichtstrom für Beleuchtung; wenn dieser Konsum im wesentlichen ausfüllt, würde das Kohlenkontor wahrscheinlich sofort nachgeben müssen, besonders wenn die Industrie das Glück hätte, gerade in die Stützperiode hineinzutreffen. Während dieser vier Wochen würde sich viel Geld in den Industrien ansammeln, welches die Situation verändern müßte; es lännen auch wieder große Bedürfnisse nach der Außerbetriebnahme — fürg, eine solche vierwöchige Stilllegung würde wahrscheinlich zum Schnunggrad, daß den toten Punkt an der großen Industriemaschine überwunden. Selbstverständlich werden alle Fabriken, die vollauf beschäftigt sind und keine Abschwächung zu befürchten haben, ruhig weiterarbeiten.

Eine sehr wichtige Frage bliebe offen: wie soll es diese vier Wochen mit der Arbeiterschaft gehalten werden? Es ist selbstverständlich, daß hier jede erdenkliche Müdigkeit zu nehmen ist. Beispielsweise könnte man generell vorschreiben, jedem Arbeiter per ausgesetzten Arbeitstag den ortsüblichen Tagelohn wöchentlich ausbezahlt und während des Jahres 1908 allwöchentlich 2 Mark abziehen. Dadurch würde verhindert, daß gerade zur Weihnachtszeit Mangel eintrete, und außerdem würde sich der Abzug über ein Jahr hin nicht zu schwer fühlbar machen.

Es ist ja sehr gnädig von dem Manne, daß er die Arbeiter nicht einfach während vier Wochen hungern lassen will, sondern sich damit begnügt, ihnen 4 Biwundfünfzigstel ihres Jahressinkommens allmählich abzuziehen, das sind 8 Prozent. So will er Krieg führen gegen die Syndikate, aber die Kriegskosten sollen die Arbeiter zahlen. Der Plan ist kündig und unausführbar. Aber wir erwähnen ihn, weil es ein ganz netter Beitrag zur Kennzeichnung der Stimmung ist, die in den Kreisen vieler Industrieller gegen die Syndikate herrscht. Indessen — du hast es gewollt, George Dandini! Würden die Industriellen nicht der Regierung und den Parteien die Unterstützung angedeihen lassen, die die Geschäfte der Syndikate besorgen, wären sie nicht in ihrer großen Mehrheit hirnverbrannt? Schyzöllner, dann ließen sich wohl Mittel und Wege finden, um die Übermacht der Syndikate schwächer zu brechen.

G. Marck.

**Ruhiger Schlaf**

ist der größte Wohltäter. Wer ein Getränk haben will, das niemals den Schlaf stört, der genieße Rathreiners Malzklasse.





Liefert die Rohstoffe für die Herstellung der beliebten Margarine-Marken

## „Rheinperle“ und „Solo in Carton“

Diese Fabrikate zeichnen sich auch deshalb besonders durch ihren grossen Wohlgeschmack, Reinheit und Bekömmlichkeit aus und bieten somit den geeigneten Ersatz für die teure Naturbutter.

Ueberall erhältlich!

Ueberall erhältlich!

Holländische Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, Goch (Rheinland).

### Verein zur Arbeitsbeschaffung für Bedürftige

#### Gewandgässchen, Kaufhaus, Laden 9.

Im Interesse unserer armen, brauen Arbeiterinnen bitten wir herzlich, insbesondere auch Arbeitervierte, um Abnahme fertiger Röcke. Vorräte sind: Dienstbotenkässe, Unterrode, Laden, Schürzen, Leib- und Bettwäsche [23823]

besonders dauerhafte Arbeiterhemden

Wirtschaftswäsche, Scheuer- und Putztücher.

Solides Material. Saubere Arbeit. Mäßige Preise.

Zum Ausbessern ist jedem Bärchen-Wäschestück

in Stoffrest beigegeben.

### Wie neu

werben Damen- u. Herrengarderobe  
durch chemische Reinigung bei  
**Otto Beck**  
Leipzig, Lange Strasse 18  
Reudnitz, Bergstrasse 3  
den Drei Läden gegenüber.  
Filiale: Thönberg,  
Reitzenhainer Strasse 57  
Reparaturen billigst! —  
Lieferzeit 2-3 Tage.

# Ganz ohne Geld

erhalten alte Kunden, welche ihr Konto beglichen haben, Möbel und Waren auf Teilzahlung; neue Kunden brauchen nur eine **kleine Anzahlung** zu leisten und können ihren Bedarf an **Wintergarderoben** sowie **Möbeln** unter den günstigsten Bedingungen bei mir decken. Sie erhalten:

## auf Teilzahlung

bei ganz kleiner Anzahlung

### Winter-Anzüge

1 Anzug	Anz. Mk. 6, wöchentl. Mk. 1
1 Anzug, Fasson London	" 10, " "
1 schwarzer Anzug	" 8, " "
1 Winter-Ueberzieher	" 6, " "
Kinder-Anzüge	von 2 Mk. Anzahlung an

### Damen-Garderobe

1 Damen-Jackett	Anzahlung 3 Mk.
1 Damen-Jackett	" 5 "
1 Damen-Kragen	" 4 "
1 Damen-Kragen	" 6 "

Damen-Kostüme.

## Abteilung Möbel

### von 3 Mk. Anzahlung

1 Tisch	1 Spiegel, 3 Stühle	2 Kopfkissen
1 Bettstelle	1 Wascholleite	1 Kommode
1 Matratze m. Kissen	1 Unterbett	1 Regulator

### von 4 Mk. Anzahlung

1 Spiegelspind	1 Wäscheschrank	1 Oberbett
1 Küchenschrank	1 Sola	1 Kinderwagen
1 Kleiderschrank	1 Chaiselongue	4 Stühle

### von 6 Mk. Anzahlung

1 Zimmer von 15 Mk. Anz.	von 25 Mk. Anz.	Elegante Einrichtung bis 500 Mk. zu d. bequemst.
2 Zimmer	3 Zimmer	Teilzahlungen nach Übereinkunft.

Jede Person geniesst die höchsten Vorteile beim Einkauf **auf Teilzahlung** in dem **grössten, beliebtesten und modernsten**

### Waren-Kredit-Geschäft

# S. Osswald

Königsplatz 7

I., II. und III. Etage, gegenüber der Markthalle.

## „Rheinperle“ und „Solo in Carton“

Diese Fabrikate zeichnen sich auch deshalb besonders durch ihren grossen Wohlgeschmack, Reinheit und Bekömmlichkeit aus und bieten somit den geeigneten Ersatz für die teure Naturbutter.

Ueberall erhältlich!

Naturbutter.

Ueberall erhältlich!

Holländische Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, Goch (Rheinland).

### Wie neu

werben Damen- u. Herrengarderobe  
durch chemische Reinigung bei  
**Otto Beck**  
Leipzig, Lange Strasse 18  
Reudnitz, Bergstrasse 3  
den Drei Läden gegenüber.  
Filiale: Thönberg,  
Reitzenhainer Strasse 57  
Reparaturen billigst! —  
Lieferzeit 2-3 Tage.

**Jasmatzi-Cigaretten**

Unerreichte Qualität! Grösste Verbreitung!

<b>Lucca</b> mit Mundstück . . . . .	1 Pfg.-Cigarette
<b>Kolpo</b> mit Mundstück . . . . .	1
<b>Unsere Marine</b> mit und ohne Mundstück 2	
<b>Dubec</b> No. 6 mit und ohne Mundstück . . . . .	2½
<b>Hellas</b> mit und ohne Mundstück . . . . .	3
<b>Elmas</b> Gold-Mundstück . . . . .	3-5
<b>Pleo</b> mit Mundstück, ohne Mundstück und Gold	4-25

Infolge bevorstehenden Kettenerabbruches zu billigen Preisen:

### Samos Prima Qualitäten

(direkter Import)

1/4 Flasche inkl. Glas zu Mt. 0.80, 1.00 und 1.25 Mt.

**Hubert Ullrich**, Weingrosshandlung.

Detail-Geschäfte: Dorotheenpassage, Weststrasse 82. \*

kleine Röntgenproben gratis!

### Wegen Umzug grosser Möbel-Ausverkauf!

Beste Gelegenheit für Brautleute u. Familien.  
Um schon zu räumen, verf. zu **enorm bill. Preisen:**  
1 Schrank, ruhig, journ. 52,-  
1 Vert fo " 52,-  
1 Bl. chottomane " 55,-  
1 Trumeau-piege, journ. 32,-  
1 Walzenküche, höchl. 20,-  
1 Teg. isch, ruhig, journ. 18,-  
2 Schubz. Bettst. m. Wär. 60,-  
ampl. Alimentenrichtg. 40,-  
Isolanged. Vorrate reicht, soj. v. bl.  
Nordstr. 19, Hof, Fabrikgeb.  
A. verw. Facklam.

**Schirmfabrik**  
Paul Kleemann  
Geburtsstätt' 12 u.  
Teudauer Str. 16.  
Groß. Lager  
n. selbst fabr.  
Herrn- und Damenschirme, Spazierstöcke.  
Bekleid. und Reparaturen  
— schnell u. billig. —

### Für Hausfrauen und Bräute!

Grosse Posten **Damast-** und **Brokat-Bettbezüge** in weiss und bunt bis zu den feinsten Qualitäten.  
Grosse Posten **Damast-Reste**, **Tisch-** und **Tafeltücher**, **Servietten**, **Frottier**, **Vitragen**, **Hemdentuch-** und **Bettuch-Reste**, weisse und bunte **Barchente** werden nach Maass und Gewicht sehr billig abgegeben.

Ferner empfiehlt zu bekannt billigsten Preisen **Inlett**, **Hand-**, **Wisch-** und **Taschentücher**, **Bettdecken**, **Stickereien**, **Gardinen** in grosser Auswahl, **Schränzen** indigo u. -Leinen u. verschiedenes anderes mehr.

Einen Posten fertige **Hemden**, **Nachtjacken**, **Blusekleider** und **weisse Unterröcke**, solideste Ausführung zu billigsten Preisen.

Ganze Ausstattungen können Sie bei mir sehr preiswert kaufen.

[3809]

### Wäschegegeschäft August Rohr

Seit 3 Jahren nur Windmühlenstr. 32, I.

Kein Laden. Ulrichs Brauerel.

### Uhren, Gold- und Silberwaren

sowie optische Artikel

Nur gute Fabrikate. Größte Auswahl.

Reparaturen aller Art.

[3860]

### R. Schaarschmidt, Uhrmachermeister

L.-Plagwitz, Karl-Heine-Str. 59.



Billige böhmische Bettfedern  
1 Bl. graue auto, geschliff. 1 Mt.  
halbweiße 1.80,-; 1 Bl. weiße,  
flauschige, geschliff. 1.70,-, 1.90,-;  
1 Bl. schwarz, feinstes geschliffene  
2.70,-, 3.40,-. Versand 10 Pfund  
gegen Nachnahme, von 10 Pfund  
an franco. Umtausch franco geset.  
für Nichtpassend. Gelb  
retour. Preise kleine gratis.  
\*2567] S. Benisch  
in Döbelnitz Nr. 872 (Sachsen).

**Petroleum-Glühlicht.**  
Vorläufiger Brenner.  
Bedenkt. Verbesserung!  
14" Mt. 6.— und  
10" Mt. 4.50.  
**Paul Müller**  
Kolonialwaren. 18  
Magazin für Haus- und  
Küchengeräte. [V  
Beleuchtungs-Artikel.

Mein diesjähriger

### Puppen-Ausverkauf

auch **Messmuster** bietet nützliche  
Gelegenheit zum billigen Einkauf.  
ff. **Gelenkpuppen**, **Vederdälge**,  
**Zelluloidpuppen**, **Köpfe**,  
**Perücken**, **Kleider**, **Wäsche**, **Hüte**,  
**Schuhe**, **Strümpfe**.

Auf alle Plakäuse im November

5 Prozent.

### Puppen-Klinik.

alle Reparaturen.  
Gewandgässchen  
zwischen Neumarkt  
und Universitätstr.

### Puppen-Bazar

gewandgässchen

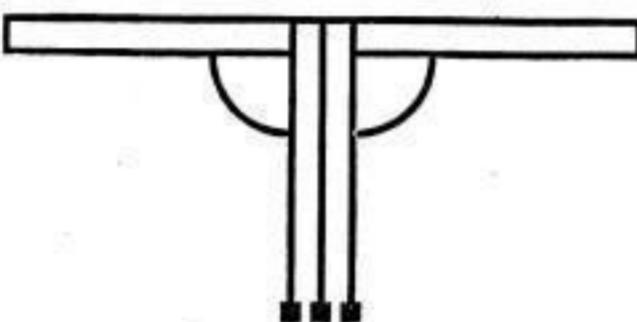
zwischen Neumarkt  
und Universitätstr.

# Konsumverein L.-Plagwitz und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Unsern werten Mitgliedern die höf. Mitteilung, dass jetzt täglich in unsern Warenhäusern und Manufakturwaren-Geschäften

Plagwitz, Amalienstr., Ecke  
Zschochersche Strasse  
Lindenau, Markt Nr. 18  
Reudnitz, Dresdner Str. 55  
Leipzig, Kolonnadenstr. II  
Connewitz, Basedowstr. Ia  
Stötteritz, Ferd.-Jost-Str. 29



## Neuheiten in Herbst- und Winter-Stoffen

eintreffen und sämtliche Lager in allen Bedarfsartikeln grossartig sortiert sind.

Auch bieten wir unsern verehrten Mitgliedern gleichzeitig eine ausserst günstige Kaufgelegenheit in:

Modernen Kostüm-Röcken und Blusen, Damenjacketts, Herren- und Burschen-Paletots und allen Pelzwaren

Der Vorstand.



Konzerthaus  
**Wolfsschlucht**

Weltbestes Konzertlokal Leipzigs.  
Tel. 989. Abt.: Klara verw. Obst  
**Brühl 85.**

Täglich: Grosse Oktober-Feste  
verbunden mit humoristischem Konzert der beliebten  
Clownkapelle Eugène Pechéure. [24159]

Gute Rüche. — Beste Bedienung. — Sternburg-Biere.

**Kaiser-Keller** Hainstrasse 19  
Tägl. gr. Tamburitza-Konzert  
der südungar. Kap. Bosanac.  
Dir. Stephan Brandt. \*

**Stadt Schneeberg**, Südstrasse 60

Ungenehmer Familien-Aufenthalt.  
Vorzügl. Biere, guten Mittagstisch sowie tolle Speisen. Jeden

Sonnabend Schweinsknochen. — Rüche v. Emil Silze. \*

**Europäische Börsenhalle** Katharinenstrasse 12.

Täglich großes Konzert der Hollertauer Bauernkapelle. 18 Personen.

Direktion Herr Hans Höppel, genannt "Baron Wind".  
Sonntag — **Fr. Frühschoppen-Konzert.** Nachm. von 4 bis  
von 11 bis 1 Uhr. 12 Uhr, an den  
Wochenlagen von 5 bis 12 Uhr. Wilhelm Paas.

**Restaurant Schneider** Nikolaistr. 47/51. Inh. Rich. Schneider.

Täglich Spezialgerichte. [2600\*]  
Guter bürgerlicher Mittagstisch von 12-3 Uhr.

**Kulmbacher Ratskeller** Hainstrasse 25. Albert Fritzsche.

Angenehmes Verkehrslokal. Gute Biere. Vorzügliche Speisen.

Katharinenstrasse 13/17. Täglich Konzert von der Nieder-Oesterreichisch-Damen-Kapelle.

Tir.: Sepp Caspar.  
Büttig u. seif. Einzig in ihrer Art.  
Nur die neuesten Salader.

**Deutsche Trinkstube** Café Max & Moritz, Katharinenstr. 10

Gemütliches Verkehrslokal. Täglich humorist. Konzert.

Original! **Eisgrotte.** Tag und Nacht geöffnet! [23678]  
Café u. Obstweinschänke, Hohe Strasse 6, Nähe Bayr. Bahn.

**Gute Quelle** Internationales Verkehrslokal.  
Brühl 42 — Täglich — Große Konzerte

Inhaber: W. Hirschfeld. Anfang 4 Uhr.  
Im Tunnel: Cabaret. [2548]  
Jeden Sonntag: Frühschoppen-Konzert.

**Wettin** Promenadenstr. 41, Nähe Westplatz.  
Empfehlung der gehobten Arbeiterschaft meine  
seitl. Bierl. Bären u. Gesellschaftszimmer. Jeden  
Sonnabend Schweinsknochen. Osw. Kirsch.

**Kulmbacher Brauhof** Peterstraße 18 vorm. Kellitz Peterstraße 18  
Täglich Spezial-Gerichte von 40-60 Pf. Mittagstisch  
mit Suppe von 50 Pf. an. — Echt Kulmbacher  
Export-Bier hell u. dunkel 1/10 Liter 20 Pf., 1/10 Liter 15 Pf.

**Alt-Leipzig** Reichsstrasse 16  
Inh.: A. Müller. Tel. 5772.  
Nach erfolgtem Umbau ist es das  
schönste Konzertlokal. —  
Täglich Konzerte des Damon-Orchesters  
"Kreuzdel". Dir.: G. Beilmann. 6 Damen, 2 Herren. [1773]

**Zum Elefanten-Wirt** Emil Bücker, Nikolaistrasse 6  
Täglich Frei-Konzert.  
Warme Küche bis nachts 2 Uhr. [22682\*]

**Sieberts Restaurant**, Tauchaer Strasse 24  
Empfehlung meine freundl. Lokalitäten mit Gesellschaftszimmer.  
W. Biers, gute kalte und warme Speisen.  
Hochachtend Louis Siebert. [1950\*]

**Wohin? Zu Schröder-Schorsch** (früher Ritter-Schänke, Plagwitz) jetzt  
Burgstrasse 17, Eingang Sporergäßchen, I. Einge —  
**Kulmbacher Bierstube.** Tag und Nacht geöffnet. — Warme Küche bis 2 Uhr nachts.  
Empfehlung meine geräumigen Parterre-Lokalitäten.  
Täglich Konzert renommierter Kapellen. [3821\*] R. Wahl.

**Börse Restaurant und Café** L.-Lindenau [7025\*]  
Empf. unsere freundl. Lokalitäten, schönes Gesellschaftszimmer mit  
Pianino, guisatessen, warme Speisen, W. Biers. Friedr. Zinke u. Frau.

**Restaurant Insel Buen Retiro** Ferdinand-Rhode-Str. 24. Empfehlung der gehobten Arbeiterschaft im frdl.  
Voral. Gute Speisen. Rüche Preise. Achtungsvoll R. Zorn.

**Bären-Schänke** Empf. meine Lokali. m. Gesellschaftszimmer.  
ff. Biers u. Speisen (tägl. Spezialgericht). Nikolaistr. 15. Tel. 2765. Ergebnis Joseph Lippert.

**Kulmbacher Bierstüb'l** Spezial-Ausschank ff. Rizibiere,  
hell und dunkel. — Reichhaltig Mittagstisch. Abends Spezial-  
gerichte, der Saison entsprech. Gut bürgerl. Familienverkehr.  
Querstr. 1, Ecke Grimm. Steinweg. [24841] Neue Bewirtschaftung von Karl Hebestreit.

**Zum Landwehrmann**, Brandvorwerkstr. 5  
Empfehlung meine freundl. Lokalitäten nur gell. Benutzung. ff. Biers.  
Jeden Sonnabend Schweinsknochen. Achtungsvoll Paul Jahr.

**Gosenschlösschen, Plagwitz.** Alte Strasse 6. E. Hammer. Tel. 2192. Elisabeth-Allee.  
Große u. kleine Säle, geschlossene heizbare Kolonnaden  
zur Abbaltung von Festlichkeiten jeder Art. Döllnitzer Ritterguts-Gose vorzüglich.

**Thüringer Hof** Gohlis, Elisabethstr. 16  
Zahlstelle d. Zimmererl.-Hof  
Empfehlung der gehobten Arbeiterschaft meine freundl. Lokalitäten. Spiesen u. Getränke hochfein. Vereins-  
zimmer nach einigen Tagen frei. Hochachtungsvoll Friedr. Jentsch.

**Sängerhallen** L.-Entritsch, Lindenstr. 29.  
Bringe meine freundl. Lokalitäten, schönen  
Saal aufzestühlen jed. Art, asphaltierte  
Regelbahn in empfehlende Grinnerung.  
Vorzügliche Thüringer Rüche zu kleinen  
Preisen. ff. gutgepflegte Biers, ff. Gose ic. [13706\*]  
Aufmerksame Bedienung. Hochachtend Oskar Schöpfel.

**Restaurant Hallischer Hof**, L.-Gohlis, Strasse 129.  
Bringe meine freundl. Lokalitäten in empfehlende Er-  
innerung. ff. Biers, kräftigen Mittagstisch. Jeden Sonnabend  
Schweinsknochen. [22980] Achtungsvoll Otto Sack.

**Zur Erholung** Connewitz Bornaische Str. 18.  
Empfehlung meine neu renovierten Lokalitäten. Schön  
Familienaufenthalt. Rüche u. Reiss wie bekannt.  
Ködderitzach, früher: Stadt Hannover.

**Volkshaus, Stötteritz** Krauz-  
strasse 1  
Bringe meine gut ventilierten Lokalitäten in empfehlende  
Grinnerung. — Sonntag, den 15. November, und folgende Tage  
**Grosses Prämienkegeln.** Biers von Gebr. Ulrich. [24108]  
Hierzu lädt freundlich ein Artur Heyne.

# 5. Beilage zu Nr. 265 der Leipziger Volkszeitung, Sonnabend, 14. November 1908.

## Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers.

Berlin, 14. November. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf betr. die Verantwortlichkeit des Kanzlers aufgearbeitet und dem Reichstag vorgelegt:

Die wesentlichsten Bestimmungen lauten: Hinter Artikel 17 der Reichsverfassung ist einzufügen:

### Artikel 17 a.

Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstag verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.

### Artikel 17 b.

Wenn der Reichstag den Reichskanzler für schuldig hält, durch eine von ihm zu verantwortende Handlung oder Unterlassung vorsätzlich oder grob fahrlässig seine Amtspflichten verletzt, namentlich verfassungswidrig gehandelt oder sonst das Wohl des Reiches geschädigt zu haben, so kann der Reichstag gegen den Reichskanzler Anklage erheben.

Mit dieser Anklage kann der Reichstag die Anklage wegen solcher Handlungen des Reichskanzlers verbinden, welche unter das allgemeine Strafgesetz fallen, soweit sie mit den öffentlichen Obliegenheiten des Reichskanzlers zusammenhängen.

### Artikel 17 c.

Die Verhandlung und Entscheidung über die vom Reichstag gegen den Reichskanzler erhobene Anklage steht dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zu.

Der Reichstag ernennt bei Beginn jeder Legislaturperiode die 24 Mitglieder des Staatsgerichtshofes. Die Berufung in den Staatsgerichtshof darf nicht abgelehnt werden.

### Artikel 17 d.

Der angestellte Reichskanzler hat das Recht, bis zu 12 Mitglieder des Staatsgerichtshofes ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Hat er von diesem Recht nicht in vollem Umfang Gebrauch, so ist durch Auslotung die Zahl der Mitglieder auf zwölf zu bringen. Diese bilden den Gerichtshof und wählen den Vorsitzenden aus ihrer Mitte.

### Artikel 17 e.

Von der Beschlussfassung des Reichstages über die Erhebung von Anklage bis zur Beendigung des Verfahrens ist der angestellte Reichskanzler vom Amt suspendiert.

### Artikel 17 f.

Im Falle der Verurteilung ist stets der Reichskanzler seines Amtes verlustig zu erklären. Außerdem kann nach Befriedigung der Umstände auf zeitliche oder dauernde Unfähigkeit zur Erfüllung eines öffentlichen Amtes erkannt werden.

Gibt dem angestellten Reichskanzler auch eine im allgemeinen Strafgesetz vorgesehene Handlung zur Last, so hat der Staatsgerichtshof außerdem die Bestimmungen dieses Gesetzes gegen ihn anzuwenden.

### Artikel 17 g.

Das Recht der Begnadigung oder Strafmilderung zugunsten des Verurteilten darf nur auf Antrag des Reichstages ausgeübt werden.

### Artikel 17 h.

Das Recht der Begnadigung oder Strafmilderung zugunsten des Verurteilten darf nur auf Antrag des Reichstages ausgeübt werden.

### Artikel 17 i.

Der Reichskanzler kann vor den ordentlichen Gerichten auf Erhalt des Schadens belangt werden, den er:

1. durch Anteilnahme einer vom Reichstage nicht genehmigten Aufgabe oder durch eine mit den Beschlüssen des Reichstages nicht übereinstimmende Vertreibung einer genehmigten Aufgabe dem Staat oder Privaten zugefügt hat.

2. durch eine vom Staatsgerichtshof für strafbar erkannte Handlung dem Staat oder Privaten zugefügt hat.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Pflichtwidrigkeit der Handlung ist für die ordentlichen Gerichte bindend.

Wenn es den bürgerlichen Parteien ernst ist mit der Beleidigung des persönlichen Regiments, dann müssen sie dafür eintreten, daß dieses Gesetz so rasch als möglich im Reichstag beraten wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat weiter einen Antrag eingereicht, der eine Änderung der Geschäftsförderung bezieht. Der Antrag besagt:

Interpellationen an den Bundesrat müssen bestimmt formuliert und von 80 Mitgliedern unterzeichnet dem Präsidenten überreicht werden, welcher dieselben abschriftlich dem Reichskanzler mitteilt. Die Interpellation ist auf die Tagesordnung einer der nächsten 3 Sitzungen zu setzen. Der Interpellant erhält zunächst das Wort zu näherer Begründung.

In die Beantwortung der Interpellation oder deren Ablehnung darf sich eine sofortige Befreiung des Gegenstands derselben anschließen, wenn mindestens 80 Mitglieder darauf antragen. Anträge, die bei Befreiung einer Interpellation gestellt werden, bedürfen der Unterstützung von 80 Mitgliedern.

Nimmt ein Vertreter des Bundesrats nach dem Schluss der Diskussion das Wort, so gilt diese als neu für eröffnet. Nimmt er außerhalb der Tagesordnung das Wort, so ist die Diskussion über seine Ausführungen zu eröffnen.

Ein weiterer Antrag besagt:

In Artikel 11, Absatz 2 der Verfassung sind hinter den Worten „des Bundesrats“ einzuführen: die Worte „und des Reichstages“. (Absatz 2 des Artikels 11 der Reichsverfassung lautet gegenwärtig: Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.)

Ein Antrag des Zentrums enthält die Forderung:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers (Reichsverfassung Artikel 17) und der Stellvertreter des Reichskanzlers (Reichsgesetz vom 17. März 1878, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers), sowie das für Gestaltung dieser Verantwortlichkeit einzuhaltende Verfahren regelt.

## Die Presse über den Reichstag.

Im allgemeinen herrscht selbst im bürgerlichen Lager tiefe Enttäuschung über die schlafe Haltung des Reichstags. Vielfach kommt zum Ausdruck, daß Herr Bülow nun doch allzuviel Blamagen erlitten habe, mehr, als selbst für einen deutschen „Staatsmann“ erträglich sei. Das Berliner Tageblatt verlangt eine Änderung der Geschäftsförderung dahin, daß auch bei Interpellationen Anträge gestellt werden können:

Wir wollen nicht behaupten, daß eine Abstimmung, die sich an die Kaiserdebatoren gelnüpft hätte, notwendig zu einem Mitherausvotum gegen den Fürsten Bülow führen müßte. So möglich, ja bemerkenswert auch das Verhalten des verantwortlichen Reichskanzlers in diesen beiden Tagen war, so

hätte er doch schwerlich auf alle Provokationen so beharrlich geschwieg, wenn er sich sagen müßte, daß zum Schluß der Interpellationsdebatte eine Abstimmung stattfinden würde. Auch den Blockparteien wäre vielleicht das Gewissen geschärft worden, wenn an sie die bestimmt formulierte Frage herangetreten wäre, ob sie sich mit den Erklärungen des Fürsten Bülow begnügen wollten oder nicht. In jedem Falle wäre eine Klärung erfolgt, die jetzt auch nach den zweitägigen Reden schmerzlich vermieden wird. Alle Parteien, die es mit den Vollstrechten ehlich meinen, haben die Pflicht, wenigstens durch die Umgestaltung der Geschäftsordnung des Reichstages die Kontrolle über die Tätigkeit des leitenden Staatsmannes zu verschärfen.“

Die Hamburger Nachrichten, das alte Bildungsblatt:

„Wenn der heutige zweite Tag der Verhandlungen über die Kaiserinterpellation den Eindruck der gestrigen nicht erheblich modifiziert, so muß es dabei bleiben, daß der Reichstag die vom deutschen Volke auf ihn gesetzten Hoffnungen schwer gelöscht und sich nur zu willig dazu hergegeben hat, die Hand zur Verfassung der Wahrheit zu bieten.“

Das Blatt gibt dem Berliner Kurierpöbel den Rat, Wilhelm bei seiner Rückkehr nach Berlin mit „kühler Zurückhaltung“ zu empfangen.

Das Hamburger Fremdenblatt schreibt:

„Dass die Mehrheitsparteien es nicht verstanden haben, die Debatte auf eine des Gegenstandes würdige Höhe zu heben, das auszusprechen, ist ein Gebot der Gerechtigkeit, ein Gebot der Wahrheit. Es schien, als ob die Erklärung des Fürsten Bülow er die Debatte in das rechte Fahrwasser lenken sollte. Mit ihr erreichte die Enttäuschung im Hause ihren Höhepunkt. Mehr hätte also der Kanzler des Deutschen Reiches dem deutschen Volke in dieser ersten Stunde nicht zu sagen, als diese paar Inhaltssätze, armfingen, Nebensätze, die neuen Verschleierungsvorläufe, diese Neuauflage der fastsam bekannten Erklärungen der Norddeutschen! Schon, daß ein verantwortlicher Staatsmann eine so unendlich wichtige, hochpolitische, die gesamte Nation bis ins innerste Mark aufregende Angelegenheit mit einem Behn in unbesprechbarer Weise abturn zu können, muß als ein Schlag ins Gesicht empfunden werden. Als ein Dewitz, daß Fürst Bülow sich tatsächlich nicht den Ernstes der Stunde bewußt gewesen ist. In keinem andern Parlament der Welt hätte der leitende Staatsmann das der Volksvertretung zu bieten gewagt.“

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung:

„Das Bedeutamste an der Reichstagrede des Fürsten Bülow aber war, daß sie nicht die Bürgschaften brachte, die das deutsche Volk verlangen muß, und um die sämtliche Parteien bringend gebeten haben. Die bloße Überzeugung des Reichskanzlers, daß in Zukunft derartiges nicht mehr vorkommen werde, kann das deutsche Volk nicht beruhigen. Wenn die ganze Kundgebung der letzten Tage nicht schnell an Eindruck und Bedeutung verlieren soll, so ist es unbedingt notwendig, daß den Worten entsprechende Taten folgen.“

Die Klerikale Germania:

„Doch über und gegen den Kaiser so geredet wurde und gesprochen werden mußte, berührt schmerzlich; nicht minder schmerzlich aber, daß man nicht mit Bestimmtheit hoffen darf, eine Wiederholung solcher Debatten, daß heißt der Vergangenheit, die du den Debatten Anlaß geben, sei für die Zukunft ausgeschlossen. Der Kanzler sollte keine Gewähr gegeben, daß eine Wendung zum Besseren in Aussicht stehe. Verschiedenlich haben die Medien auch zum Ausdruck gebracht, daß gerade das Verhalten des Kaisers in den letzten Tagen sie peinlich berührt und ihre Vertrauen tief herabstimme. Was auf dem Spiele steht, das ist an erster Stelle, darüber sollte man sich nicht täuschen, die monarchische Gewissheit weiter Kreise des Volkes. Das Kurtrageschehen, das der Kaiser überall hört, wo er sich sehen läßt, ist kein zufälliges Echo der Gewissheit des Volkes.“

Die österreichische Zeitung, die noch vor einer Woche das Verhalten der Regierung völlig billigte und sonst ihre einzige Aufgabe darin erblickt, alles entzückend zu finden, was Herr Bülow tut, schreibt:

„Der Reichstag ist nicht auf der Höhe gewesen und hat nicht diejenige Form gefunden, die das Volk von ihm erwartete. Aber auch die Regierung hat gestern nicht dazu beigetragen, solche Unstimmigkeiten zu zerstreuen, die aus der Lage am ersten Tage übrig geblieben waren. Man hatte den recht verständigen Wunsch gehabt zu erfahren, worauf die Überzeugung des Reichskanzlers, daß die begangenen Fehler sich nicht wiederholen würden, sich stütze, ob er mit dem Kaiser gesprochen und von ihm zur Abgaße der Erklärung ermächtigt worden sei. Darauf ist der Kanzler die Antwort schulig geblieben. Man kann es nur bedauern, daß über diesen Punkt keine völlige Klarheit gegeben wurde. Eine Verhöhung nach dieser Seite hin wäre das mindeste gewesen, was auch diejenigen hätten erwarten können, die nicht in tief eingreifenden organisatorischen Änderungen, sondern im Nachweis einer nachhaltenden praktischen Änderung der bisher befolgten Gewohnheiten einen annehmbaren Ausgang der Befreiung gesehen haben würden. Vielleicht war der Kanzler nicht in der Lage, eine solche Erklärung abzugeben, weil er sich vorher, das heißt zwischen gestern und vorgestern, mit dem Kaiser hätte verprechen müssen. Weil dies durch die Abweisung des Kaisers unmöglich gemacht war, müssen wir offen aussprechen, verstehst man nicht, daß der Kaiser, was jetzt in Berlin geschieht, anscheinend als so unwichtig einschätzt, daß er seine Reisen, Jagden und höflichen Feste nicht unterbricht, um nach Berlin zu kommen. Schon lange ist im Volk das, wenn wir nicht irren, von Eugen Richter geprägte Wort vom „Regieren im Umherziehen“ bitter empfunden worden. Es war nicht nötig, daß gerade die jetzigen Verhandlungen wieder einmal den augenscheinlichen Beweis liefern müssten, wie sehr der notwendige Zusammenhang in der Regierung durch die ununterbrochenen Reisen des Kaisers geschädigt wird.“

Der pietistisch-konservative Reichsbote, das Blatt der Kaiserin, schreibt:

„Hätte der Reichskanzler mehr und bestimmteres sagen können, als er gesagt hat, so hätte er das jedenfalls getan; da er es aber nicht konnte, so war es klüger, daß er gestern schwieg. So geschah denn, was er nicht ändern konnte, daß der Kaiser die schwerwiegende Erfahrung machen mußte, daß er mit seiner persönlichen Führung der Politik ganz isoliert dastand, und daß der ganze Reichstag und die ganze Nation ihn aufs ernstlichste bittet, diese Art zu lassen und zu einer ruhigen Regierung in Gemeinschaft mit dem Reichskanzler und seinen Ministern nach dem Vorbilde seines von ihm selbst so hochgeschätzten Großvaters zurückzufallen. Eine solche Isolation in seinem Volke ist für jeden Fürsten eine unhalbare Lage. Der Kaiser hat es in seiner Hand, sie zu ändern, wenn er den Wunsch der Nation, die ihn wegen seiner sonstigen persönlichen Eigenschaften liebt und verehrt, erfüllt und dadurch ein Verhältnis herstellt, das ihm in seiner Politik zugute kommen wird, denn daß die jetzige Art unhalbar ist, zum Niedergang des Ansehens Deutschlands

führt und überall Mützen und Geringshaltung hervorruft, bezeugen die uns umgebenden Tatsachen und die Kundgebungen aller Parteien des Reichstages. Es wäre sehr erfreulich und würde in allen konservativen nationalen Kreisen eine wahre Erlösung von dem schmerzlichen Drude sein, unter dem sie alle leiden, wenn der Kaiser durch eine Kundgebung der Nation in warmen Worten seinen entgegenkommenden Willen kundtun würde.“

Das Berliner Tageblatt:

Der Reichstag hat kaum etwas gescheert, und der Reichskanzler hat erst recht nichts versprochen. Die Holterungen, die etwa noch aus den jüngsten Erklärungen gezogen werden, sind unbestimmt und liegen in nebelhafter Ferne. Von einer Klärung der politischen Situation oder gar von einer Durchsetzung des parlamentarischen Regimes kann im Ernst nicht die Rede sein. Wenn man diese Debatten wirklich als einen Schritt zum Parlamentarismus auffassen will, so bedeuten sie doch nur eine kleine Etappe auf einem langen Wege mit vielen Stationen.“

Das Leipziger Tageblatt:

Und das Parlament hat nicht vermocht, eine Antwort zu erzwingen. Damit hat der Reichstag als Institution, als Vertretung des Volkswillens sich ein schlimmes Urteil gesprochen. Er hat sich der Lage nicht gewachsen gezeigt und sich vorläufig unfähig erwiesen, das deutsche Kaiserproblem zum Heile der Nation zu lösen. Plutus sind die Wibe, die den Vorgang im Volke kommentieren, am blutigsten wohl der, daß der Reichstag unter sich beschlossen habe, bei dem nächsten Male ganz energisch zu werden. Die einzelnen Abgeordneten können nichts darüber, die einzigen Fraktionen meist auch nicht. Aber mit diesen Erklärungen ist Deutschland nicht gebient, es bleibt bestehen, daß das Parlament versagt hat.“

Es gibt jetzt nur noch ein Mittel um Abhilfe: das ist die Politisierung des so unpolitischen deutschen Volkes, das seine heiligsten Rechte sich erst noch erklämpfen muß.“

Die Kölnische Volkszeitung überschreibt ihren Leitartikel: Und das soll das Ende sein? – Es heißt da:

Der Kaiser jagt Hirsche und Füchse und lädt sich vom Chatzki erläutern, der Reichskanzler, der gestern im Reichstage seinen Ton mehr zu sagen hatte, hat sein vergnügliches Lachen wiedergefunden, und der Reichstag amüsiert sich nicht minder; die Senatoren dürfen wieder das öftere das beliebte Wort „Heilekell“ in ihren Berichten eintragen. Das alles in einem Augenblick, wo es dem deutschen Volke bitter ernst zunimmt ist, wo die allgemeine Empörung über die beschämenden Dinge, die wir erleben müssen, noch keineswegs sich gezeigt hat. Im Gegenteil! Die Entrüstung hat sich gesteigert, und sie zieht sich nicht mehr allein gegen die Schranken und „Staatsmänner“, die dem Kaiser nicht die Wahrheit sagen und nicht Amt und Person einsiegen, um Banden zu schaffen, sondern auch gegen den Reichstag, der seiner großen Aufgabe in diesen ersten Tagen keineswegs gerecht geworden ist.“

Die Berliner Volkszeitung erblieb als Ergebnis der Debatte:

Die einstimmige Verurteilung der persönlichen kaiserlichen Politik, die einstimmige Erklärung des Reichstages, daß es so nicht weiter gehen kann. Dem in Donaueschingen weilenden Kaiser wird der offizielle Gefürt und ausgeführte, wohltemperierte Hofbericht vorgelegt werden. Ob der Monarch daraus erfahren wird, daß man seine Jagdweise gerade in diesen Tagen bitter empfunden hat, das erlauben wir uns zu bezweifeln.“

Der Vorwärts überschreibt seinen Artikel: „Rückgratlos vor dem Kaiserthron“, und führt aus:

Nicht einen Augenblick hat die Volksvertretung in ihrer Mehrheit begriffen, was auf dem Spiel steht. . . . Die Sozialdemokratie hat es nicht daran fehlen lassen, den Vertretern des Bürgertums die Wege zu weisen und sie vorwärts zu treiben; vergebend! Für die Sozialdemokratie hört damit, daß das Bürgertum abermals versagt hat, der Kampf gegen den Absolutismus nicht auf. . . . Werden doch der Partei in diesen Kämpfen selbst so die Kräfte wachsen, daß sie ihn siegreich zu Ende führen kann gegen Hofgesinde, Junfer und Bürokraten und auch gegen das Bürgertum, wenn es wieder in alter Anschlagseligkeit sich zum Handlanger des persönlichen Regiments herabwürdigen soll.“

Wossische Zeitung:

Was nun? Fürst Bülow ist auf so viele Fragen die Antwort schuldig geblieben, daß man willig verzerrt hat, was er gestern verlauten hat, in amtlichen Erklärungen durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung oder den Reichsangeiger ebenfalls nachzuhören. Aber was er auch sagt, es sind Worte. Und das Volk will Taten sehen. Es will nicht morgen oder in einer Woche die Empörung haben, daß alles beim alten bleibt. . . .

Was not tut, ist zunächst eine vollkommene Umgestaltung der Kreise, die den Kaiser umgeben. Sie haben gezeigt, daß sie für die Empfindungen der Nation abgestumpft sind, daß sie keine Fühlung mit der Volksseele, kein Verständnis für die Bedürfnisse der Politik haben. Es ist erschreckend, zu sehen, daß sie in einem Zeitpunkte, wo tiefe Erregung durch die Massen geht, mit der Gewissenshaftigkeit eines Vasen wie ein großes Ereignis melden, wie viel Hirn des Kaisers geschrackt und wie ihm eine Sklavereiwohlstellung gefallen hat. Das durfte nicht vorkommen, und das zu hindern, wäre die Aufgabe des Staatsministeriums.

Der Herrscher einer Großmacht führt auch in dem, was er als Privatmann ist, einen weitreichenden Einfluß auf die Politik aus. Es ist daher unumgänglich, daß alle seine Handlungen, soweit sie zur öffentlichen Kenntnis gelangen oder politisch verwertet werden können, im Einvernehmen mit den staatsrechtlich verantwortlichen Leitern der Geschäfte erfolgen. Daraus folgt, daß alle solche Handlungen mit der Regierung vereinbart und Kundgebungen nicht anders als mit Zustimmung der Regierung erlassen und verbreitet werden. Hätte dem Reichskanzler der Text der Rebe an den ebenso tüchtigen wie bescheidenen Grafen Beppeln vorgelegen, er hätte ihn zweifelsohne geändert. Es ist aber die unabsehbare Aufgabe des Reichskanzlers, Erklärungen zu schaffen, daß ihm solche Neuerungen rechtzeitig unterbreitet und daß sie nicht in einer Form verbreitet werden, die aus guter Absicht hervorgegangen ist, aber eine unerwünschte Wirkung üben kann.“

**Husten** errichtet Ihre Gesundheit. Peßtigen Sie ihn durch die ärztlich erprobten Brust-Caramellen mit den 3 Tannen. Der Husten ist überallbekannt. 5500 vol. bel. Beugelisse beweisen die vorzülliche Wirkung bei Husten, Heiserkeit, Keuchhusten, Verschleimung, Brust- und Nasenkatarrh. Paket Brust-Getrakt, Flasche 25 Pf., Dose 50 Pf. Nebenall erhellend. (Bestes feinschmeckendes Malz-Getrakt.)



# feuilleton-Beilage

Leipziger Volkszeitung 1908. Nr. 265

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

## Agricola.

Bauerngeschichten von Ludwig Thoma.

114

Nachdruck verboten.

Die Bauern kannten und ehrten ihn; wenn er mit seiner tiefen, durch häufiges Schnupfen undeutlich gewordenen Stimme dazwischen fuhr, gab es keinen, der sich auflehnte oder gegen einen ehrenden Beinamen Beschwerde erhob. Sie wußten alle, daß Schnecke aus dem Vollen schöpfte und daß es ihm ein leichtes war, jeden Widerspruch durch seinen unglaublichen Reichtum an Schlagwörtern unmöglich zu machen. Diese Nachgiebigkeit rührte aber unsern Schnecke durchaus nicht. Er geriet beim Anblick einer Lederhose oder eines seidenen Kopftüchels stets in gereizte Stimmung und gab ihr Lust, wo er konnte.

Darum bereitete es ihm ein grimmiges Vergnügen, wenn an den Sitzungstagen die Kanadier zuerst die Saaltür öffnen wollten, dann, wenn sie nicht aufging, das Schloß probierten, anklöpfsten, wieder das Schloß probierten, um endlich kopftüttelnd weiter zu gehen. Oder wenn ein ungestümmer Sohn des Landes mit Kopf und Knie zugleich an die Tür anrannte, weil sie wider Erwarten geschlossen war. Dann fand Schnecke Anlaß zu bitterem Hohn: „Och! Muhl! Is der Stall zu? Kenn ma sei an Türrück net um! Mit dem Kopf! Braucht's Fräulein a Kanape zum Warten?“ usw.

Auch an dem bewußten Dienstag gab sich Gelegenheit zu verschiedenen Redeverwendungen, bis der Herr Oberamtsrichter Schnecke rufen ließ und in sehr übler Laune fragte: „Was ist denn das heut mit den Schöffen? Heut ist schon neun Uhr und noch ist keiner da. Wahrscheinlich stehen's draußen bei den andern rum. Schließen's die Saaltür auf und lassen's die Schöffen mit den anderen gleich eintreten. Die Schöffen rufen's mir aber gleich vor; net, daß ich auf die Herren warten muß. Ueberhaupt, Schnecke, wenn Sie auch zu was gut wären, dann könnten's Ihnen die Namen von den Schöffen ausschreiben und jedesmal Umfrag halten, ob sie da sind. Für heut ist das schon zu spät. Die Sitzung muß angehen. Also etwas rasch, wenn ich bitten darf.“

Als Schnecke abtrat, spie er Gifft und Galle. Das ging ihm gerade noch ab! Er, der alte gebiente Soldat und Beamte, mußte sich Vorwürfe machen lassen, weil so ein paar... so ein paar bodleerde Hinterwäldler zu faul waren, um sich beim Oberamtsrichter anzumelden. Himmel—stern Raudon! Fuchsteufelswild rasselt er mit seinen Schlüsseln durch den Gang und sperrte die Saaltür auf. Dann schrie er in den Menschenhaufen hinein: „So, d'Sitzung is oganga. B'erscht sollen amal d'Schöffen reisemma. Moant's vielleicht, mir warten no lang auf de Hammeln?“

Feichtl stieß den Vitalis Glas an und sagte: „Gast g'hört, mir kennma z'erscht dro. Geh zu!“

Und sie schoben sich langsam an der Spitze des nachdrängenden Haufens in den Saal. Am Eingang empfing sie noch einmal Schnecke: „Seid's Des d'Schöffa?“

„Ja,“ sagte Feichtl.

„Nachher nur a bißl g'schwinder! Des geht's ja da, her, als wenn S' Kraut treten tut's. Der Herr Oberamtsrichter wart scho a g'schlag'ne Viertelstund auf Enk“.

„Auf ins?“ fragte Feichtl.

„Natürlil Eigens auf Enk.“

„Dös werd guat wern,“ wisperte Glas seinem Kollegen zu.

„Also g'schwind nauf!“ kommandierte Schnecke wieder.

„Wo nauf?“ fragte Glas.

„Da nauf! Auf de zwoo Sessel da nauf! Für Enk hätt ma wahrscheinli Osenbänk reistellen sollen!“ knurrte Schnecke.

Kopftüttelnd und bedenklich stiegen die Zwei auf die Tribüne und setzten sich auf die Stühle hinter dem Gerichtstische. Da sahen sie nun und schauten verwundert in die Zuschaueremmen hinab, die ebenso verblassen hinauschaute. Der Rupfenberger besonder, der in der vordersten Reihe stand, riß Mund und Augen so weit auf, daß Schnecke sich eben teilnehmend an ihn wenden wollte, als der Herr Vorsitzende, der Amtsantwalt und der Gerichtsschreiber eintraten und ihn so am Fragen verhinderten. Der Vorsitzende wandte sich kurz an unsere zwei Freunde und fragte: „Sie sind heute zum ersten Male da?“

„Ja,“ sagte Feichtl, „dös hoaht na! Damal bin i wegen Körperverletzung...“

„Ich was! Körperverletzung? Ob Sie schon einmal Schöffe waren?“

„Gwiz net!“ sagte Feichtl. Und Glas schüttelte nur den Kopf und sah mit seinen wasserblauen Augen dorein, als wenn er aus den Wolken gefallen wäre.

„Dann muß ich Sie vereidigen,“ fuhr der Herr Oberamtsrichter rasch fort, erheben Sie sich von Ihren Stühlen.“ Die Vereidigung erfolgte, und wenn auch Feichtl den Drang verspürte, den Vorsitzenden zu unterbrechen, so kam er doch nicht dazu, weil es zu schnell ging, und weil er überhaupt nicht mehr aus noch ein wußte. Die zwei Güller sahen sich auf Geheiß wieder und warteten in Gottes Namen ab, was noch geschehen werde.

„Wir nehmen als erste Sache die Anklage gegen die zwei Schäfer wegen groben Unfugs und anderem,“ erklärte jetzt der Vorsitzende. „Schnecke, rufen Sie die Angeklagten und die Zeugen vor.“

„De zwoo Schäfer vorreten!“ kommandierte Schnecke. Im Zuschauerraum machte sich eine starke Bewegung bemerklich, aber niemand trat vor oder meldete sich. „Das ist doch stark,“ rief der Vorsitzende, „um Viertel über neun Uhr sind die Angeklagten noch nicht da. Wahrscheinlich laufen die Kerls in den Wirtshäusern herum.“

Er wollte noch weiter reden, als ihn der Gerichtsschreiber aufmerksam machte, daß hinter ihm die beiden

Schöffen sich erhoben und ihm offenbar etwas zu sagen hätten.

„Was wollen Sie denn?“ herrschte der Vorsitzende die zwei an, „wissen Sie etwas von den Angeklagten?“

„Erlaubens, verzeihens, Herr Amtsrichter, der Angeklagte war i,“ stotterte Feichtl.

„Was? Wie heißen Sie denn?“

„Johann Feichtl, Schäfer von Krogeling.“

„Aal! Was? Und wer sind denn Sie?“

„I war der Glas...“

„Da hört sich doch alles auf! Wie können Sie sich unterfangen, unter falschem Vorzeichen hier als Schöffen aufzutreten.“

„Erlaubens, Herr Amtsrichter, mir hammt ja net reden dersa. Der Herr Gerichtsdean hat g'sagt, de Schöffen solln s' erst reitemma, und wie ma herring'wen jan, hat er nimmer auslassen, bis ma uns do raus g'setzt hammt.“

Die Heiterkeit, die sich inzwischen aller Anwesenden mit Ausnahme Schneckels und unserer Freunde bemächtigt hatte, stießte nun auch den Herrn Vorsitzenden an, so daß er Mühe hatte, nicht zu lachen. Er ließ die zwei Angeklagten rasch von ihrem erhöhten Platze abtreten und erfuhr nun von den zwei wirklichen Schöffen, die sich inzwischen meldeten, daß sie sich auch nicht ausgekennt hätten, weil Schnecke die zwei Schäfer gleich mitgenommen und auf die Plätze hinausbefohlen hätte.

„Natürlich!“ sagte jetzt der Vorsitzende. „Mein lieber Schnecke, ich habe Ihnen schon oft gesagt, daß Sie nicht so viel Schmalzler schnupfen sollen. Ihre Ausdrucksweise ist auch so miserabel genug. Außerdem sollen Sie die Leute nicht so anschreien. Dann wäre Ihnen diese einfältige Verachtung nicht passiert.“

In Schneckels Seele ging ein schmerzlicher Kampf vor: der langgewönte Respekt vor den Vorgesetzten rang mit der Furcht, für immer die Autorität bei den „Erzengeln“ zu verlieren, wenn er jetzt schwieg. Er wußte, daß die Hörerschar mit innigem Vergnügen die Standrede des Vorsitzenden vernahm, und daß heute noch in allen Wirtschaften des Bezirkes dieses Ereignis besprochen würde. Aber er schwieg doch und tröstete sich mit dem Gedanken, daß er den „Geschlechten“ schon wieder die nötige Ehrfurcht einblasen werde, falls sich einer von den Himmelsgott... vergessen würde; das wollte er schon fertig bringen, er, der alte Heldveteran vom 12. Regiment. —

Zudem, die Nebeltäter, die Hauptspiibusen, die ihm die Suppe eingebrockt hatten, sollten ja vielleicht auf einige Tage in seine väterliche Obhut kommen, da wollte er ihnen schon die Ohrenschädel aufknöpfen, daß sie ihn trotz des Schmalzlerschnupfens verstehen sollten.

Aber der Himmel meinte es besser mit Feichtl und Glas. Jeder erhielt nur einen Tag Haft, und der Herr Oberamtsrichter sagte, er würde sich verwinden, daß sie den Tag erst im Winter abzusagen brauchten. Derweil war zu hoffen, daß die Wit Schnecke sich legte. Als Feichtl und Glas das Amtsgericht verließen, sagte der letztere: „Du, Feichtl, scha war's do g'ven, wenn der Amtsrichter z'erscht an Rupfenberger dro g'nunma hätt. Den hüll i scho einitaucht, den Großkopfeten.“

## Robert Owen.

Seine Reformarbeit begann er mit einer Abschaffung aller bisher üblichen Strafen. Güte war der Weg, auf dem er auf sie Einfluß zu gewinnen suchte. Er forderte sie zu Fleiß und Ehrlichkeit auf und suchte gegen den Trunk anguläpfen. Alle Vier- und Branniveinrichtungen in New-Lanark wurden beseitigt. Willigen befogte er besseren Lohn, günstigere Arbeit. Die Arbeitszeit setzte er auf elf, dann auf 10½ Stunden herab. Sie wähnte von morgens 6 bis abends 7, dazwischen schoben sich zwei Pausen von 9–10 und 2–3. Er sorgte für bessere Wohnungen, indem er auf die bisher einstöckigen Häuser noch einen zweiten Stock aufsetzen ließ, so daß für jeden mehr Raum zur Verfügung stand.

Von einer rationellen Wohnungshygiene war bisher keine Rede gewesen. Owen erkannte ihren Wert und hielt über die Bedeutung der Ordnung und Sauberkeit Vorträge. Er entdeckte reichen Beifall und platonische Liebe, durchgeführt wurden seine Vorschläge zunächst nicht. Er setzte eine Kommission zur Wohnungskontrolle ein. Sie wurde bei Ausübung ihrer Tätigkeit von Hoh empfangen, vom Hoh hinausbegleitet. Titulaturen wie „Inquisitor“, „Wangenjäger“ folgten ihr nach. Aber endlich kam auch hier die Vernunft zum Durchbruch. Die Einrichtung fand Anerkennung, und ihre Verichte lauteten von da ab immer befriedigender.

Anstelle von Schenken wurden angenehme, hübsche Versammlungsräume geschaffen, die der Pflege der Geselligkeit geöffnet waren.

Mit besonderer Liebe und großem pädagogischen Verständnis machte sich Owen an eine vollkommen Umgestaltung des Kiderreichung. Das Prinzip, von dem er hierbei sich leiten ließ, hat er im Jahre 1812 gelegentlich einer Rede zu Ehren des großen englischen Schulreformators Lancaster in Glasgow wohl am schönsten und präzisesten figuriert. „Der Mensch,“ sagte er da, „wird ein roher, grausamer Wilder, ein Kannibale oder ein zivilisiertes, wohlwollendes Wesen, je nach den Umständen, in die er von seiner Geburt an kommt. Hieraus folgt, daß es der Standardpunkt für uns ist, zu erwägen, ob wir diese Umstände beeinflussen, ob wir sie beherrschen können, und wenn, in welcher Ausdehnung wir dies können.“ In dieser Fragestellung lag schon die Antwort selbst, sie konnte für Owen nur in einem kräftigen Ja bestehen.

Ausgegangen von dieser Quintessenz seiner Lehre richtete er eine Schule auf ganz neuer Grundlage ein. Er stellte fähige und kluge Lehrkräfte an, die mit Liebe und Verständnis an die ihnen gesetzte Aufgabe herantraten. Als Unterrichtsgegenstände führte er vornehmlich Lesen, Schreiben, Geschichte, Geographie und Mathematik ein. Die vorhandenen Anlagen sollen ausgebildet werden, Charaktere sollen herangezogen werden. Alles mechanische Anleihen von irgendwelchen interesselosen Daten und Kenntnissen war verpönt. Natürlich, organisch soll auch der menschliche Geist von Erkenntnis zu Erkenntnis, von Erfahrung zu Erfahrung emporwachsen. Darin gipfelt seine Lehrmethode.

Und in der Tat, auch in Lanark bewährte sich dies System aufs Beste. Seine Schule ward zu einer Musterschule, die Aufsehen, leider aber keine Nachahmung erweckte.

In ähnlicher Weise war auch für die geistigen Bedürfnisse der Erwachsenen gesorgt. Bibliotheken, helle, freundliche Lesezimmer standen ihnen offen. Besondere Unterrichtskurse, angepaßt ihrer Aufnahmefähigkeit, wurden eingeführt, die, trocken sein äußerer Zwang ausgeübt wird, stark frequentiert wurden.

1809 erstand in Lanark die erste Kleinkindertageseinrichtung (Infant School). Um der wucherischen Ausbeutung der Konsumen durch die Krämer entgegenzuwirken, eröffnete er einen Laden, in dem Kauf und Verkauf nach den Grundsätzen der modernen Konsumvereine erfolgte: Einfach im Großen, Abgabe nur gegen bar und zum Selbstkostenpreis, Abschaltung des Zwischenhandels.

Zu Folge aller dieser Maßnahmen stellte sich geradezu eine Wiedergeburt der Lanarker Arbeiterschaft ein. Darum ist es erklärlich, wenn die Augen großer Volkswirte aus Nah und Fern auf den fühnen Reformator und seine geniale Schöpfung gelenkt wurden. 28 Jahre lag die Verwaltung New-Lanarks in Owens Händen. Fürsten, Könige, geistliche und weltliche Große „interessierten sich für ihn“ und ließen die Sonne ihrer Gnade auf sein Haupt strahlen. Federlich Wilhelm III. von Preußen z. B. und Kaiser Alexander von Russland gaben ein reichliches Maß ihrer Huld und Anerkennung über ihn aus — aber nur platonisch. ... Man erwärmt sich für ihn, weil es modern war, aber man tat nichts für seine großen Ideen.

Die Periode, die nunmehr in Owens Dasein folgt, ist die des öffentlichen Lebens. Owen tritt aus seinem Privatleben heraus in die Öffentlichkeit. Es ist gewissermaßen eine Veränderung des Standards seiner Wirksamkeit. Denn wenn man von seinen engeren Lehrjahren absicht, so war sein ganzes Leben, auch sein Privatleben ein Wirken im Dienste der Öffentlichkeit, der Volksgesellschaft. Er überträgt lediglich seine Tätigkeit aus der privaten Sphäre in die der Öffentlichkeit, weitet nur die Agitations- und Werbearbeit für seine Ideen aus, nicht mehr die Hunderte sollen seine Stimme vernehmen, sondern die Tausende und die Millionen. Von da ab ist er unermüdblich trocken der Ungunst der Verhältnisse, trocken aller herben Schicksalsschläge bis ans Ende damit beschäftigt, seine Gedanken in die weitesten Kreise zu tragen, sie zur allgemeinen Anerkennung zu bringen, ihre Verwirklichungsmöglichkeit auf immer weiterer Basis darzutun.

Es ist natürlich untypisch, hier alle Etappen auf diesem feinen langen Wege, alle die einzelnen Phasen seiner öffentlichen Tätigkeit der Reihe nach durchzugehen. Die wesentlichen Züge seiner Lehre sind schon im Vorigen wenigstens in ihren wichtigsten Linien angegeben. Darum sei hier nur in einigen kurzen Daten sein sozialpolitisches Wirken berichtet.

Bereits im Jahre 1812 hatte er in einer fulminanten Rede in Glasgow für eine geistliche Herabsetzung der Arbeitszeit plädiert und seine Beweisführung für die Notwendigkeit dieser Maßregel auf trefflichen Argumenten aufgebaut. 1815 schrieb er nach einer lebhaften Propaganda einer Ruffia über die Wirkung des Fabriksystems, der direkt und formell an die Macht gerichtet war und großes Aufsehen erregte. Nicht genug damit, arbeitete er nunmehr einen kompletten Gesetzentwurf aus, der den Schichtenttag sanktioniert. Um ihn vor dem Parlament zur Verhandlung zu bringen, reiste er nach London und konfidierte in dieser Sache mit dem mächtigen Peel. Es gelang ihm, diesen zu gewinnen, daß er als Parlamentsmitglied Owens Bill dem Parlamente einreichte. Allerdings hindernisse, Nähe der an der Verhinderung der Verhandlung darüber interessierter Fabrikanten verschoben die Erledigung der Sache. Erst 1819 wurd Owens Entwurf zum Gesetz erhoben, aber in verstimmtster Form, mit ausgebrochenen Zähnen als Zwölftundstund. Trotzdem war dies ein Erfolg, war doch damit das Prinzip der Arbeitsteilung in den freien Wettbewerb durchbrochen worden.

1817 hielt Owen gelegentlich eines großen Meetings in London eine denkwürdige Rede, in der er vor aller Öffentlichkeit mit der Religion auftrat, nachdem er schon lange ihr innerlich völlig entfremdet war. „Und nun,“ sagte er u. a., „was auch die Folgen sein mögen, ich habe eine Pflicht gegen Sie und gegen die Welt zu erfüllen. Und wäre dies auch der letzte Akt meines Lebens, ich würde zufrieden sein und das Bewußtsein in mir tragen, für einen wichtigen Zweck gelebt zu haben. Was, meine Freunde, was hat Sie bis jetzt davon gehindert, zu wissen, was wirkliches Glück ist? Nichts andres als die groben Irrtümer, die den Grundbegriff einer jeden Religion bilden. Die Irrtümer der Religion haben den Menschen zum halblosen, inkonsistenten und elenden Wesen auf der Erde gemacht. Durch diese Irrtümer ist er zu einem schwachen, stumpfsinnigen Tier gemacht worden; zu einem rasenden Bigotten und Fanatiker; zu einem jämmerlichen Deuchler und Gleißner. Und brächte der Mensch diese traurigen Eigenschaften, die er der Religion verdankt in die neue Gesellschaft, ja ins Paradies hinein, das Paradies würde aussöhnen, Paradies zu sein.“

1818 unternahm dann Owen eine größere Reise nach dem Festland. In Aachen waren gerade die großen Fürsten versammelt. Um sie, die für seine Gedanken theoretisch so schön waren, verstanden, zu einer praktischen Anerkennung zu veranlassen, begab er sich dahin und trug ihnen seine Idee, eine internationale Konferenz zur Behandlung der sozialen Frage einzurufen, vor. Zur Durchführung kam seine Forderung indes nicht.

Um so lädenhaftlicher leitete er nun eine rege Agitation für die Genossenschaftsidee ein. Eine eigene Zeitschrift, der Oeconomist, begann zu erscheinen mit dem Zweck, zur Lösung der sozialen Frage auf dem Wege der genossenschaftlichen Vereinigung der Konsumen beizutragen. Zu gleichem Maße wirkte er für das Entstehen und die geistige Entwicklung des Gewerbevereins.

Aber all das genügte ihm nicht und konnte ihm nicht genügen. Es waren Abschlagszahlungen, Teilerfolge. Er aber will doch die Durchführbarkeit seiner Gedanken auf viel breiterer Basis erweisen. Wenn die Welt sie sieht, dann wird, dann muß sie doch glauben. Und so harzt er des Augenblicks, da er auf diese sein Hauptziel lossteuern kann.

Da fragt es sich zu, daß ein bekannter Landwirt, der nach Amerika ausgewandert war, Owen in England besucht. Von

ihm erfährt er näheres über die seltsame kommunistische Ansiedlung der Kappisten in Harmonie. Erfährt daß sie gerade zu Verlauf stunde, erfährt von dem bereits fertigen Dorf „in einem der schönsten Länder der Welt“, von dem fruchtbaren Klima, dem Ackerboden, den guten Weiden und dem Reichtum an Metallen.

Im Herbst des Jahres 1824 finden wir Owen, begleitet von seinem zweiten Sohne, in Amerika, um sich von der Wahrheit der Erzählung zu überzeugen. Er erlebte im großen ganzen keine Enttäuschung. Und — zu einem sehr günstigen Preise von 150 000 Dollar kaufte er das ganze Anwesen. Im Frühjahr des nächsten Jahres waren alle Vorbereitungen getroffen. Im März kündete er vor einer großen, erlesenen Hörerschaft die bevorstehende Grundsteinlegung der neuen Gesellschaft in Harmony an. Aus allen Himmelsrichtungen kamen Anmeldungen von Leuten, die sich beteiligen wollten. Ovens Prinzip ließ eine sachgemäße Auswahl unter den verschiedenen Elementen nicht zu. So ward in Harmony eine buntschellige Gesellschaft zusammen gewürfelt: Rauze und Sonderlinge, Bau-  
läufer, Abenteurer, allelei Gesindel, aber auch Ernstmeinende.

Aber ungebrochen und aufrecht setzte sich Owen schon wieder andre Aufgaben. Mit dem jugendfrischen Elan, dessen noch der Greis fähig war, agitierte er nunmehr für eine neue Einrichtung: die Equitable Bank of Labor Exchange (die gerechten Austauschbanken). Und richtig wurde eine solche in London errichtet. Jeder Produzent nützlicher Gebrauchsgegenstände konnte diese an den mit der Bank verbundenen Basar geben, wofür er dann einen Schein über so und soviel Arbeitstunden, welche seine Ware darstellte, eingehändigt bekam. Gegen diese Note konnte er dem Basar wieder andre Waren von entsprechendem Arbeitsstundenwert entnehmen. Was trat ein? Waren, die man nicht an Stunden anbrachte, wurden in den Basar gegeben, sie sammelten sich an, während jede begehrte Ware rasch aus dem Basar verschwand. Das Unternehmen endete mit einem Fiasco und wurde aufgelöst.

1836—38 erschien Owens Hauptwerk: *The New Moral World* (Die neue moralische Welt), 1840 seine Revolution im Geiste und in der Praxis, 1850 die Briefe an das Menschen- geschlecht, 1851 Robert Owens Journal, 1857 endlich seine Selbstbiographie.

Zum letzten Male trat Owen im Oktober 1858 vor eine breitere Öffentlichkeit. Obwohl infolge seines hohen Alters geschwächt — er zählte 87½ Jahre — machte er doch die große Reise von London nach Liverpool, wo eben die Assoziation der Gesellschaftswissenschaft tagte. Er ließ sich auch nicht davon abbringen, das Wort zu ergreifen. Schon im ersten Teile seiner Rede überkam ihn eine plötzliche Schwäche, er mußte abbrechen. Am Hotel fällt er in eine Ohnmacht; nach einer Stunde halbwegs erholt, fragt er, was er gesagt habe. Der Sinn seiner Worte wird wiedergegeben. „Gut, das wollte ich sagen.“ Drei Wochen muß er zu Bett bleiben. Eines Morgens plötzlich gibt er Auftrag zu packen. „Nach Newtonton!“ Er will noch einmal die Stätte wiedersehen, an der er geboren, will alte Bekannte aus jener Zeit besuchen — alles tot, lange, schon lange.

Sein Sohn wird aus London herberufen, am 18. November kommt er, kommt zu einem Sterbenden. Einen Geistlichen, der ihm aus der Bibel vorlesen will, weist er zurück. Auf dessen Frage, ob er nicht bedauere, sein Leben an phantastische, unmögliche Pläne vergeudet zu haben, hat er die ungedeckte Antwort: „Mein Leben war nichts als unzählige kleine und groÙe, aber Welt wichtige Wahrheiten. Und wenn sie ihrer nicht achtete, so weiß sie sie nicht verstand. — Ich bin in meiner Zeit voran.“

Am nächsten Morgen war Robert Owen tot. . . .  
Wollen wir ihm einen Platz anweisen in der Kette der Entwicklung, ihn einreihen als Glied in die Geschichte des letzten Jahrhunderts, so erscheint er uns als ein Nebengangstypus aus der Zeit des Nationalismus und der Aufklärung in das Zeitalter der Empirie und der Wissenschaft. Er hat den Kommunismus aufgebaut auf der Grundlage eines Erziehungsproblems: das verknüpft ihn mit den Auflärem des achtzehnten Jahrhunderts. Er hat ihn aus einer Frage der Theorie zu einer Frage der Praxis gemacht: das bringt ihn den Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus nahe. So ist er eine Brücke, die aus

Unter den Utopisten des Sozialismus sind Fourier, Saint-Simon die Theoretiker, Owen der Praktiker des Utopismus.

## Das Pferd und seine Geschichte.

I

beleben könne. Dazu mußte gleichsam ein neues Geleit in den so leicht als möglich gehalten sein. Wie erreichte das die Natur? Sie bemühte wie immer vorhandenes Material, bildete die einzelnen Teile zweckmäßig aus und schaffte so aus Altem scheinbar ganz Neues: der Fuß wird zum Bein, wird lang und hoch und besteht nur mehr aus einer langen Zehe, an der rechts und links die sogenannten Griffelbeine, winzige Reste weiterer Gelenk hängen, der Oberschenkel wird nach oben in den Körper verlagert, um die Muskelfasern, die an ihm ansetzen, von den Beinen weg in den Körper hinein zu prostrieren. Und diese Maschinerie ist so wunderbar eingerichtet, daß das Geschöpf seine Kraft nicht in der Bewegung aufbraucht, sondern nur über einen hohen Hinterschuh verfügt, der es zu den unglaublichesten Egtraleistungen befähigt und es erst für den Menschen nutzbar macht. Deum eben dieser Kraftüberschuß macht es dem Pferde möglich, mit der Last des Reiters ebenso schnell als ledig über die Fläche dahinzubrausen. Das Pferd hat seine Größe in den Beinen, seine sonstigen Fähigkeiten wollen immer in rechter Würdigung dieses Umstands betrachtet und bewertet sein. Da es so beweglich und die hindernislose Steppe seine Heimat ist, wird es bei nahender Gefahr stets fliehen; um ihm aber die Gefahr rechtzeitig anzuhindern, sind Nase und Ohr vor allen andern Sinnen ausgebildet. Das ganze Gehirn wird also darauf geeicht sein, Nase, Ohr und Beine voll auszunutzen. Das muß man immer bedenken, wenn man über die geistigen Fähigkeiten des Pferdes urteilen will. Nur weil die Kultur das Pferd in unmenschliche Situationen versetzt, werden seine Handlungen mitunter stumm und geradezu zielwidrig.

Das eigentlich Wesentliche, Charakteristische am Pferd ist also sein Bein, diese so extrem vereinfachte und verlängerte Körperform. Es ist nur eine Behe vorhanden, ein Mittelfußknöchelchen, Elle und Speiche sind zu einem Knochen verschmolzen. Und doch sehen wir schon, daß das nicht immer so gewesen sein kann. Denn wie sollen wir die zubimentären Zehenwurzelknochen, die Griffler, anders deuten, als daß das Pferd von Tieren abgestammt sein muß, die statt einer drei solcher Zehenwurzeln und dazugehörige Zehen besaßen? Ab und zu treten nun in der Masse unsrer Pferde abnormale Fälle auf, wo an solchen Pferdefüßen nicht bloß die Griffler entwidelt sind, sondern an dem einen oder andern Griffler tatsächlich auch noch ein Rest der Behe hängt. Ja, in einem Falle fand sich sogar außer den beiden entwickelten Nebenfußzehen noch ein Griffler, wodurch man sogar auf eine Ahnenform mit ursprünglich vier Zehen verwiezen wird. Solche „alabistische“ Abnormalitäten geben als „Blüchersäge“ oft wertvolle Fingerzeige für die Entwicklungsgeschichte eines Organismus. Für sich allein sind sie aber nur Fingerzeige, keine sicheren Beweise.

Nun haben wir aber gerade hier eine Anzahl wertlicher historischer Dokumente, wie sie sich die zoologischen Theoretiker

hinterher Dokumente, wie sie sich die zufriedigen Theoretiker als Beweise gar nicht besser wünschen könnten. Der — trog seiner Erlehrten immer große — Cuvier war der erste, der aus versteinerten Knochen pferdeähnliche Tiere für eine ziemlich entlegene Vergangenheit der Erdgeschichte, das ältere Tertiär, auf dem Boden des heutigen Frankreichs feststellte. Bald kamen weitere Entdeckungen; die alte Erde, die und so viel eigen- sinnig vorerthalten hat, war und blieb in diesem Falle förm- lich verschwenderisch. In Europa fand man die berühmten un- gehörigen Fundstätten von tertiären Säugetierknochen bei Piserini nahe bei Marathon und darin auch vollständige Skelette von Vorpferden. Und gegen Ende des neunzehnten Jahrhun- derts stellte man die staunenswerte Tatsache fest, daß kein Land der Erde vom höchsten Nord bis tiefsten Süd so gespickt voll Siege von fossilen Knochen der verschiedensten Pferde und Pferd- linie — so könnte man das gelehrt Wort Equiden verdeutschten — wie Amerika. Dort in Amerika wurde das Suchen nach aus- gestorbenen Riesentieren geradezu zum Sport der Geldleute, bei uns in Europa hatte man kein Geld dazu. Daher auch die ganz wunderbaren Ergebnisse der amerikanischen Paläontologen. — Ob wohl auch bei uns einmal die Zeit kommen wird, wo die Millionäre für solche Dinge, für wissenschaftliche Zwecke,

In der Päpstinalecit lebte alle in einer Kanzlei in großen

Zu der Wildpferdezeit lebte also in ganz Amerika in großen Scharen unser noch jetzt existierendes Pferd, natürlich als Wildpferd. Dass dieses amerikanische Wildpferd schon vor unsrer Entdeckung Amerikas wieder völlig untergegangen sein soll, wie fast allgemein angenommen wird, erscheint wunderbar, stande aber gleichwohl als Faktum nicht vereinzelt. Die Manatelefanten, die zugleich mit ihm drüben lebten, sind ja ebenso absolut hingeschwunden. Einige Gelehrte möchten annehmen, dass diese dieses Wildpferdes noch existierten, allerdings nicht in Mexiko und Peru, und sehr bald in den Herden verwilderter Importpferde unsrer Kultur aufgegangen wären. Das ist aber eine offene Frage.

Gehen wir nun weiter zurück über die schwankende Grenze der Disubialzeit in die Tertiärperiode. Diese Periode umfasst einen ungeheuren Zeitraum, mindestens mehrere Millionen Jahre. Während dieser Zeit änderte sich das Antlitz der Erde viele Male, Land und Wasser wechselten ab, gewaltige Gebirge wie die Alpen, der Himalaya, die Kordilleren wachsen erst innerhalb ihrer Dauer durch Faltungen der Erdkruste empor. Ein Klimawechsel führt Europa und Nordamerika in ihrer zweiten Hälfte allmählich aus einem fast tropischen Klima heraus, und die vulkanische Tätigkeit war äußerst lebhaft. Man teilt diese Periode ein von unten nach oben in Eozän, Oligozän, Miogän und Pliogän.

Im oberen, neueren, dem Diluvium näheren Abschnitt der Pliozänzeit schwärzten im ganzen Erdball dreiben auch schon zahlreiche echte Wildpferde der diluvialen Sorte, also stämmige, niedrige, großköpfige, kurzponhartige Tiere. Unzert sie aber mischten sich schon noch etwas verbere und gedrücktere Gesellen wie eine extremere Rasse. Bei diesen aber waren die Griffel, also dieses heute so unverentliche Stück, im Verhältnis ein ganzes Stück länger als bei den echten Wildpferden. Und nun das Seltsamste: an der Außenseite der Vorderfüße sah gar noch neben dem Griffel dieser Seite ein winziges Stummelchen eines dritten Griffels. Da der große allgemeine Pferdefinger der Mittelfinger war, so besaßen diese Sonderlinge — Hippion — hat man sie genannt — an ihrer, menschlich gesprochen, hand auch noch einen Wurzelstummel des Kleinfingers, nur an Daumen war keine Spur vorhanden. In der älteren Pliozänzeit existierten die Wildpferde noch nicht, das Hippion bereichte um diese Zeit vollkommen allein die Situation in dem ganzen ungeheuren Kontinent.

Nun kommt die Miozänzeit. In ihrem späteren Teile leben schon die gleichen Hippidions. Zwischen sie mischt sich aber noch in der Übergangszeit vom Pliozän jetzt eine nochmals neue kleinere Sorte von Pferdlingen. Den Kleinfingerreit vorne behalten sie zwar ebenfalls, aber die beiden Seitengriffel sind jetzt vorne wie hinten nicht mehr bloß fast genau so lang wie der Mittelstamm, sondern sie haben ein Anhängsel: noch zwei Kleine Knöchelchen, auf deren Letztem ein kleiner Huf aufsitzt. Dieses *Merychippus* genannte Tier lief noch wie ein richtiges Pferd auf der großen Mittelzehe, aber rechts und links hingen unbenukt wie Bierlunkern die beiden Augusfingerchen mit ihren Hüschen herunter, der „Beigefinger“ und der „Ringfinger“, die da waren und doch nichts zu tun hatten. Da hätten wir ja genau dasselbe, was uns jene seltsamen Alabismen ähnlich machen.

Ran abermals Vorhang herunter und einen Alt-Welt-  
eschichte zurück. Der Miozänzeit vorauf geht die Oligozänzeit,  
eine Art Nebengangsstück oder Zwischenstufe zwischen den beiden  
innerlich verschiedenen Abschnitten der großen Tertiärzeit. Der  
Sprocket aber versammelt wiederum seine Knochen im Museum  
und lässt eine Tierwelt auferstehen.

nur noch so groß wie Schafe. Der Zeige- und der Ringfinger sind so lang geworden, daß sie dem Mittelfinger wenig nach vier Körperstücken geschafft werden, und diese selbst mühten geben, auf weichem Terrain haben ihre Hufe sich sicher gespreizt und den Körper tragen geholfen, etwa so wie die Wsterlauen der Schweine. Der Kleinfingerrest ist ebenfalls länger geworden und beginnt einen regelrechten Griffel zu bilden. Wahrend sich so die Fingerwurzeln relativ immer gleicher wurden, in der Länge, sind sie doch alleamt absolut im ganzen längter geworden. Das steile Hinaufrücken von Hand und Fuß in Arm und Bein hinein, das für unser Pferd so charakteristisch war, scheint sich ebenfalls ganz sachte wieder zu verflüchtigen. Wir haben den *Miohippus* der Paläontologen vor uns, zweifellos noch ein Pferdling, aber ein Dreihufepferd.

Wir treten in die Schichten der riesig langen Eozänperiode, des ersten und ältesten Abschnittes der Tertiärzeit, ein. Aber noch immer versen uns die Ablagerungen Pferdeknochen heraus. Pferdeknöchelchen schon fast. Verschwunden sind die Dreihufspferde aus ganz Amerika, an ihre Stelle treten Pferdlinge nur mehr in der Größe eines Fuchses, der *Miohippus*. Der erste Blick zeigt, daß diese Fuchspferdchen jetzt konsequent hinten wie vorne immer auf drei Hufzehen laufen müssen, von denen nur die mittlste noch etwas dicker ist. Der Kleinspringergelenkstiel hat aber ingwischen Huf und alle drei Gingerglieder entwickelt, hängt aber wegen noch ungenügender Streifung jetzt noch so hinter den drei Hauptfußringen zurück, wie es bei den Münchhausenern die beiden seitlichen Hauptfinger gegen den Mittelstamm taten. Dann, weiter in die Epoche hinein, mischen sich Fuchs-pferdchen ein, die nun auch am Hinterfuß ein vierzendes Grifflchen der kleinen Zehe aufweisen, die vorne schon zum Münchenshuf gediehen ist. Eine Weile beherrschen diese Tiere die Situation. Dann kommt eine noch ein Stück ältere Generationenreihe, wo sich am Vorderfuß nun auch der Daumen als Grifflanzahl bemerkbar macht. Wie hätten also jetzt Fuchspferdchen vor uns, die vorne alle fünf Finger unserer Hand, hinten wenigstens vier Zehen in verschiedenen Ausbildungsstadien aufweisen. Da nun auch die Gesamtlänge und Steilheit der Hand- und Fußnochen allmählich immer weiter heruntergegangen ist, würde man aus dem Beinskeletti wohl kaum noch das Pferd herausbekennen, wenn nicht das übrige Skelett nach wie vor die unzweideutigsten Pferdemerkmale aufweise. Diese Entwicklungsstufen finden sich in den Gattungen *Epilippus*, *Prototrihippus*, *Hyrcalotherium* und *Vachynolophippus* vertreten als Haupt- oder Seitenlinien, die ein klein wenig von der Hauptrichtung abseits variieren. Der laniinchengroße *Alippschleifer*, eine bis heute erhaltene Seitenlinie, kann uns eine ungefähre Vorstellung von diesen Tieren geben.

Der Vorhang fällt ein letztes Mal. Wir stehen im ältesten Eozän Nordamerikas. Statt der Hirschpferdchen schwärmen jetzt am gleichen Fleck durch die Grasebenen am Buschwald jene Geschöpfe, von denen einem Vertreter, *Pheonolobus* genannt, wir vollständige Skelette haben. Die nunmehrige Sachlage sieht nach einem kleinen Sprung aus, dem einzigen in der ganzen Kette. Am Vorderfuß ist jetzt auch der Kleinsinger im Bedarfsschuh — auf weichem Boden — gebrauchsfähig. Gleichzeitig ist auch der Daumen schon im Klunkertstadium, also eine fertige, aber noch ungebrauchte Gehe. Und entsprechend ist am Hinterfuß die kleine Gehe vollkommen als gelegentliche Hilfsstütze, die große, die den Hirschpferden noch in jeder Form fehlte, als Klunkergehe entwickelt. Diese Etappe steht aber trotzdem noch immer unverkennbar in der Hauptlinie des Pferdestammbaums. Auch daß die Finger und Bebenwurzeln jetzt schon überhaupt nicht mehr länger als die Finger und Zehen selber sind, kann kaum aufpassen, wenn man sah, wie schon bei den älteren Pferdingen der ursprüngliche grohe Pferdegegenkopf dieser Stelle sich immer entschiedener verlor bis völlig an die Dimensionen unserer Hand heran. Über die Hufe sind jetzt keine Hufe mehr, ebenso gut könnten wir sie Krallen nennen. Und daß Körperschlecht hat den spezifischsten Pferdingehabitus nun auch verloren. Es steht ein Tier vor uns, das mit Hufstiermerkmalen in der sofort auffälligsten Weise Kennzeichen auch von uralten Raubtieren, ja Halbaffen vereinigt, — ein Säugetier, das überhaupt noch ein höchst primitivs Mischtier ist, erst an der Schwelle der höheren Säuger. Wir sind jetzt in eine Tierwelt hineingeraten, deren Knochen wir in Europa in Cernahov bei Neims, drüben aber vor allem in Neu-Megilo finden.

Als direkte Ueberlebende dieser Gruppe können wir die Insektenfresser (Igel, Maulwurf usw.) ansehen, unter ihnen ausgestorbenen Formen kann man solche unterscheiden, die schon etwas nach den Haushunden und späteren Hunden bis zum Menschen hinauf deuten, andere, die den lebenden Typus des Haubliers schon eben beginnend markierten; und endlich solche, die erkennbar schon auf das Huftier losstrebten. Zu dieser letzteren, Conylarathren genannten, Sippe gehörte eben jener Phenacodus. Aber man fand an seinem Fleck in Amerika noch einen Vorläufer von ihm, Cryptotogonius genannt, bei dem alle fünf Finger resp. Beulen der Arme und Beine gleichmäßig entwidelt und sämtlich mit einer Art Mischdingen aus Krallen und Füßen bekleidet waren. Diese nur mehr faunenhohen Urzeitiger gehörten noch keiner der heutigen Gruppen an, sondern umfassten sie allesamt in sich.

Kunstchronik.

Altes Theater. Das zweite Gastspiel Hella Welden's erweckte wenig Interesse. Auch ihre Marille in Sudermanns Johannisfeuer war nur eine brave Durchschnittsleistung ohne fortreißende Kraft, die über Unzulänglichkeiten des Neuherrn hätte hinweghelfen können. Auch hier fehlte der feste Blick für eine bestimmte Gestalt. Die Darstellung löste sich in Einzelleistungen auf, die an sich tüchtig waren, aber sich nicht zu einer Einheit zusammen schlossen. Die Dame, die wohl noch am Anfang ihrer Bühnenlaufbahn steht, muß ihr persönliches Wesen noch zu freier Entfaltung bringen, ehe sie ein wichtigeres Rollenfach an einem größeren Theater vertreten kann; daß sie entwicklungsfähig ist, lassen einige kräftige Momente ihres Spiels vermuten. gm.

Wilhelm Krags Wanbermann, die lose Reihe feiner Stim-  
mungsbilder aus dem norwegischen Kleinstadt- und Schiffer-  
leben, die wir im vorigen Monat veröffentlichten, ist jetzt in  
Buchform im Verlag von Georg Metzburger in Leipzig er-  
schienen. Geschmackvoll solide Ausstattung macht das Werk für  
Geschenkzwecke geeignet. Es kostet 3 M., gebunden 4 M. Die  
Übertragung ist von Dr. Friedrich Lessien, der sich bereits als  
Kiellandübersetzer bewährt hat.

Ludwig Ganghofer arbeitet zurzeit an seinen Lebenserinnerungen, die er in den Süddeutschen Monatsheften veröffentlichen wird.

Weitere Kunstnachrichten, siehe unter Leipziger Anzeigen.